

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. September 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Rabinettskrise und Zollpolitik.

London, 18. September.

Die eigenartigen Stimmungen und Erwartungen der britischen Nation, auf die wir neulich aufmerksam machten, fanden ihre vorläufige Lösung im Rücktritt dreier Staatssekretäre, dann im Manifeste des Premierministers und in dem sehr umfangreichen Austausch über die socialwirtschaftliche Lage Englands.

Mr. Chamberlain verläßt das Kolonialamt, um auf eigene Faust die Zollagitation entfalten zu können; er sieht, daß die Mehrheit der Wähler gegen jede zollpolitische Aenderung eingenommen ist; er kann deshalb in einem demokratischen Lande, wo die Regierung die jeweilige Mehrheit vertritt, nicht länger am Ruder bleiben. Der Finanzsekretär Mr. Ritchie und der indische Sekretär Lord George Hamilton, beide entschiedene Freihändler, legten ihre Posten nieder, da die Mehrheit des Kabinetts an der Freihandelspolitik rütteln will. Wie weit diese Politik modifiziert werden soll, zeigt Mr. Balfour in seinem Manifest über „Insular Free Trade“ (Insularen Freihandel), das in 32 Seiten, 14 Abschnitten und 63 Paragraphen die Gedanken des Premierministers gegen den englischen Freihandel enthält. Das Memorandum „Memoranda“, das die Ergebnisse der in den letzten Monaten vorgenommenen socialwirtschaftlichen Untersuchungen enthält, ist an die 500 Folioseiten stark und behandelt mit allen Mitteln der Statistik und monographischer Forschungen die Ein- und Ausfuhr Englands, Frankreichs, Deutschlands, der Vereinigten Staaten und der britischen Kolonien, dann die verschiedenen Zolltarife, Prämien, Zölle, Eisen-, Kohlen- und Textilproduktion, Schifffahrt, Bevölkerung etc.

Es ist selbstredend nicht möglich, in einem Zeitungsartikel die erwähnten Ereignisse und Veröffentlichungen eingehend zu behandeln. Nur ihre Bedeutung und Grundgedanken sollen hier besprochen werden.

Die Rabinettskrise ist die Vorläuferin der Parlamentsauflösung. Die leitenden Rabinettsminister sind zur Ueberzeugung gelangt, daß der isolierte Freihandel des Vereinigten Königreichs dem britischen Volk gefährlich werden kann. Der Denker und socialwirtschaftliche Forscher dieser Rabinettsmehrheit ist Mr. A. J. Balfour. Er ist in erster Linie Deolonist, der den socialwirtschaftlichen Niedergang Englands verhindern möchte; erst in zweiter Linie ist er Imperialist; auf den zollpolitischen Zusammenschluß des britischen Reiches legt er nicht viel Gewicht. Das Hauptziel ist ihm die einseitige, freihändlerische Industrialisierung Englands bei gleichzeitiger Industrialisierung der übrigen civilisierten Länder mit Hilfe hoher Schutzzölle. Die einseitige Industrialisierung gefährdet — nach seiner Ansicht — die Stellung Englands, da die übrigen civilisierten, konsumkräftigen Staaten sich immer mehr durch Zollmauern gegen die englische Industrie abschließen und die Produkte, auf deren Ausfuhr England angewiesen ist, von ihren Märkten fernhalten. England verfolgt blindlings eine Wirtschaftspolitik, deren Bedingungen des Erfolgs in den letzten zwanzig Jahren verschwunden sind. Die civilisierten Länder wollen sich von England industriell nicht mehr bedienen lassen. Aber nicht genug damit, besetzen sie auch die neuen, durch Kolonialkriege erschlossenen Märkte und engen somit das Ausfuhrgebiet Englands immer mehr ein. Denn überall, wo die übrigen civilisierten Mächte hinkommen, bringen sie ihre Tarife mit. Schließlich giebt ihnen ihre Schutzpolitik noch die Möglichkeit, in die Märkte des Vereinigten Königreichs einzudringen und in England selbst den englischen Industriellen zu schlagen. Noch ist die Lage nicht so schlimm. Die Schläge sind noch nicht allgemein fühlbar, und zwar aus folgenden Gründen: erstens ist England der Gläubiger fremder Länder, die ihm Zinsen und Dividenden zahlen; zweitens giebt es noch immerhin weite Gebiete, die nicht geschädigt sind; drittens sind auch die geschädigten Gebiete nicht vollständig abgeschlossen. Aber der Forscher muß nicht nur auf die Statistik blicken, d. h. nicht nur auf die Lage, wie sie sich im ruhenden Zustande befindet, sondern er muß die Dynamik betrachten, d. h. die Tendenzen, das Werden der Weltwirtschaft; er muß nicht nur fragen: Wo sind wir, sondern auch, wohin gehen wir. Die englische Ausfuhr hat in dem Zeitabschnitte 1881—1901 zwar eine Zunahme aufzuweisen, aber ist diese Zunahme im Vergleich zu der gewaltigen Ausdehnung der Märkte und der Ausfuhrzunahme anderer Länder wirklich günstig? Und nach welchen Ländern zeigt die britische Ausfuhr eine Zunahme?

Abgesehen von Kohle, Schiffen und Maschinen führte England aus: im Jahre 1890 nach den zollpolitisch geschützten fremden Ländern für rund 87 Millionen Pfund Sterling; im Jahre 1902 nur für rund 77 Millionen. Nach den geschützten britischen Kolonien in denselben Jahren für 11 Millionen und 15 Millionen. Nach anderen Ländern und Kolonien für 136 Millionen und 170 Millionen. Die Zunahme ist also nur dem nicht geschützten Auslande und den Kolonien zu verdanken. Rechnet man diese Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs, so zeigt sich sogar, daß die englische Ausfuhr abnimmt; im Jahre 1881 belief sie sich auf 122 M. pro Kopf, im Jahre 1901 nur auf 104 M. pro Kopf. Und wenn England an der Ausfuhr seiner Industriewaren gehindert wird, womit soll es denn die Einfuhr der Nahrungsmittel bezahlen? An eine Abschwächung der aus dieser Lage stehenden Nebel ist, wenn England sich nicht aufrafft, kaum zu denken. Denn die hochentwickelten Länder wie Deutschland, Nordamerika und Frankreich zeigen nicht die geringste Lust, ihre Zollpolitik zu mildern. Die minder entwickelten Länder wie Rußland und manche unserer freien Kolonien sind unaufhörlich damit beschäftigt, ihre Industrie durch Schutzzölle großzuzüchten. Es ist wohl wahr, daß der künstliche Schutz diesen Ländern teuer zu stehen kommt. Nach der alten Freihandelstheorie, die den wirtschaftlichen Egoismus der Einzelnen

als den besten Regulator der menschlichen Gesellschaft anerkennt, läßt sich deshalb der heutige zollpolitische Zustand der civilisierten Länder nicht erklären. Das heißt, die Freihandelstheorie ist durch die Praxis widerlegt worden.

Was soll nun England thun?

Hier schnappt Mr. Balfour ab. Er giebt auf diese Frage keine klare Antwort. Er sagt nur, England müsse Zollwaffen haben, um sich von dem Auslande günstigere Ausführbedingungen erzwingen zu können.

Soweit wir der Sache nachgeforscht haben, will Balfour den Freihandel zwar nicht aufgeben, aber er will doch einen Zolltarif in Reserve haben, eine Art wirtschaftliche Peitsche an der Wand hängen haben, um sie bei passender Gelegenheit den böswilligen Konkurrenten zeigen zu können. Die schutzjöllnerischen Länder haben ja auch ein zweiseitiges zollpolitisches Maß: einen Maximal- und Minimaltarif; den Maximaltarif wenden sie gegen böswillige und hartnäckige Gegner an, den Minimaltarif gewähren sie ihren guten Geschäftsfreunden. Soweit soll England — nach Ansicht Balfours — allerdings nicht gehen. Es soll Freihandel mit guten Geschäftsfreunden treiben und einen Tarif gegen schlechte Konkurrenten haben. Balfour meint, das Vorhandensein dieses Tarifs würde den Freihandel eher schädigen als schützen. Er sagt etwa so: Ich bin ein Freihändler, aber einer, der vorsichtig genug ist, sich mit einer Waffe zu versehen, denn die Leute, mit denen wir zu thun haben, sind ganz gewissenlose Kerle, die unsre Wehrlosigkeit in gemeinsamer Weise ausnützen.

Mit den letzten Sätzen glauben wir den Gedankengang Balfours am richtigsten andeuten zu haben. Diese Haltung Balfours scheint von der Mehrheit des Kabinetts angenommen worden zu sein.

Wie man sieht, ist da vom Imperialismus wenig die Rede. Balfour ist nur insoweit Imperialist, als er weiß, daß es leichter sein wird, mit den Kolonien als mit den fremden civilisierten Ländern zu unterhandeln.

Ganz anders sieht es mit Mr. Chamberlain. Dieser ist in erster Linie Imperialist und erst in zweiter Linie Zollpolitiker. Sein Abfall vom Freihandel hat viel mehr reichspolitische als wirtschaftliche Gründe. Er fürchtet, die verschiedenartige Zollpolitik innerhalb des lose zusammenhängenden britischen Reiches könnte zu einer Entrennung der Kolonien führen. Er will vor allem ein einheitliches Reich, zu diesem Zwecke sollen die Kolonien mit dem Mutterlande durch das Band der Vorzugstarife zusammengeschlossen werden; sie sollen einen einheitlichen Organismus bilden.

Chamberlain und Balfour treffen nur in ihrer Gegnerschaft gegen den Freihandel zusammen. Die Beweggründe und die Stärke dieser Gegnerschaft sind verschieden. Solange sich die Politik beider auf Kritik beschränkt, können sie zusammengehen. In dem Moment, wo sie zur Verwirklichung ihrer Pläne kommen, zeigt sich der Unterschied zwischen ihnen. Balfour will nur sozusagen einen abstrakten Zolltarif, sowohl gegen das Ausland wie gegen die Kolonien. Chamberlain will einen realen Vorzugstarif zwischen England und den Kolonien; das Ausland geht ihn weniger an. Chamberlains Politik ist eine reichspolitische, Balfours eine rein englische.

Chamberlain spaltete die liberale Partei im Jahre 1886, um Irland nicht von Großbritannien trennen zu lassen. Er spaltete im Jahre 1903 die konservative Partei, um die Reichseinheit herzustellen zu können.

Ueber Ritchie und Hamilton läßt sich nicht viel sagen. Sie waren Nullen. Ihr Rücktritt ist nur ein Symptom, daß die Mehrheit des Kabinetts mit Balfour einverstanden ist.

Was wird nun geschehen?

Das Rabinet wird sich leicht wieder herstellen lassen, aber nicht mehr um zu regieren, sondern um in wenigen Monaten das Parlament aufzulösen und es den britischen Wählern zu überlassen, über die nächste Zukunft Englands zu entscheiden. Ueber den Ausgang der kommenden Hauptwahlen geben sich Balfour und Chamberlain keinen Illusionen hin. Beide erwarten eine Niederlage. Am Schluß seines Manifests erklärt Balfour: „Meine Ansichten über die hier besprochene Grundfrage werde ich auch dann aufrechterhalten, wenn man mir unrecht geben sollte. Wo wir einen Mißerfolg haben, werden vielleicht andre den Sieg erringen.“ Und Chamberlain erklärt in seinem Rücktrittsschreiben: „Unter den jetzt obwaltenden Umständen kann ein mit den Kolonien abzuschließender Vorzugstarif, der auch den kleinsten Zoll auf gewisse Nahrungsmittel legt, die Zustimmung der Mehrheit der Wähler nicht erhalten, auch wenn der eingeführte Zoll durch eine Herabsetzung bestehender Zölle ausgeglichen werden sollte.“ Die Wählermassen sind ohne Zweifel gegen jede Aenderung der herrschenden Zollpolitik. Dies beweisen die Niederlagen der konservativen Kandidaten bei den Nachwahlen sowie die zahlreichen Resolutionen der Arbeiterkongresse.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September.

Die Danziger Kaiserrede vor der Abordnung von Arbeitern der dortigen Staatswerkstätten klang ganz anders als die letzte vorhergehende Arbeiterrede des Kaisers in Breslau. Der Kaiser sprach ganz ruhig und schlicht und sagte etwa, was man in national-liberalen Reden zu hören bekommt, die auf die Ablenkung der Arbeiter von der nachdrücklichen Vertretung ihrer Interessen ausgehen. Der Kaiser sagte, wie wir gestern schon im Depeschenheft mitteilten:

„Erst durch den Aufbau des einigen Deutschen Reiches ist es möglich gewesen, daß die gewaltige Entwicklung in Handel und Industrie so viele kräftige Hände deutscher Arbeiter hat beschäftigen können. Ich sollte daher meinen, daß im Hinblick auf die ehrenwürdige Gestalt des deutschen Kaisers die deutsche Arbeiterschaft

Freude und Bewunderung empfinden müßte für die Eröffnung eines so ungeheuren Feldes der Thätigkeit, auf dem sie ihre Thätigkeit entwickeln kann. Und ich sollte meinen, daß auch sie das höchste Interesse daran hat, dieses Deutsche Reich ungegremälert und ungehört zu erhalten und im Innern wie nach außen festgefügt zusammenzuhalten. Denn nur in einem solchen Reich haben und mit Vertrauen in die Zukunft bilden können. Ein großer Teil der deutschen Arbeiter geht durch die Reiben der Armee und lernt in ihr Schulung und Disziplin. Diese Schulung giebt ihnen die Möglichkeit, auf friedlichen Gebieten Siege über Siege zu erringen, und überall weiß man, was deutsche Arbeit bedeutet, überall wird sie geschätzt und anerkannt. Das ist nur möglich durch die große Erfahrung und den hohen Stand der Bildung der deutschen Arbeiterschaft. Ich hoffe nach wie vor, daß die Befinnungen, denen Sie heute Ausdruck gegeben haben im Namen meiner Arbeiter der kaiserlichen und königlichen Werkstätten, auch in den Herzen der übrigen Arbeiter wurzeln, und daß nach wie vor sie sich immer bemühen, daß sie zunächst Deutsche sind, und daß die Arbeiter das Deutschthum im Frieden nach außen zu Ehren zu bringen haben, wie sie auch im Kriege nicht zögern werden, zur alten bekannten Waffe zu greifen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen. So lange solche Empfindungen maßgebend sind, so lange, davon bin ich fest überzeugt, wird das Vaterland sich weiter entwickeln, zum Segen und zur Freude auch seiner Arbeiter.“

Mit der Breslauer Philippia gegen die Socialdemokratie stimmt diese Aussprache höchstens insofern überein, als auch sie die gute und gesicherte Existenz, welcher die Arbeiter sich erfreuen sollen, zwar nicht wörtlich betont, aber dem Sinne nach annimmt. Wilhelm I. hat das Deutsche Reich geschaffen, dadurch erst wurde die große industrielle und kommerzielle Entwicklung möglich, durch welche wiederum die Arbeiter „Lohn, Lebensunterhalt und Zufriedenheit“ haben; also mögen die Arbeiter das Deutsche Reich schützen und dazu die Armee, der sie Schulung, Disziplin und damit ihre industriellen Siege verdanken.

Es mag sein, daß es staatliche Werkstättenarbeiter giebt, die aus dieser nationalliberalisierenden Auffassung Zufriedenheit schöpfen, aber auch unter diesen Arbeitern, die künstlich gegen andre Belehrung abgeschlossen werden, wird die geistige Enghalsigkeit nicht allenthalben stark genug sein, um eindringliche Fragen und Kritiken gegen solche Auffassungen der Geschichte und der gegenwärtigen Zustände zu verhindern.

Auch diese Arbeiter wissen wohl bereits, daß die deutsche Entwicklung nicht durch einen Herrscher bedingt ist, sondern durch die deutsche Arbeit selbst. Sie wissen wohl auch, daß gerade derjenige, der sich bemüht ist, zunächst ein Deutscher zu sein, die Aufgabe hat, die großen Ueberlieferungen deutschen Kulturdenkmalen endlich wieder Macht werden zu lassen gegenüber der kapitalistischen Verwahrlosung und politischen Entrechtung, die Deutschland erniedrigen. Sie wissen endlich, daß die heutige Militärbesetzung, mag es um die Schulung in der Armee wie immer bestellt sein, nicht entfernt den bescheidensten Ansprüchen der Gerechtigkeit und Humanität entspricht.

Ueber Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn hat der Reichskanzler sich zu einem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ geäußert und die „Korrb. Allgem. Btg.“ übernimmt beständig die Mitteilung dieses Blattes. Graf Bilow hat danach gesagt: „In Deutschland ist ein neuer Zolltarif zu Stande gekommen, der jederzeit im Verordnungswege in Geltung gesetzt werden kann. Sein thunlichst baldiges Inkrafttreten wird bei uns von allen maßgebenden Faktoren dringend gewünscht. Durch diese in Aussicht genommene Aenderung unserer Zollgesetzgebung sind wir gezwungen, eine Revision der auf dem bisherigen zollgesetzlichen Zustande beruhenden Tarifverträge zu betreiben. Ramentlich bedarf der wichtige, in die wirtschaftlichen Verhältnisse tief eingreifende Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 der Revision. Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, jederzeit in die Revisionsverhandlungen eintreten zu können. Auch die österreichisch-ungarische Regierung wünscht deren baldigen Beginn. Der Entwurf eines neuen Zolltarifs für das österreichisch-ungarische Zollgebiet ist aber bisher weder in Oesterreich noch in Ungarn zur parlamentarischen Erledigung gekommen. Von dem Wunsch geleitet, die Schwierigkeiten, welche dem befreundeten und verbündeten Reiche aus der innerpolitischen Situation erwachsen, nicht zu verschärfen und die Kontinuität der guten handelspolitischen Beziehungen nicht zu stören, habe ich bisher davon abgesehen, wegen Eröffnung der Verhandlungen besonders zu drängen oder zur Kündigung des Vertrages von 1901 zu schreiten. Natürlich kann aber der Moment kommen, und schon jetzt haben wir die Verhandlungen mit anderen Mächten eher beginnen müssen, als mit dem österreichisch-ungarischen Nachbarstaate.“

Wütige Sachsen. Die sächsischen Konservativen sind mit ihrer Regierung höchst unzufrieden. Diese Regierung hat nicht nur das Verbrechen begangen, nach dem Ausfall der Reichstagswahlen den Gedanken einer sächsischen Wahlrechts-Umgestaltung aufzuwerfen, sondern sie ist in ihrer „Rachschicht“ gegen den „Amstutz“ so weit gegangen, in der sächsischen Hauptstadt — den socialdemokratischen Parteien zu bilden. Das Organ des konservativen Landesvereins, das in Leipzig erscheinende „Vaterland“, wütet also gegen die „Juridikation“ gegenüber der Kritik Weibels an den sächsischen Zuständen:

„Das ist wohl so ziemlich das Stärkste, was in Beschimpfung einer Regierung überhaupt geleistet werden kann, und wir hatten eigentlich erwartet, daß der dreiste Schwäpser kurzweg beim Stragen genommen, die Versammlung aufgelöst und die Abhaltung des Parteitages verboten werde. Dazu hat man sich nun nicht veranlaßt gefühlt. Wir kennen die Gründe nicht, die zu dieser Dursthaltnung Anlaß gaben, meinen aber, daß man eine solche Gelegenheit verpaßt habe, um aller Welt zu beweisen, daß der Staat die Kraft und den Willen besitze, der Amstutzpartei den Damm auf's Auge zu halten, wenn sie sich Ungehörigkeiten herausnimmt.“

Von den Konservativen gedrängt hat die sächsische Regierung den denkbar eifrigsten Kampf gegen die Socialdemokratie geführt und sich die denkbar jämmerlichsten Niederlagen zugezogen. Was zu dem Grade des konservativen Unsinns konnte sie sich aber denn doch nicht erheben, um sich durch gewalthätiges Eingreifen in den Partei-

lag vor aller Welt unsterblich zu klammern. Der Socialdemokratie hätte ein Gewaltstreik nichts geschadet, der Parteitag wäre einfach über die preussische Grenze gewandert. Die jüdische Regierung konnte nach ihrer furchtbaren Niederlage am 16. und 25. Juni nicht wagen, etwas gegen den Parteitag zu unternehmen. Offenbar hatten die überwachenden Beamten die Befehle, abweichend von ihrer sonstigen Vorschrift auch scharfe Strafen zu lassen. Dem allerdings sind Anmerkungen auf dem Parteitag gefallen, wie beispielsweise die Bezeichnung des Socialistenengesetzes als eines Schandgesetzes, die sonst in Versammlungen zu Wortentziehungen Anlaß gaben. Auch — man denke — der Gesang der Marschallische am Schluß des Parteitags wurde „gebildet“, während sonst die Dresdener Polizei so Entschensvolles nicht duldet. Das brave „Vaterland“ hat recht, die jüdische Regierung ist schlapp geworden; die Redakteure des Leipziger Aktionsblatts müssen in die Regierung kommen, um die Socialdemokratie endlich „beim Kragen zu nehmen“.

Die Begünstigungen des Mörder-Prinzen. Gegen einige Beamte des Strafgefängnisses in Hannover war die Verschuldung erhoben worden, den zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilten Prinzen Prosper zu Arenberg in unzulässiger Weise begünstigt zu haben. Die Angelegenheit ist von der Disziplinarkammer des Ober-Landesgerichts Celle untersucht worden, und jetzt ist dieser Gerichtshof sich in seinem Urteil schlüssig geworden. Zwei Gefangenen-ausscher haben einen Verweis erhalten und ein dritter wurde zu 20 W. Geldbuße verurteilt.

In Hannover fand vor dem Schöffengericht gleichfalls Verhandlung gegen mehrere Gefangenenausscher in der Holz-a-n-e-i-g-n-u-n-g-Sache statt, die auch in der Untersuchung über die Begünstigungen Arenbergs zur Sprache gekommen war. Ein Gefangenenausscher war beidseitig, sich in den Jahren 1901 bis 1902 durch eine fortgesetzte Handlung des Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Er soll einen Strafgefangenen veranlassen haben, Holz, das der Gefängnisanstalt beziehungsweise der Firma Baumeis u. Co. gehörte, wegzunehmen und daraus für ihn ein Väterregal, einen Fenstertritt, einen kleinen Schlitten und einen Cigarrenkasten anzufertigen, weiter soll er sich dadurch des Betruges schuldig gemacht haben, daß er diese Arbeiten ohne Entrichtung eines Arbeitslohnes hat anfertigen lassen. Der Angeklagte bestreitet, nach dem „Damm. Courier“, die ihm zur Last gelegten Straftaten. Der Gefangene habe in seiner freien Zeit, namentlich des Sonntags, mit der Anfertigung der Sachen sich die Langeweile vertrieben. Das dazu verwendete Holz sei Abfallholz von demjenigen Holz, das die einzelnen Beamten sich selbst angeschafft hätten. Er habe im guten Glauben gehandelt und habe sich auch nicht das geringste dabei gedacht. Der als Junge verurteilte Strafgefangene Richter Kockeinski erklärte, er habe zur Anfertigung der Sachen von dem Angeklagten Risten und andres Holz erhalten, er habe sich dabei auch nichts gedacht; denn er habe das öfter für andre Beamte ebenso gemacht und gethan, weil er sich damit die Langeweile vertrieben hätte. Ihm sei gesagt, er könne Sonntags ruhig arbeiten. Das Holz in den Gefangenen ohne weiteres zugänglich gewesen, sie haben nur dem Werkmeister gesagt, daß sie Holz holten, und haben es dann nach eigenem Ersehen verarbeitet. Im Laufe der Verhandlung kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte in amtlicher Eigenschaft gehandelt hat und daß die diesem zur Last gelegten Verschuldigungen unter § 350 des Strafgesetzbuches fallen, zu deren Aburteilung die Strafkammer zuständig ist. Das Gericht erklärte sich danach für unzuständig.

Der Pastor F. v. Vobelschwing in Vethel bei Bielefeld ist von der christlich-konservativen Partei im Wahlkreis Bielefeld-Herford-Halle als Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt worden und hat die Kandidatur angenommen. Er wird jedoch der konservativen Fraktion nicht beitreten. In einem Schreiben an den Parteivorstand betont Pastor v. Vobelschwing, daß er bisher niemals einer politischen Partei beigetreten sei, weil er es mit seinem Berufe in der Arbeit der dienenden Liebe, bei welcher er in der That auch von den verschiedenen Parteien liebreich unterstützt worden sei, nicht für vereinbar halte, irgend eine Partei ausgesprochenenweise beizutreten.

Pastor Vobelschwing, dessen Kinstalt „Vethel“ seiner Zeit in einer Prozeßverhandlung in eigenartiger Licht erschien, galt bekanntlich als der Inspirator jener Bielefelder Kaffereden, durch die die berühmte Zucht-haus-Vorlage angeklagt wurde. Der Mann der „dienenden Liebe“ könnte sich also getrost der konservativen Partei anschließen.

Bezirksrats-Wahlwahlen im Elsaß. In Straßburg-Süd erhielt Redakteur Genosse Beirots 1761 und Beigeordneter Jehl, gemeinsamer Kandidat der Rechtsliberalen, Merkmalen und der Erwerbs- und Mittelstandspartei 1110 Stimmen. Beirots ist also gewählt. In Mülhausen-Nord erhielt Bürgermeister Gegauff (gemeinsamer Kandidat der Gouvernentalen, Rechtsliberalen und Merkmalen) 2065, Redakteur Genosse Martin, für den auch die Demokraten stimmten, 2190 Stimmen.

Ausland.

Chamberlains Wahlmanifest.

das in Massen unter die Arbeiter geworfen wird, ist folgendermaßen formuliert:

„Ein Wort an die Arbeiter!

Was braucht der Arbeiter sicher in neun Fällen aus zehn? Wenn eine solche Frage dem britischen Arbeiter von Intelligenz vorgelegt wird, wird er antworten: „einen angemessenen Tageslohn für ein angemessenes Tagewerk“. Das ist die beste Antwort, welche er geben kann, denn wenn er das erhält, erhält er Gerechtigkeit, und wenn er Gerechtigkeit erhält, erhält er Angemessenes, und wenn er Angemessenes erhält, wird er sehen, daß er alle seine andern vernünftigen Bedürfnisse befriedigt erhält.

In wenigen Monaten wird Euch Arbeitern von Großbritannien diese Frage vorgelegt werden durch einen großen Staatsmann, einen großen „Englismann“, und einen, welcher im besten Sinne des Wortes selbst ein großer „Workingman“ ist. Euer eignes Schicksal, die Zukunft von Großbritannien und die Zukunft unseres großen Gesamtreiches mit all seinen Kolonien und Territorien hängt von der Antwort ab, welche Ihr geben werdet.

Was wird Eure Antwort sein?

Diejenigen, welche in der Politik Mister Chamberlain entgegen sind, erzählen Euch, daß es keinen Zweifel giebt, was Eure Antwort sein würde. Ihr seid nicht solche Narren, erzählt man Euch, um Euch ruhig der möglichen Erhöhung des Laibes Brot um einen Farthing — 1/4 Pf. — ruhig zu unterwerfen, nein, selbst nicht, wenn Eure Weiber den Thee um drei Pence billiger erhalten sollten, um das anzugleichen, und Ihr auch am Ende der Woche finden solltet, daß Eure Löhne höher sind und mehr Kaufkraft haben als früher. Das ist's, worauf Mr. Chamberlains Vorschläge hinauslaufen, und Euch erzählt man, daß natürlich Ihr sie nicht zulassen dürft, weil sie den langsame Hungertod für Euch und die lieben Kleinen bedeuten.

Glaubt Ihr das wirklich?

Wenn, so kann es nur sein, weil diejenigen, welche Euch das sagen, Euch nichts erzählt haben über die Jölle, welche Ihr jetzt zahlt auf Thee, Zucker, auf Tabak, Jölle, welche Mr. Chamberlain zu ermäßigen beabsichtigt, um Euch irgendwelche Unbehaglichkeit von einer möglichen, aber höchst unwahrscheinlichen Preis-erhöhung des Laibes Brot um einen Farthing oder auch im schlimmsten Falle um einen Halbpenny — ca. 1/2 Pf. — zu ersparen. Haben alle jene, welche Euch von der Verringerung der Nahrungsmittel sagten, Euch das jemals richtig vorgebracht?

Aber man erzählt Euch, Mister Chamberlain beabsichtige mehr als einen Zoll auf Korn. Wollt Ihr ihm helfen, wenn es ohne Extralosen für Euch geschehen kann, seine Pläne für die Entwicklung der Kornzölle aus den Kolonien durchzusetzen und Großbritannien unabhängig von den Fremden zu machen, britische Industrien zu verteidigen, wo immer solche ernstlich bedroht sind von der unerbittlichen Konkurrenz fremder Nebenbuhler? Mister Chamberlains Gegner sagen: Nein, Ihr wollt nicht.

Habt Ihr recht, so zu sagen?

Weil Cobden die Jölle auf ausländische Importgüter aufhob zu einer Zeit, wo Eure Industrie keine ausländische Konkurrenz bedrohte und deshalb keiner Verteidigung bedurfte? Muß jetzt, wo billige ausländische Güter den Markt überschwemmen, wo die Fabriken eine nach der andern schließen müssen und viele von Euch arbeitslos sind — das noch für Euch gut sein, was in Cobdens Tagen gut war? Solltet Ihr nicht vielmehr Euren Fabrikherren helfen, Güter mit einem Augen zu produzieren, welcher ihnen ermöglicht, Euch bessere Löhne zu bezahlen?

Aber, werdet Ihr sagen, könnten wir sicher sein, bessere Löhne zu erhalten, wenn wir einen Zoll auf ausländische Erzeugnisse zulassen? Erzählt uns nicht der Cobden-Klub, daß ein solches wünschenswertes Resultat nicht eintreten wird? Habt Ihr je einen Cobdeniten gefragt, wie er zu einer solchen Forderung kommt? Habt Ihr ihn je gefragt, was den Fabrikherren überhaupt in den Stand setzt, Lohn zu zahlen? Fragt ihn und seht, was er sagt. Inzwischen, ehe Ihr einen Cobdeniten trefft, haltet Ihr es nicht für vernünftig, zu glauben, daß Ihr dann begründete Aussicht auf guten Lohn habt, wenn Eure Industrie blüht und ihre Erzeugnisse sich zu guten Preisen verkaufen? Mister Chamberlains Vorschlag, die britische Industrie durch einen Zoll auf ausländische Güter zu schützen, bedeutet, daß mehr von den von Euch produzierten Gütern hier und im Auslande verkauft werden können, besonders in unsren Kolonien, welche diesen Gütern einen Vorzug vor der Ware des Auslandes geben. Seine Vorschläge bedeuten für Euch mehr Arbeit und Lohn, weil Eure Herren in Zukunft in der Lage sein werden, Euch bessere Löhne zu zahlen, und erfreut sein werden, das zu können.

Britische Arbeiter, moßt Ihr, daß die Industrie, welche Euch mit Brot versorgt, gefährdet wird, um dem Ausländer für Arbeit und Lohn zu sorgen, welcher die britische Industrie vernichtet?

Das Manifest vertritt sowohl die Zollpläne Chamberlains, wie sein imperialistisches Lieblingsprojekt. Seine ganze Abfassung zeigt zugleich, mit wie plumpen Argumenten man in England noch den Arbeitern zu kommen wagen darf. Gleichzeitig beabsichtigt Chamberlain, dem „Daily Chronicle“ zufolge, die Gewerkschaften dadurch günstig für seine Vorschläge zu stimmen, daß er die Errichtung eines Arbeitsministeriums befürwortet, das in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und dem Handelsamt thätig zu sein und die Verhältnisse festzustellen hätte, unter denen die nach England eingeführten Waren hergestellt werden. Falls die Waren von Vätern kommen, an denen niedrige Löhne und lange Arbeitszeit bestehen, so sollen sie einer höheren Abgabe unterworfen werden.

Zu den Balkanwirren.

Konstantinopel, 21. September. Heute fand im Hilbig-Palais abermals ein außerordentlicher Ministerrat statt, welcher sich mit der Lage befaßte. Neuerliche von seiten der Porte an die Wallis und Militärbehörden von Saloniki, Adrianopel und Neßlib ergangene Weisungen hinsichtlich des Vorgehens gegen die Banden, unter Schonung der friedliebenden Bewohner, enthalten auch die Anweisung, daß jeder Civil- und Militärbeamter, welcher sich diesem Wunsche des Sultans widersetzen sollte, eine strengere Verurteilung zu gewärtigen hat. Weiter erteilte die Porte die Weisung, daß die Wallis, Mutesarrifs und Aminsams in ihrer Gebieten Rundreisen zu machen haben, um die bulgarische Bevölkerung zur korrekten Haltung und Ergebenheit aufzufordern, und die durch die Banden eingeschüchterten Landbewohner zur Rückkehr in ihre Heimstätten zu veranlassen. Major Ibrahim Effendi, welcher beschuldigt wird, Gewaltthätigkeiten gegen die Bewohner der griechischen Ortschaft Hebie im Wilajet Adrianopel verübt zu haben, wurde unter Ehre nach Adrianopel gebracht, um vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt zu werden. Eine Specialkommission ist abgereist, um an Ort und Stelle die notwendigen Erhebungen vorzunehmen.

London, 22. September. Der „Standard“ meldet aus Konstantinopel vom 20. d. Mts., vier oder fünf englische Kriegsschiffe hätten die Weisung erhalten, in der nächsten Umgebung von Saloniki miteinander in Fühlung zu bleiben; ähnliche Befehle hätten auch drei französische Kriegsschiffe erhalten.

Frankreich.

Generalräte und internationales Schiedsgericht.

Paris, 21. September. (Eig. Ber.) Nach amtlicher Zusammenstellung haben in der letzten Generalratsession von den 87 Departementsvertretungen 60 eine Resolution zu Gunsten internationaler Schiedsgerichte votiert. Nur 18 Generalräte stimmten dagegen (teils mit nur geringen Mehrheiten) bezw. weigerten sich oder verwehrt sich es, über die Frage zu diskutieren. 9 Generalräte endlich haben entweder noch nicht gefragt oder ihren — meist als günstig voraussetzenden — Beispruch noch nicht bekannt gegeben.

Der Erfolg der Schiedsgerichts-Resolution ist desto bedauerlicher, als sie den Generalräten erst am Vorabend der Tagung ohne vorherige Propaganda durch ein einfaches Rundschreiben der parlamentarischen Schiedsgerichtsgruppe unterbreitet wurde.

Diese Gruppe zählt zur Zeit 240 Mitglieder, Deputierte und Senatoren verschiedener, hauptsächlich linksstehender Parteien.

Ein gegen den Marineminister revoltierender Admiral. „Echo de Paris“ will wissen, der Marineminister habe in der letzten Sitzung des Ministerrats mehrere in sehr heftiger Zone abgefaßte Briefe des Admirals Marechal vorgelegt und die Minister hätten einstimmig die Ansicht gehabt, Ballester müsse ein Exempel statuieren. Der Admiral werde deshalb in Nichtacht erklärt werden.

Niederlande.

Zweite Kammer. Bei Besprechung der Antwort auf die Thronrede behauptet van Kol (Soc.), in Java herrsche Hungersnot. Premierminister Kuyper erklärt die Behauptung auf Grund amtlicher Berichte für unwichtig. Die Erste sei zufriedenstellend. Troelstra spritzte seine Mißbilligung aus, daß die Aussände im Frühjahr in der Thronrede als verbrochene Lüge bezeichnet worden seien. Die Socialdemokratie werde durch diese Haltung gefährdet werden. Diese könne nicht nach der persönlichen Meinung der Königin sein, welche in erster Linie eine Frau sei, die mit den Opfern des Auslandes Mitleid habe.

In seinen weiteren Ausführungen weist Troelstra auf die deutschen Socialdemokraten hin, deren Heiden durch die Rede des deutschen Kaisers in Essen eine Verstärkung erfahren hätten; so würde auch die Zahl der holländischen Socialdemokraten durch die königlichen Reden vernehrt. Premierminister Kuyper erklärt in seiner Erwiderung, er werde auf die Worte, die den Souverän eines bescheidenen Staates betreffen, nicht antworten, weil die internationale Courttoise das verbiete. Der Ausdruck „verbrochene Lüge“ in der Thronrede entspreche dem moralischen Urtheil, das die Behörde über die Aussände habe, und da der Staat durch die Aussände im vergangenen Frühjahr in Gefahr gewesen sei, sei es nötig gewesen, daß das Staatsoberhaupt seine Mißbilligung über die Agitation ausdrückte, um den moralischen Sinn des Volkes wieder zu heiligen. Das gesamte Kabinett übernehme die Verantwortung für diese Worte. Die Antwort auf die Thronrede wurde hierauf

mit 78 Stimmen gegen 8 Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Serbien.

Stupschina-Wahlen. Belgrad, 22. September. Nach dem jetzt annähernd vorliegenden Ergebnisse wurden bei den gestrigen Wahlen für die Stupschina 80 gemäßigte Radikale, 65 unabhängige Radikale, 15 Liberale und ein Socialist gewählt.

Nach den neuesten Berichten wurden bei den gestrigen Wahlen 72 gemäßigte, 61 selbständige und 2 Wild-Radikale, 14 Liberale, 1 Fortschrittler und 1 Socialist gewählt. 9 Kandidaten kommen in die Stichwahl.

Die Regierung kann also nur aus beiden bisher einander feindselig gesinnnten radikalen Gruppen gebildet werden, was, wie man glaubt, dem hierzu in Aussicht genommenen General Grutisch gelingen dürfte. Falls nicht, wird eine Koalitionsregierung gebildet, welche die für nächsten Montag einberufene Stupschina auflösen und Neuwahlen ausschreiben wird.

Amerika.

Der Arbeitseiertag in den Vereinigten Staaten. New York, 9. September. (Eig. Ber.) Der am letzten Montag als dem ersten des Septembers im ganzen Lande — mit Ausnahme von Louisiana — gefeierte „Labor Day“ (Arbeitseiertag) hatte schon in den ersten Jahren seiner Einführung, mit der in der Stadt New York der Anfang gemacht worden ist, seinen ursprünglichen Charakter verloren und wurde seitdem von den „Labor Parties“ bemagt, um den Führern der beiden großen politischen Parteien zu zeigen, wie groß die Masse des Stimmviehs sei, das von ihnen „kontrolliert“ werde. Seitdem der Tag sowohl von den Legislaturen der einzelnen Staaten als vom Bundeskongreß zum legalen Feiertag gemacht worden ist, hat er noch mehr von dem Charakter eines Feiertages der Arbeiter eingebüßt. Die auf fortgeschrittenem Boden stehenden Organisationen machen ihn — meistens notgedrungen — wohl mit, betrachten aber als den wirklichen Arbeiter-Feiertag den „1. Mai“. — Hier, an der Geburtsstätte des „Labor Day“, ist er dieses Jahr gänzlich auf den Grund gekommen, indem die Baugewerkschaften, welche allein eine Parade arrangiert hatten, sich nicht bloß damit begnügten, an „prominenten“ Persönlichkeiten vorbeizugehen, sondern sogar an die Spitze des Zuges den früheren, jetzt aus dem Bürgermeisterrat scheidenden Polizeichef Devery gestellt hatten, welcher als solcher vor einer Zeit seine „Anklopfgarde“ gegen die vor dem Streik stehenden Straßenbahn-Gesellschaften im Borough Brooklyn führte, bevor noch die Bahngesellschaft seine Hilfe verlangte. Neben ihm marschierte der omniböse „Walking-Delegat“ der Bauhändler-Union, der letzten von Präsidenten des Central-Körpers der Baugewerke gewählte Paris, der eben in einem gegen ihn wegen Erpressung schwebenden Prozesse zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist (in das man ihn schon gesteckt hatte, aus dem er aber vorläufig wieder gegen 10 000 Dollar Bürgschaft, die ein Kasse jenes Devery für ihn stellte, entlassen ist. Erkennterweise beteiligten sich nur zwischen 10 000 bis 11 000 Arbeiter an der Parade, der auch der Präsident der Parolischen Union und derjenige des Nationalverbandes fernblieben.

Auch unser Bundespräsident Roosevelt hat trotz seiner in der Bundesdruckerei-Affaire an den Tag gelegten „Feindschaft“ gegen organisierte Arbeiter den Labor Day mitgefeiert. Er ist deshalb sogar von seinem künftigen Sommerheim auf Long Island über New York nach — Syracuse im oberen Teil des Staates gereist. Wie er auf dieses „obsture Nest“ versetzt ist, unersichtlich. Das Interessante an der Sache ist übrigens nicht seine „Festrede“ (der Mann hat ein riesiges Talent, mit einem Attagarochswall von Worten „nichts zu sagen“), sondern die Reise selbst. Sie erfolgte nämlich unter Säugmaßregeln, wie sie kaum jorgältiger für den erwarteten Besuch des Varen in Italien getroffen werden können, und am Festorte war die Rednertribüne in weitem Abstände mit einem Stacheldrahtzaun umgeben, so daß ihm die lieben Landeslinder notgedrungen mehr wie „drei Spritz vom Leibe“ bleiben mußten.

Landtagswahl.

Dr. Barth ist nun endgültig von der Kandidatur in seinem bisherigen Landtags-Wahlkreis Kiel zurückgetreten. Die Ursache liegt in der ablehnenden Haltung, welche die Mehrheit der Kieler Liberalen“ zu der Forderung einnehmen, die berechtigten Ansprüche der Socialdemokratie bei der Landtagswahl anzuerkennen.

Ueber die voraussetzliche Stellung der Berliner Liberalen schreibt die „Freis. Ztg.“ in einer Auseinandersetzung mit der „Kieler Zeitung“: „Was in der Generalversammlung des Liberalen Wahlvereins in Berlin beschlossen wird, darüber herrscht schon jetzt nicht der mindeste Zweifel. Sollte es der „Kieler Ztg.“ unbekannt sein, daß eine solche Generalversammlung nicht wie ein Parteitag der freisinnigen Volkspartei eine Versammlung von Delegierten der Partei aus den verschiedenen Wahlkreisen darstellt? Auf der Generalversammlung des Liberalen Wahlvereins kann jeder erscheinen, der sich gegen Zahlung eines Jahresbeitrages von 2 M. als Mitglied des Vereins einschreiben läßt. Infolgedessen sind die Parteibezirke außerhalb auf der Generalversammlung in einer verführerischen Minderheit gegenüber den Berlinern. Da sich nun jetzt die Nationalsozialisten in Berlin als Mitglieder einschreiben lassen, so ist Herr Barth für seine Verbrüderung mit der Socialdemokratie von vornherein einer Mehrheit sicher.“

Die bürgerliche Presse über den Parteitag.

Die Betrachtungen der bürgerlichen Presse über den Dresdener Parteitag bewegen sich in den alten ausgefahrenen Geleisen. Nirgends findet sich eine Spur verständnisvoller Würdigung, nicht einmal beachtlicher Kritik. Man versucht, so gut es gehen mag, die eignen Parteipöppel am socialdemokratischen Feuer zu lodern.

Leungemäß kann man zweierlei Methoden des Urtheilens unterscheiden. Die Scharfmacher, zu denen auch die „Freisinnige Zeitung“ gehört, stellen wieder einmal fest, daß das Gerede von der Mauerung der Socialdemokratie falsch sei und daß unre Partei radikaler sei als je zuvor. Das ist richtig. Eine Partei, die nach einem der größten Siege daran dächte, ihre Taktik zu revidieren, müßte ja auch aus Narren bestehen. Aber die Forderung der Scharfmacher ist falsch: Die Staatsgewalt müßte nun schleunigst mit Gewalt eingreifen. Gerade umgekehrt müßte gefordert werden: Die Elementarlast der durch nichts von ihrem Wege abzubringenden Partei läßt jeden Versuch gewalttätigen Niederschlagens als völlig aussichtslos erlernen.

Auf der andern Seite hört man wieder das süße Plätschen: Man habe es ja offen eingeschanden, daß der Revisionismus“ stärker sei als je zuvor. Nun habe zwar die „Orthodoxie“ gesiegt, aber das sei ein Pyrrhussieg. In Wirklichkeit sei die Socialdemokratie schon auf dem Boden eines Mofischen Tagesblattes „Socialismus“ angelangt. Das Schicksal des Revisionismus läßt es wahrhaftig als sehr verlockend erscheinen, seinen Spuren zu folgen. Wer bei der völlig klaren politischen Situation Deutschlands, bei der scharfen Scheidung zwischen der Socialdemokratie und der bürgerlich-feudalen Reaktion der Socialdemokratie raten würde, den Klassenkampfstandpunkt zu mildern oder eine Annäherung an die bürgerlichen Parteien zu suchen, der müßte nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern politisch entmündigt werden.

Einen besonders breiten Raum nehmen in den bürgerlichen Parteitag-Artikeln die „psychologischen“ Betrachtungen über die mehr persönlichen Auseinandersetzungen ein. Die Gesellschaft, die mit den Hölzern der Staatsgewalt oder der freiwilligen Ver-

Stoßlegung der Wirtschaftlichen die freie Kritik unterdrückt, hat wahrlich Anlaß, sich über socialdemokratische Offenherzigkeit zu empören. Die Selbstkritik sollte man uns ruhig überlassen, wir lassen es sicher nicht an einem Maße von Selbstkritik fehlen, die schon vielleicht zum Uebermaß geworden ist. Wenn wir nach dem 16. Juni, statt triumphierend zu demonstrieren, zuerst einmal mißtrauisch gegen uns selber geworden sind und geprüft haben, ob wir noch die Alten seien, so kann man der Meinung sein — und wir vertreten diese Ansicht —, daß diese Prüfung einmütig gewesen und vor allem zu ansäuflich und zu scharf geraten sei, aber das imponierende Kraftgefühl und den moralischen und intellektuellen Klärungsdrang, der in solchen Kämpfen sich bekämpft, sollte doch niemand verlernen, zumal nicht der Feind, für den doch die zwingendste Notwendigkeit besteht, Wesen und Quellen der socialdemokratischen Weltmacht zu erfassen.

Wenn heute der hinkende Teufel durch die Gassen der bürgerlichen Gesellschaft schreite und die Dächer abhöbe von Schloßern und Ministerien, von Banken und Industrie-Comptoirs, von Kavernen und Gutshöfen, von bürgerlichen Redaktionen und bürgerlichen Parteisekretariaten — glaubt man, daß diese Welt den Sturmwind der brutalen Wahrheit nur um einen Tag überleben könnte. Die ellen Affären unter der starren Kränze der bürgerlichen heuchlerischen Wohlstandigkeit brechen jeden Augenblick durch, und die ganze, schieferhafte Arbeit der Agenten des herrschenden Systems ist letzten Grundes darauf gerichtet, die Fenster undurchdringlich zu verhängen, damit die verborgene Schande nicht ins Licht gezerrt würde.

Die Socialdemokratie aber erfüllt an sich selbst die Mission des hinkenden Teufels. Sie hebt von der eignen Partei das Dach und spürt in die geheimsten Winkel. Wer sonst dürfte das wagen. Man stelle sich nur einmal vor, etwa die Freisinnige Volkspartei würde in öffentlicher Sitzung verhandeln, wie sie über Eugen Richter denkt — man braucht daran nur zu erinnern, um die geschwägigen bürgerlichen „Psychologen“ unfres Parteitag zur Ruhe zu bringen.

Nach dieser allgemeinen Charakteristik der bürgerlichen Preshimmen, können wir uns damit begnügen, aus der Papierfust ein paar Proben herauszugreifen.

Das übergeschnappte Litteratenium der Scharfmacherei äußert sich in folgenden Delirien der „Post“:

„Die fürchterliche Entartung ganzer, ungeheurer Volkschichten ist kaum irgendwo schärfer in die Erscheinung getreten, als auf dem heute zu Ende gehenden socialdemokratischen Parteitag. Die heutigen Socialdemokraten betonen nichts lieber und lauter, als daß sie das Werk der Jakobiner in großartigen Zügen zur Vollendung bringen wollen. Welch lächerliche Ueberhebung, welch unfreiwillige Komik! Man denke: an der Wiege der großen Revolution, die ein ganzes Zeitalter verabschiedete und ein neues herausbäumern ließ, stand der geniale, aristokratische, aristische Graf Mirabeau, einer von jenen Männern, die mit einem stählernen Charakter und einer unvergleichlichen Begabung das höchste Wissen ihrer Zeit verbanden. Wer sind die Paten der deutschen Socialdemokratie? Die drei Juden Kassel, Marx, Engels. (1) Wenn schon dem blindesten Gehirn die Erkenntnis sich aufdrängen sollte, daß diese drei Hebräer eine lornische Figur spielen neben der dämonischen Gestalt des fragestischen Grafen, so sollte schon der animale Instinkt der auf ihre materialistische Weltanschauung stolzen Genossen sie auf die Schmach dieses geistigen Zuhälteriums aufmerksam machen und ihnen die Schamröte in das Gesicht jagen.“

„Und nun dem allen gegenüber die entarteten, unmännlichen Schüler von heimatlosen Fremdlingen! Bar aller Wodensühigkeit und Liebe zu unsrer teuren Heimat, nicht eingedenk der Schmach dieses geistigen Zuhälteriums, stürmen sie frech heran, um die Fundamente einer großen, stolzen, gewaltigen deutschen Kultur niederzureißen, den Stempel der Vulgarität so unverleumbar auf die niedrige Stirn geprägt, daß selbst der hilfloseste Thor klar erkennen müßte: niemals können diese Bananen auf den Trümmern der heutigen Kultur eine ebenbürtige, geschweige bessere aufbauen. Die Erfürmer der Bastille setzten ihr Leben mutig auf das Spiel, die heutigen Führer treiben ihre Politik bei einem Dreißelchen Souper, oder wirzen aus säuerem Hinterhalt wie der Bogt von Südnacht. Würden wohl die heutigen Mannen um Bebel, die Juden Singer, Bernstein, Braun, Stadhagen, David, Arons, Wurm usw. persönlich auf die Barrikade steigen?“

„Wie sollen zusammen: zur Zeit der großen Revolution eine schlechte, schwache Festung, ein dämonischer, blutiger, gewaltiger Feind, heute eine Hochburg gesunder Staatsentwicklung und weilsiger Menschenrechte, beider einer Notte grünelnder Affen des Jakobinertums, unsauberer Korinther, die sich, wie der Dresdener Parteitag zeigt, mit Wollust in ihrem eignen Schmutze wälzen. Nicht klirte und Klang es von sählernen Schwertern und Lanzen, sondern mysteriös heulte der Wob bei dem frechen Cancan.“

„Unzweifelhaft charakterisieren sich diese Brandreden des Parteihäuptlings als Staatsverbrechen oder mindestens als die verhängnisvolle Aufreizung zum Verbrechen gegen den Staat, zumal sie sich als die Reden des Führers der Radikalen gegen die eine „Evolution“ predigenden Revisionisten rüsten und somit jede Verleumdung ihres entkennenden Staatsverbrechens Sinnes unmöglich machen.“

In einem andern Artikel des Blattes über die „Feinde des Vaterlandes“ heißt es:

„So böten denn die Verhandlungen des Dresdener Parteitages ein getreues Bild des Zukunftsstaates in seiner ganzen erschreckenden Verrohung, Lede, Despotie und Trostlosigkeit. Wer nur noch einen Funken von Vaterlandsliebe im tiefsten Herzen trägt, der muß sich entsetzen von dieser Gesellschaft abwenden, die sich so laut vor aller Welt rühmt, sie wolle die Brandfadel in den Bau des Deutschen Reiches werfen. Die dreiste und ganz ungenierte Sprache auf dem Dresdener Parteitag beweist, wie weit es durch die Politik des laissez-faire gegenüber der Socialdemokratie schon gekommen ist. Ungehört wird vor einer großen Versammlung die Vernichtung des Reiches als Ziel gepredigt, und der oberste Führer verkündet feierlich, so lange er lebe und atme, wolle er nur an der Zerstörung des Staates arbeiten. Es ist eine Schmach, daß so etwas in einem großen Kulturvolke überhaupt möglich ist. Das sollte sowohl der Regierung wie den Aufrechterhaltungsinisten ernstlich zu denken geben.“

„Rechnlich die „Hamburger Nachrichten“:

„Die Partei wird auch künftig revolutionäre sein und die Revisionisten, soweit sie ernst zu nehmen sind, werden in Wirklichkeit keinen Einfluß haben. In der Socialdemokratie vollzieht sich eben die Entwicklung auf dem Dresdener Delegiertentage dahin, daß sie durch ihre vollständige Unterwerfung unter den „Scharfmacher“ Bebel, wie er sich in richtiger und klarer Selbsterkenntnis selbst nannte, einen weiteren Schritt von der bürgerlichen Gesellschaft abwärts. Die Illusionen, als ob in naher absehbarer Zeit in der Socialdemokratie die Tendenz zur Entwicklung und Umgestaltung in eine nur radikale Bürgerpartei das Uebergewicht erlangen könnte, ist abgelaufen, und die „Hamb. Nachr.“ behält mit ihrer Auffassung recht, daß es der Socialdemokratie nicht auf praktische, erreichbare soziale Ziele zum Wohl der Arbeiter ankommt, sondern auf die Erlangung der politischen Macht zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Verfassung.“

Von den Kaufmanns-Phantasien erwähnen wir die „National-Zeitung“:

„Der sichere Sieg der herrschenden Diktatoren in Dresden vermag nichts daran zu ändern, daß in dem Ringen zwischen Revolution und Evolution der endgültige Sieg auf der Seite der Evolutionisten steht. Wie werden die geschlagenen Sieger von Dresden, die Bebel, Maunich, Singer, sich wieder völlig von ihrem „Sieg“ erholen. Die Diktatur der Janatiker ist nur noch zu halten durch die große Komödie, über der eines Tages doch der Vorhang fallen muß. Wieder ist es einer jener vielen interessanten Beiträge zur Psychologie der Massen und der Tyrannen, den die Dresdener Tage liefern, daß die Rolle des ersten Helden in der großen Komödie nicht dem aus Hunger, trostener

Verrechnung agierenden Singer, sondern dem von Janatismus getriebenen, unbewußten Komödianten Bebel zugesallen ist. Im Vordergrund steht der Janatiker und Schwärmer — aber wohlgerichtet, der alte Schwärmer, der die Massen seinem Janatismus unterwirft, der sich zu ihrem Diktator durchringt, von dem sie für reichliches Gold nehmen, was doch nur „den Stempel des Geistes auf Lügen und Lüstern“ trägt, der alte, erfahrene Schwärmer, auf den des Dichters fürsten Weisheitspruch geprägt scheint: „Kannst er nur einmal die Welt, wird der Betrogene der Schelm.“ Auch der entlarvte Schelm kann noch eine Zeit lang die Herrschaft über die blind ergebenden Massen behaupten; aber der Kreis, in dem des Diktators Nachwort noch gilt, zieht sich enger und enger, bis die „Evolution“ über die künstlich aufgetürmten Mauern seiner Macht hinweggedreht.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schöpft aus der Tiefe ihrer Weisheit die überraschende Bemerkung, daß die „Revisionisten“ gestört hätten:

„Man hat der Parteiag allerdings gesprochen, indem er eine Resolution fasste, die Bebel, Maunich und Singer einbrachten, noch dazu mit einem verächtlichen Amendement. Aber nicht nur, daß diese Resolution, wenn die Lage der Dinge dazu zwingt, gerade so durchbrochen werden wird, wie jede andre und wie mehrere thafächlich schon durchbrochen worden sind — die Revisionisten haben auch diese Gelegenheit beim Schopf gepackt und zur Defensiv einen Angriff auf Bebel unternommen, der durchaus glückt ist. Es ist das erste Mal seit langer Zeit, daß Bebel solche Dinge zu hören bekam, wie auf diesem Parteitag, und aus der recht lebhaften Zustimmung, welche die betreffenden Kraftstellen fanden, kann man füglich schließen, daß die, welche sie ausbrachten, vielen aus der Seele geredet haben und ein Baum gedrohen worden ist. Es ist selbstverständlich, daß Bebel trotzdem bleibt, was er war — das Haupt der deutschen Socialdemokratie. Aber den Schaden, den der Diktator genommen hat, wird Bebel nicht wieder reparieren können, und so werden die Revisionisten nach Dresden in einer besseren Position sein als vorher, obwohl sie dort vernichtet werden sollten. Die Abstimmung über die Resolution selbst war die reinste Komödie — nach Bebel ein Ausdruck, dessen Verdrängung man nicht mehr bestreiten kann.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ schwärmt von einem Sieg des Revisionismus. Daß diese Blätter über Dinge und Zustände schreiben, von denen sie keine Ahnung haben, beweist die folgende Stelle:

„Zunächst ist eine Verklärung der socialdemokratischen Tonart wahrscheinlich. Besonders bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus dürfte das zum Ausdruck kommen. Es hat offenbar innerhalb der Socialdemokratie nicht an der Neigung gefehlt, diesen Wahlkampf mit dem bürgerlichen Liberalismus gemeinsam zu kämpfen. Wie weit von Seiten des Liberalismus diese günstige Situation verpaßt wurde, soll hier unerörtert bleiben. Jetzt nach dem Dresdener Parteitag ist jedenfalls an ein Zusammengehen nicht mehr zu denken. Alles, was sich noch erreichen läßt, besteht darin, eine Verklärung des Kampfes von bürgerlicher Seite zu vermeiden. Vielleicht sieht auch die Socialdemokratie ein, daß sie sich ins eigne Fleisch schneidet, wenn sie der Reaktion ihre Dienste leiht, damit, wie es in Dresden hieß, der letzte Liberale zum Landtage hinausfliegt. Bis zu den Wahlen, die ja erst im November stattfinden, hat hoffentlich die gesunde Vernunft wieder so weit die Oberhand behalten, daß die Parteiverbohrtheit sich vor ihr beugen muß.“

Durch den Dresdener Parteitag ist an der socialdemokratischen Auffassung über die Landtagswahlen nicht das geringste geändert worden. Man hat ja in Dresden auch einfach nur den Befehl der preussischen Konferenz bestätigt. Gerade auch die als „gemäßigt“ verschrienen Socialdemokraten haben von Anfang an als die einzig mögliche Taktik empfohlen, die freisinnigen unbarmerzig durchfallen zu lassen, wenn sie in ihrer Parteiverbohrtheit“ und die Erfüllung unsrer bescheidenen Ansprüche verweigern.“

In „Post“-Horn löst die „Freisinnige Zeitung“:

„Für uns aber ist nicht die Tonart, in der die Genossen untereinander verhandeln, die Schimpfereien, in denen selbst Reichstags-Abgeordnete einander mit Psal traktierten, die Hauptfrage in der Kritik, sondern die offene Proklamierung des Klassenkampfes, wie sie bereit noch niemals früher seitens der Socialdemokratie geschehen ist. Alle diejenigen, welche in den bürgerlichen Parteien von einer beginnenden Kaufnung der Socialdemokratie phantasierten, von einem Revisionismus, der zuletzt die Socialdemokratie mit der bürgerlichen Linken zu einem Schutz- und Trutzbündnis, wenn nicht gar zu einer „großen liberalen Partei“ zusammenführen müßte, haben eine kalte Dusche über den Kopf erhalten durch die Verhandlungen in Dresden. Die freisinnige Volkspartei in ihrer Auffassung von dem Wesen der Socialdemokratie aber ist für jeden Unbefangenen glänzend gerechtfertigt durch die Verhandlungen dieses Parteitages.“

„Vollmar und Auer hat man bisher vielfach als Vertreter einer gemäßigten Richtung angesehen. Auer aber bemerkte auf dem Parteitag: Wenn es wirklich Leute gäbe, die uns vom Boden des Klassenkampfes abdrängen und der bürgerlichen Linken zuführen wollen, so läßen diese Leute allerdings Verrat und verdrängen, aus der Partei ausgefallen zu werden. Auer schloß seine Rede, indem er es auf das entschiedenste als elende Verleumdung erklärte, wenn man ihn vorwerfe, daß der Klassenkampf für ihn nicht mehr maßgebend sei und er die Partei an die bürgerliche Linke verraten wolle.“

Man hat geglaubt, innerhalb der Socialdemokratie eine gemäßigtere Richtung als Revisionisten bezeichnen zu können. Dazu wurde neben Auer besonders Vollmar gerechnet. Aber Vollmar erklärte, mit dem wahren Begriff revisionistischer Bestrebungen sei nichts anzufangen, das sei ein Popanz. Und Auer meinte, er müsse vor allem die Frage aufwerfen: Wer und was ist ein Revisionist? Ich habe noch keinen gesehen; es ist wirklich eine Preisfrage. Er müsse dagegen protestieren, zu den Revisionisten gerechnet zu werden. Ich halte das Klassenbewußtsein für die Basis unsrer Bewegung, der alle Erfolge zu danken sind.“

„Seit dreißig Jahren entdebt Eugen Richter immer aufs neue, daß die Socialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes steht — was doch seit dem ersten Anfang unsrer Partei jedes Kind weiß. Eugen Richter aber erneut diese seine Entdeckung lediglich deshalb, um zu rechtfertigen, warum der Freisinn die Pflicht habe, den Liberalismus an das Junkertum zu verraten.“

Partei-Nachrichten.

Die Kontrollkommission konstituierte sich am Sonnabendabend nach der Parteitag-Sitzung und wählte zum Vorsitzenden den Genossen H. Reiser-Hannover, zum Schriftführer den Genossen A. G. d. Offenburg. Bei der Kooptation der beiden Beisitzer entschied man sich wieder für die bisherigen Mitglieder der Kommission, die Genossen W. E. H. erhardi-Charlottenburg und R. W. engels-Berlin.

Glückwunsch zum Wahlsiege. Nachträglich geht noch ein Glückwunschschreiben der politischen Arbeiter-Liga aus Hobart, Tosmanien, Nordost-Australien, ein, in welchem die Abänder der deutschen Genossen zu ihrem großen Wahlerfolg die herzlichsten Glückwünsche überbringen.

Die Düsseldorf-Parteiengenossen beschäftigten sich in einer Parteiversammlung, die die Fortsetzung einer früheren bildete, mit ihren lokalen Streitigkeiten, die seiner Zeit zur Schaffung des jetzigen neuen Parteiblattes führten. Es wurden gegen vereinzelte Stimmen folgende Anträge angenommen:

I. Die heutige, am 20. September stattfindende Parteiverammlung erkennt die zum Schaden für die Parteibewegung des Wahlkreises Düsseldorf fortgesetzt betriebenen Unterinterarbeiten der Genossen A. Windhoff, Wasser und Wächter an und beantragt den Ausschluß aus der socialdemokratischen Partei der genannten drei

Genossen, da sonst eine Aenderung hiesiger Verhältnisse nicht zu ermöglichen ist.

II. Die heutige Parteiversammlung möge beschließen, das Vorgehen der Preshmission gut zu heißen, und verpflichtet, mit allen Mitteln das neue Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

III. Laut Beschluß der vorjährigen verspricht sich die heutige Parteiversammlung, die Schuld an Greben abzutragen.

Greben ist der Bruder des früheren Parteiblattes und aus diesem Verhältnis resultieren die Säulden, die abzutragen eine selbstverständliche Verpflichtung der Partei ist.

Als Arbeitersekretär in Gera wurde der dortige Textilarbeiter Genosse Drechsler gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Danziger Polizei-Kriegsschauplatz.

Die letzte Justizinstanz der Danziger Arbeitervereine, das Lokal von J. Berger, versuchte ihnen der Polizeipräsident im vorigen Jahre auch noch zu nehmen. Nachdem am 3. Juli eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins stattgefunden hatte, die aufgelöst wurde, erließ der Herr Polizeipräsident eine Verfügung an die Inhaberin, Frau Berger, wodurch er die weitere Benutzung des Lokals zu Versammlungszwecken untersagte und die Polizeistunde auf acht Uhr abends herabsetzte. Der Polizeipräsident erklärte, daß er sich im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu dieser Verfügung veranlaßt sehe. Vor einigen Monaten hat nun, wie wir damals berichteten, das Ober-Verwaltungsgericht bereits den Teil der Verfügung außer Kraft gesetzt, wonach das Lokal zu Versammlungszwecken nicht mehr benutzt werden sollte. Aber auch der andre Teil der Verfügung betreffend die Herabsetzung der Polizeistunde auf acht Uhr wurde im Verwaltungs-Streitverfahren angefochten, weil gar kein Grund dafür vorläge. In jener Versammlung vom 3. Juli, auf die der Polizeipräsident sich für sein Vorgehen berufe, sei die einzige gesetzwidrige That die Auflösung der Versammlung gewesen.

Der Polizeipräsident stellte dagegen auf Grund seiner Berichte diese Vorgänge folgendermaßen dar: In der Versammlung habe man das Verhalten des überwachenden Polizeikommissars Sackhe bei früheren Gelegenheiten scharf angegriffen. S. verlangte vom Vorsitzenden, daß dem Redner das Wort entzogen werde. Dieser sprach weiter, wollte dann aber nach mehreren Einsprüchen des Kommissars auf das Weiterreden verzichten. Die Versammelten riefen ihm einmütig zu, weiter zu reden und sich keine Beschränkung der Redefreiheit gefallen zu lassen. Darauf erfolgte die Auflösung der Versammlung. Der Aufforderung Sackhes, sich zu entfernen, sei man, wurde weiter ausgeführt, nicht gefolgt. Berger, der Mann der Lokal-inhaberin, habe sich in den Rahmen der einzigen Thür gestellt und gerufen: Hier bin ich Herr, ich werde mein Hausrecht wahren. Es sei ein Tumult entstanden und der Kommissar und der ihn begleitende Schutzmann seien an die Wand gedrückt worden, worauf Sackhe seinen Revolver gezogen habe, was die Leute veranlaßt habe, eiligst zu verschwinden.

Die Klägerin wandte gegen diese Darstellung ein, daß lediglich das eigentümliche Auftreten des Kommissars Sackhe die lebhaften Szenen an jenem Abend verursacht habe.

Der Bezirksanwält wies die Klage ab. Er folgte der Darstellung der Polizei und berücksichtigte, daß der Ehemann Berger wegen seines Auftretens in der Versammlung vom 3. Juli wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Zur Verhütung polizeiwidriger Zustände sei die angegriffene Verfügung ein erforderliches und geeignetes Mittel.

Die Klägerin legte Revision ein, welche Rechtsanwält Th. Viehnrecht eingehend vor dem Ober-Verwaltungsgericht rechtfertigte.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab dem Antrage des Anwalts statt und erklärte jetzt auch die Herabsetzung der Polizeistunde auf 8 Uhr für nicht gerechtfertigt und setzte die Verfügung der Polizei auch in dieser Beziehung außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Jede polizeiliche Verfügung müsse daraufhin geprüft werden, ob sie nicht zu weit gehe und ob sie auch ein taugliches Mittel sei zur Erreichung des gewollten Zweckes. Die Herabsetzung der Polizeistunde auf 8 Uhr gehe entschieden zu weit, wenn man in Betracht ziehe, daß es sich nur um die Vorgänge in der einen Versammlung handele. Auch eigne sich die Herabsetzung der Polizeistunde hier nicht zur Erreichung des gewollten Zweckes.

— Hausfriedensbruch im Wahllokale. Der Parteigenosse W o d e aus Rathenow sollte am Städtwohltage im Auftrage der Partei der Wahlhandlung in Schollene betheiligen. Er wurde vom Wahlvorsteher aufgefordert, das Wahllokale zu verlassen. Weil er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er des Hausfriedensbruchs angeklagt und vom Schöffengericht Sandau (Landgericht Stendal) zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Urteil ist unanfechtbar, weil das Wahllokale ein öffentlicher Ort ist.

Aus Industrie und Handel.

Die wirtschaftliche Lage und die chemische Industrie. Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ hielt in der vorigen Woche in Elberfeld seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf dieser gab der Generalsekretär des Vereins, Direktor O. Wenzel-Berlin, an der Hand einer Reihe statistischer Ziffern ein höchst beachtenswertes und lehrreiches Bild der industriellen Entwicklung des letzten Jahres im allgemeinen und insbesondere der wirtschaftlichen Bewegung der chemischen Industrie. Er wies nach, daß der geschäftliche Niedergang während des größten Teils des Vorjahres noch fortgedauert habe, in den ersten Monaten des Jahres 1902 sogar seinen tiefsten Stand erreicht habe. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen sei dadurch — wie die Verbrauchsziffern nachweisen — erheblich vermindert. An die Stelle des nahrhafteren Brotes sei vielfach die billigeren Kartoffel getreten, der vertheuere Fleischgenuß habe erheblich nachgelassen und der Konsum der entbehrlichen Genussmittel wie Zucker, Kaffee, Bier, Tabak sei zurückgegangen. Das zeige sich ebenfalls an folgenden Zahlen: Der Konsum an Roggen sei von 147 Kilogramm auf 137 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, derjenige von Weizen von 91 auf 85, von Jader von 12,3 auf 11,6, von Kaffee von 3,01 auf 2,95, von Schwitz von 0,16 auf 0,15 Kilogramm im Jahre 1902 gegenüber dem Jahre 1901 zurückgegangen, während gleichzeitig der Verbrauch an Kartoffeln von 604 Kilogramm auf 732 Kilogramm und derjenige an Gerlingen von 3,59 auf 4,06 Kilogramm gestiegen ist. Auch der Konsum von Fleisch habe sich im Jahre 1902 erheblich vermindert: auf 51 Schlachthöfen wurden im ersten Halbjahre 1902 197 000 Schweine weniger geschlachtet als im Vorjahre, während andererseits in 11 Städten die Zunahme an Ferkelabschlachtungen von 35 bis 200 Prog. stieg. Erst gegen die Mitte des Jahres, insbesondere seit dem Herbst sei eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten, wie auch die gerichtliche Statistik über Wechselprozesse, Mahnsachen und Konkurse bewies, von einer Rückkehr zu normalen Verhältnissen sei man aber noch weit entfernt. Der Grund dieser wirtschaftlichen Leblofigkeit trotz des außerordentlich flüssigen Geldstandes liege vorzugsweise in der Unsicherheit über die Zukunft unsrer internationalen Handelsbeziehungen, die der Geschäftswelt die größte Zurückhaltung auferlege. Trotz der Verminderung des inländischen Konsums sei es in vielen Industriezweigen durch erzwungenen Export doch möglich gewesen, einer weitgehenden Einschränkung der Produktion Einhalt zu thun, aber nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der Verkaufspreise bis fast an die Grenze der

Gesetzgebungsarbeiten. Die chemische Industrie, die in großem Umfange für den ausländischen Markt arbeitet und einen erheblichen Teil ihrer Erzeugnisse selbst verarbeitet, sei von dem geschäftlichen Niedergang verhältnismäßig noch am wenigsten betroffen worden. Die Produktion habe im letzten Jahre wieder zugenommen, die Zahl der Vollarbeiter sei um 2,83 Proz., die Summe der Löhne von 159,8 auf 164,2 Millionen gestiegen. Trotzdem sei nach den Ergebnissen von 133 Aktiengesellschaften mit einem ausgezahlten Kapital von 383 Millionen die Durchschnitts-Dividende infolge der gedrückten Preise um 0,43 Proz. gesunken. Auch die bisher stetig gestiegenen Arbeitslöhne zeigen einen Rückgang von 1011,10 M. auf 1009,07 M. pro Kopf der Vollarbeiter. Ein günstigeres Ergebnis gegen das Vorjahr erzielte die Fabrikation wissenschaftlicher, pharmazeutischer, photographischer und technischer Präparate, ebenso die Leinwandindustrie und die bisher am ungünstigsten arbeitende Dünge-Industrie. Dagegen ist in der Großindustrie der Alkalien und Säuren, der Explosivstoff- und Zündwarenindustrie ein Rückgang der Rentabilität eingetreten.

Die Schlussphase in der Leipziger Bank-Tragödie spielte sich am Montag vor dem Leipziger Amtsgericht ab. Die unter Vorsitz des Oberamtsrichters Müller abgehaltene letzte Gläubigerversammlung war die siebente in der Reihe der von dem Konkursverwalter Rechtsanwalt Freitag im Laufe der beiden letzten Jahre einberufenen. Rechtsanwalt Freitag verwies auf den ihm erstatteten Schlussbericht und bemerkte dem „L. Z.“ zufolge, daß ein Massenbestand von rund 12 1/2 Millionen Mark zur Auszahlung der Restdividende flüssig sei. Was das gesamte Konkursverfahren anlangt, so glaube er, behaupten zu dürfen, daß die Konkursverwaltung wie der Gläubigerausschuß mit Genauigkeit und auf die Abwicklung derselben zurückzublicken können, denn es sei ihnen gelungen, in zwei Jahren einen Konkurs, wie er noch nie dagewesen sei und wie er hoffentlich auch nie wiederkehren werde, zu Ende zu führen. Es habe mit einer Einnahme von rund 80 Millionen Mark und mit einer Ausgabe in gleicher Höhe gerechnet werden müssen. Es waren 11 427 Forderungen zu prüfen und 8111 Gläubiger anzuerkennen. Die Führung des Konkurses sei durch die verwickelten Verhältnisse der Trebergesellschaft und ihrer über ganz Europa verbreiteten Tochtergesellschaften ungemein erschwert worden, zumal in den Treberunternehmungen selbst eine schauerhafte Verwirrung herrschte. Sämtliche Treberfachen seien in der Hauptsache erledigt, selbstverständlich nur solche, die sich nicht im Konkurs befinden. Die Abwicklung der Treberangelegenheiten und die Verfüßerung der Treberwerte habe nur mit außerordentlichen Schwierigkeiten vor sich gehen können; immerhin könne man sich mit dem in verhältnismäßig kurzer Zeit erreichten Ergebnis zufrieden sein. Nachdem nunmehr das Konkursverfahren sein Ende erreicht werde, so schloß der Konkursverwalter, der Zusammenbruch der Leipziger Bank nur noch der Geschichte Leipzigs angehören. Zu hoffen und zu wünschen sei aber, daß die schweren Wunden, welche so vielen durch diesen Zusammenbruch geschlagen wurden, möglichst bald heilen mögen.

Das Warenhaus für deutsche Beamte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft hielt am gestrigen Dienstag ihre ordentliche Generalversammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Die Verwaltung erklärte, daß die Anwesenheit der Presse „nicht erwünscht“ sei, und verweigerte demzufolge den Vertretern derselben den Zutritt. Wir hätten nicht geglaubt, daß es mit diesem Warenhaus, das erst in letzter Zeit wegen der Lage seiner Angestellten so unliebsam von sich reden machte, schon so weit gekommen wäre, daß seine Generalversammlung die Öffentlichkeit zu scheuen habe.

Stahlwerksverband. Die mit den Vorarbeiten für die Gründung des Stahlwerksverbandes beauftragte Geschäftsstelle ist nunmehr in den Besitz der Anlagen in der meisten Werke auf den verarbeiteten Fragebogen gelangt, aus denen zu entnehmen ist, daß bis zur endgültigen Verständigung noch recht erhebliche Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Die Hauptschwierigkeiten machen laut „Köln. Zeitung“ einzelne Werke durch gewaltige Mehrforderungen hinsichtlich ihrer Beteiligung; in einem Falle beträgt dieselbe 385 Prozent.

Aus dem jüngsten englischen Blaubuch über die Handelsentwicklung Großbritanniens. Seit zugleich mit Balfours Schrift hat das britische Handelsamt ein Blaubuch veröffentlicht, das ausführliche statistische Zusammenstellungen über die Entwicklung der englischen Industrie und den Handelsverkehr Englands mit seinen Kolonien und dem Auslande enthält. Auch über die Lebensverhältnisse und die Arbeitslöhne in den wichtigsten Industriezweigen werden interessante Angaben beigebracht. Manche der Zahlen haben auch für die deutsche Arbeiterchaft ein gewisses Interesse.

Betrachten wir zunächst den Export der ganz oder teilweise in England fertig gestellten Waren in den Jahren 1890 und 1902:

	1890	1902
Gesamtverkauf . . .	228 805 000	227 645 000 Pfund Sterl.
Verkauf nach Kolonien und englischem Besitz	791 540 000	95 959 000
Verkauf ans Ausland	149 651 000	131 686 000

Auf die einzelnen Staaten verteilt sich der englische Export von den in England ganz oder teilweise verfertigten Waren wie folgt:

	1890	1902
Deutschland	15	16 Mill. Pfund Sterl.
Frankreich	12	10
Italien	5	8
Vereinigte Staaten	29	19
Indien	82	80
Die selbständigen Kolonien	85	82

Der Rückgang des englischen Handels in Waren, die ganz oder teilweise in England fabriziert waren, im Vergleich zu dem Anwachsen des Ankaufs von Waren aus dem Auslande geht aus nachstehender Tabelle hervor:

	1890	1902
Verkäufe	228 805 000 Pf. Sterl.	227 645 000 Pf. Sterl.
Ankäufe	98 200 000	148 900 000

d. h. der Verkauf englischer Waren ging in 12 Jahren um 60 000 Pf. Sterl. zurück, während der Ankauf ausländischer Waren in derselben Zeit um 50 700 000 Pf. Sterl. stieg.

An der Einfuhr solcher Waren in England, die im Auslande fabriziert waren, waren beteiligt:

	1890	1902
Deutschland	9 447 534 Pf. Sterl.	16 057 009 Pf. Sterl.
Belgien	12 680 772	20 684 353
Holland	15 447 890	19 786 587
Frankreich	25 848 006	31 071 418
Italien	2 778 230	3 084 804
Indien	1 950 154	1 903 486
Vereinigte Staaten	10 279 669	20 930 627

Ueber die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Staaten sagt das Blaubuch:

„Die Durchschnittslöhne in den Vereinigten Staaten sind fast einhalb mal so hoch wie diejenigen in dem vereinigten Königreich. Ohne uns sehr zu irren, können wir annehmen, daß die Löhne in Deutschland ungefähr zwei Drittel und in Frankreich annähernd drei Viertel der englischen Löhne ausmachen.“

Sociales.

Baugerüst-Kontrolle in der Schweiz.

Außer in Zürich, Basel, Bern ist nun auch in Luzern und Winterthur eine besondere Baugerüstkontrolle mit Arbeitern als Funktionären geschaffen worden. Es liegen jetzt über ihre Thätigkeit in mehreren Orten im Jahre 1902 amtliche Berichte vor. Danach sind in der Stadt Zürich 1121 Gerüste (88 Gerüste für Neubauten, 272 Spritz- und Sperrgerüste für Umbauten und Tiefbau, 744 Puz-

gerüste und 17 fliegende Gerüste und mechanische Vorrichtungen) untersucht worden. Von der Erstellung der Gerüste wurde in 689 Fällen den Kontrollleuten Kenntnis gegeben; in den übrigen 192 Fällen dagegen wurde der Anzeigepflicht nicht nachgekommen. Diese Gerüste sind von den Kontrollleuten ausfindig gemacht worden; der großen Mehrzahl nach betraf es Gerüste für Putz- und Reparaturarbeiten, also solche, die schon wegen ihres kurzen Bestehens sich leicht der Kontrolle entziehen können. Doch ist die Zahl der nicht zur Anzeige gelangten Gerüste seit Jahren stetig zurückgegangen. Dagegen muß es auffallen, daß von dem Abbruche eines Gerüsts nur in ganz seltenen Fällen Anzeige gemacht wird. Die Gerüstkontrollleure sowie die übrigen Polizei-Organen sind daher angewiesen worden, zur Vermeidung dieses Uebelstandes den bezüglichen Vorschriften künftige Nachsicht zu verschaffen. Im übrigen sprechen sich die Kontrollleure über das Ergebnis der Kontrolle im ganzen befriedigend aus. Die Gerüste waren im allgemeinen vorschriftsgemäß erstellt, und soweit besondere Weisungen und Anordnungen seitens der Kontrollleure notwendig waren, wurden dieselben mit wenigen Ausnahmen pünktlich befolgt. Wo Ausstände sich ergaben, waren dieselben darauf zurückzuführen, daß Bauherren infolge von Zahlungsschwierigkeiten einmal begonnene Bauten ohne genügendes Gerüstmaterial und ohne genügendes bauteilendes Personal weiterführen ließen. Wegen vorschriftswidriger Erstellung von Gerüsten mußte in zehn Fällen, wo Gefahr im Verzuge war, die sofortige Einstellung der baulichen Arbeiten für so lange, als den Vorschriften nicht Genüge getan war, angeordnet werden. Die Arbeitseinstellung dauerte in zwei Fällen drei Stunden, in den übrigen Fällen ein bis zwei Tage. In zwei Fällen erfolgte wegen Widersehligkeit der betreffenden Bauunternehmer die Arbeitseinstellung auf dem Zwangswege durch die Polizei und es wurden die betreffenden Bauten während der Zeit der Arbeitseinstellung polizeilich überwacht. Mangelhafte Konstruktion und zu große Belastung führten in einem Fall zum Zusammenbruch des Gerüsts. Der Unfall hatte für drei Arbeiter leichtere Verletzungen zur Folge. Der betreffende Baumeister, der es unterlassen hatte, von der Erstellung des Gerüsts dem Kontrollleure Kenntnis zu geben, wurde der Bezirksanwaltschaft zur Verurteilung überwiefen.

Der Verner Gemeinderat berichtet, daß die Handhabung der Verordnung zur Verhütung von Unfällen, abgesehen von einigen wenigen Fällen, die zu Polizei-Anzeigen führten, im allgemeinen wenig Schwierigkeiten begegnet. Im Berichtsjahre fanden an 656 Gerüsten 3652 Untersuchungen statt.

In Luzern war erst ein städtischer Bauaufseher mit der Gerüstkontrolle betraut worden, die er neben seinen bisherigen Amtsgeschäften ausübte. Das ging natürlich nicht und so wurde im Oktober 1902 aus den Reihen der organisierten Bauarbeiter ein besonderer Gerüstkontrollleure gewählt. Derselbe kontrollierte bis zu Ende des Berichtsjahres noch 56 Gerüste durch 309 Revisionen. Bei vorhandenen Uebelständen erfolgte zunächst eine mündliche Klammation bei den Unternehmern und Pollicern; blieben diese ohne Erfolg, was achtmal vorkam, so ist Rapport an die Baubehörde erstattet worden, welche die Säumnigen mittels eingeschriebenen Briefes und unter Bußandrohung zur Remedie aufforderte und damit auch den Zweck erreichte. Der Luzerner Kontrollleure beurteilt die Bauunternehmer noch zu günstig, während er an der Haltung der Arbeiter Kritik übt, die ja sachlich nicht unberechtigt sein mag. Längere Erfahrung wird hierin Verränderung bewirken.

Das Internationale katolische Institut hält zur Zeit hier eine Tagung ab. Nach einer Anzahl Vegrüßungsreden hielt der Delegierte des französischen Unterrichtsministeriums E. Lebasseur einen Vortrag über Statistik der Fläche und Bevölkerung. Er legte dem Institut auf Grund seiner Erfahrungen 4 Resolutionen vor, die dann angenommen wurden. Sie beziehen sich im wesentlichen darauf, 1. daß die Staaten bei Angaben über den Flächeninhalt und die Bevölkerungszahl Europas aufhören, bald nach politischen oder verwaltungsmäßigen, bald nach geographischen Begriffen darzustellen; beide Angaben seien zur Verhütung von Mißverständnissen erwünscht, 2. daß das Areal der Staaten stets mit Einschluß der Straßen und Wege, der Flüsse, Seen und sonstigen Binnengewässer, der Küstengewässer, Dünen und Flutwasserläden (Wattengebiete) ausgewiesen werde, 3. daß die geschichtliche Entwicklung der Staatsterritorien ausgewiesen werde, um Fehler infolge von Verschiebungen der politischen Grenzen zu vermeiden, 4. daß nach bestimmten (der Resolution einverleibten) Maßstäben und Anleitungen eine tabellarische und kartographische Darstellung der Volksdichtigkeit geliefert werde. Daß diese Maßnahmen notwendig sind, erläuterten nach dem Levasseurschen Vortrage die Herren von Juraßel und Wagner noch sehr ausführlich, wobei u. a. folgende Ungereimtheiten erwähnt wurden, die zur Zeit noch der betreffenden Statistik anhaften: Der Bodensee, obgleich doch auch ein europäisches Areal, ist in die Flächenstatistik Europas nur etwa zur Hälfte aufgenommen, weil er von deutscher Seite nach den diesseitigen Vermessungsregeln nicht mitvermessen ist. Dagegen figuriert der Genfer See, obgleich nur 378 Quadratkilometer groß, mit 602 Quadratkilometer, weil die Schweiz sich davon 382, Frankreich 240 Quadratkilometer zuschreibt. In Deutschland wird das Wellengebiet nicht mitvermessen, wohl aber in Frankreich, wodurch z. B. eine Insel an der Küste der Vendee zu einem Areal von 286 Quadratkilometer gelangt, die zur Flutzeit deren nur 157 aufweist. Das Fürstentum Monaco wird noch immer mit 23 Quadratkilometer Flächenraum geführt, während es nur 1 1/2 Quadratkilometer mißt. Costa und Melita, obgleich in Afrika gelegen, sind in den spanischen Angaben der gegenüberliegenden spanischen Provinz, somit Europa zugerechnet, weil sie administrativ mit letzterer verbunden sind. Ähnliches ist mit einigen Gebietsstücken des Wilajets Konstantinopel auf kleinasiatischer Seite der Fall. Ob die Grenze zwischen Europa und Asien auf dem Rumm oder am Fuß des Kaukasus zu ziehen ist, ist fraglich. Eine Maßgabe des Gradnetzes, d. i. der Teil des Erdsphäroids, die von zwei Längen- und zwei Breitengraden eingeschlossen ist, wird nach verschiedenen Feststellungen, von denen die Weisliche die am weitesten, mit etwa 8000 Quadratkilometer in Rechnung gezogen; in Wahrheit ist auch die genaueste Feststellung nur ein Durchschnitt, der bei einem so bedeutend nord-südlich sich erstreckenden Gebiet wie Russland auf die Bestimmung des Areals angewandt, sehr bedeutende Fehler ergeben kann u. s. f.

Verammlungen.

Die Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke besaßen sich am Sonntag in einer Versammlung, die in der „Neuen Welt“ stattfand, mit der Frage des Arbeiterausschusses. Die Generaldirektion hat sich nicht herbeigelassen, mit der in der Versammlung, die vor sechs Wochen stattfand, gewählten Siebener-Kommission über den vom Metallarbeiter-Verband ausgearbeiteten Entwurf zu verhandeln, jedoch haben, wie der Referent Schindler ausführte, Verhandlungen der Werkleitungen mit einzelnen Mitgliedern der Kommission stattgefunden. Das, was hierbei von den Werkleitungen geboten wurde, entspricht aber in den Hauptpunkten durchaus nicht den Wünschen der Arbeiter. Unter keinen Umständen soll, wie der Direktor des Berliner Werks erklärte, die kleinere Gruppe der Mitglieder des Arbeiterausschusses vom allgemeinen Personal gewählt werden. In ihrem neuen Statutenentwurf behält sich die Werkleitung das Recht vor, die kleinere Gruppe frei zu ernennen, macht aber das Zugeständnis, daß sie vorläufig durch die Arbeiter und aus der Mitte der Arbeiter, die mindestens fünf Jahre im Betrieb thätig sind, gewählt wird. Diese Arbeiter würden dadurch also ein doppeltes Wahlrecht zum Arbeiterausschuß haben, eines für die größere und eines für die kleinere Gruppe. Außerdem enthält der Entwurf noch mehrere andere Punkte, die geeignet sind, den Nutzen, den ein Arbeiterausschuß den Arbeitern bieten sollte, illusorisch zu machen. Es ist das, wie Wesenthal hierzu ausführte, ein Beweis dafür, daß die Direktion dabei eben nur das Unternehmertum im Auge hatte, und daß von wirklicher Arbeiterfreundschaft, die nach Ansicht

mancher Leute auf den Werken herrschen soll, nicht die Rede sein kann. — Um nun auf friedlichem Wege ein für die Arbeiter einigermaßen annehmbares Resultat zu erzielen, haben die Kommission und die Vertrauensleute einen neuen Statutenentwurf zum Arbeiterausschuß ausgearbeitet, worin den Wünschen der Direktion in verschiedenen Punkten entgegengekommen wird. Danach soll die kleinere Gruppe des Arbeiterausschusses aus den bereits drei Jahre bei der Gesellschaft thätigen großjährigen Arbeitern und Arbeiterinnen gewählt werden, jedoch ebenso wie die größere Gruppe durch alle großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Wahlen sollen jedoch alljährlich, und nicht wie die Direktion will, nur alle drei Jahre stattfinden. Ferner wird verlangt, daß den Ausschußmitgliedern gestattet wird, zum Zwecke ihrer Orientierung sämtliche Arbeitsräume zu betreten. Auch soll der Arbeiterausschuß die Pflicht haben, der Firma außer Beschwerden und Wünschen der Arbeiter auch Lohnstreitigkeiten vorzutragen. — Die Versammlung erklärte sich schließlich mit dem ganzen Entwurf einverstanden und nahm außerdem einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Generaldirektion bis heute nicht mit der vor 6 Wochen gewählten Kommission mündlich verhandelt hat.“ — Der Kommission und den Vertrauensleuten wurde die Vollmacht gegeben, die Verhandlungen geringen Änderungen des neuen Entwurfs zuzustimmen, größere Änderungen sollen jedoch erst wieder einer Versammlung vorgelegt werden. —

Die Verwaltungsbeamten der Krankenkassen hielten am 14. September eine Versammlung ab, in der in Anwesenheit der Vorsitzenden und der Schriftführerin der Orts-Krankenkasse der Schneider nochmals über die dort geschiedenen Vorgänge und über die letzte Verichtigung verhandelt wurde. Das Facit der Diskussion war die Feststellung, daß ganz unbedeutende Irrtümer vorgekommen sind, die auch anderwärts vorkommen, und daß keine Betanlastung vorlag, die Beamten anders zu behandeln, wie dies überall üblich. Aus der umfangreichen Debatte sei folgendes hervorgehoben: Der Vorstand der Kasse behauptet, daß ein großer Teil der Beamten mit dem Vorgehen der Organisation nicht einverstanden sei. — Die geheime Abstimmung, an der sich mit Ausnahme des Rentanten alle 40 Beamte beteiligten, ergab, daß sich 36 Beamte mit dem Vorgehen des Verbandes einverstanden erklärt, so daß sich der große Teil der gegnerischen Beamten auf vier Personen beschränkt. — Die Veröffentlichung des Vorstandes, daß alle in einem Kassensboten 183 nicht eingezogene Rechnungen vorhanden waren, mußte hauptsächlich auf Uneingeweihte den Eindruck machen, als bestände auf der Kasse eine Mißwirtschaft. Demgegenüber wurde festgestellt, was der Vorstand nicht mitgeteilt hat, daß der fragliche Kassensbote bereits fünf Tage im Urlaub war, ohne daß der Vorstand eine Ersatzkraft eingeseht hätte. Da der Bureaubeamte, der später auf Urlaub ging, für den beurlaubten Bote die Rechnungen weiter ausgab, häuften sich natürlich eine Anzahl Rechnungen an. Dieses waren aber keine Rückstände. Rückständig war nur eine kleine Anzahl von Rechnungen, aber auch daran trägt der Bote seine Schuld. — Daß der gekündigte Beamte hauptsächlich durch die Zugluft erkrankte und auch schon einen Monat vorher sich durch die Zugluft ein Augenleiden zugezogen hatte, konnte ebenfalls nicht bestritten werden. — Im übrigen kam man darin überein, durch demnächst stattfindende Verhandlungen der Organisation mit dem Vorstande zu versuchen, bessere Verhältnisse zwischen Vorstand und Beamte zu schaffen. — Die Organisation konnte bisher nicht verhandeln, weil der Vorstand es einstimmig abgelehnt hatte, über die Streitfrage mit dem eignen Personal zu verhandeln.

Darauf gelangte die Angelegenheit des Herrn Dr. Munter zur Verhandlung, die durch die Thatsache, daß Herr Dr. Munter nicht, wie erst angenommen werden mußte, Vertrauensarzt der Kasse ist, in ein wesentlich andres Licht gerückt ist. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß Herr Dr. Munter nicht Vertrauensarzt des Vorstandes der Orts-Krankenkasse der Schneider ist. — Sie bedauert, durch die schriftliche Mitteilung der Vorsitzenden dieser Kasse in dem Glauben verlegt worden zu sein, Herr Dr. Munter habe Nachuntersuchungen von Kasseebeamten, die nicht Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Schneider sind, als Vertrauensarzt dieser Kasse vorgenommen. — Nunmehr kann die Versammlung die am 10. August in dieser Angelegenheit gefasste Resolution nicht mehr aufrecht erhalten und nimmt den Vorschlag gegen Herrn Dr. Munter, daß seine Handlungsweise mit der ärztlichen Standesehre nicht vereinbar und eines Arztes unwürdig sei, zurück.“

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands. Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg.

J. A.: Herrn. Huhnleisch, Schriftführer.

Der Centralverein der Bureau-Angestellten hielt am 10. h. M. eine Versammlung ab, in der Lehmann über die Lehrlingsfrage referierte. Die jugendlichen Arbeiter seien zuerst von der Gesetzgebung geschützt worden, allerdings in völlig unzureichender Weise. Die Lehrlingsfrage als solche ist aber zu Gunsten des Kleinbetriebes den reaktionären Zimmern überlassen worden. Darunter habe besonders unser Beruf, der stets das Stiefkind der Arbeiterschutzgesetzgebung gewesen ist, zu leiden. Während in den anderen Berufen die durchschnittliche Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter 34 Proz. der Beschäftigten beträgt, beträgt der Prozentsatz bei uns 50. Von irgend welcher Ausbildung im Beruf ist keine Rede, die Lehrlinge sind Laufburschen. In anderen Ländern, in denen die Lehrlingszucht besonders grassiert, wie z. B. in Oesterreich, haben sich Lehrlingsgewerkschaften gebildet, die besonders die Ueberwachung der Arbeitgeber auf Jüngerhaltung der geschlichen Schutzbestimmungen und der Fortbildungsschulen zu ihrer Aufgabe gemacht haben. In Deutschland Preußen unter einem so reaktionären Vereinsgesetz wie das bestehende ist das natürlich nicht möglich. Auch der harmloseste Lehrlingsverein würde der Auflösung wegen Verfolgung politischer Zwecke verfallen. Deshalb müssen wir versuchen, auf dem Wege der Gesetzgebung Besserung zu schaffen. Vor allem sind es drei Forderungen, die zu erheben wären: obligatorische Einführung eines Lehrvertrages, achtstündige Arbeitszeit und als die wichtigste Befestigung einer Höchstzahl der Lehrlinge, welche von einem Arbeitgeber beschäftigt werden dürfen. Als Norm habe zu gelten, daß in größeren Bureaus höchstens zwei, in kleineren nur ein Lehrling zu beschäftigen sei.

Durch diese Maßnahmen würden auch die Hauptschäden unfres Berufs: Ueberstunden, Hungertlöhne von 40 und 50 M. pro Monat und die Thatsache, daß ständig 25 Proz. der Berufsangehörigen arbeitslos sind, beseitigt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stalberg (Reg.-Bez. Aachen), 22. September. (W. S.) In der hiesigen Glashütte war zwecks Ausführung von Reparaturarbeiten ein hohes Stangengerüst errichtet. Dasselbe stürzte infolge mangelhafter Konstruktion ein, zwei auf ihm beschäftigte Arbeiter stürzten aus der Höhe herab und blieben sofort tot.

Wien, 22. September. (W. S.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der bisherige ungarische Ministerpräsident Graf Kuenen-Hedervary wurde vom Kaiser Franz Joseph wieder mit der Bildung des Kabinetts betraut. Es ist noch nicht bekannt, ob Graf Kuenen-Hedervary die ihm übertragene Mission angenommen hat.

Budapest, 22. September. (W. S.) Die Stadtvertretung von Szegedin wird in ihrer morgigen Sitzung gleichfalls den Beschluß fassen, die Steuererhebung zu verweigern.

Wroslau, 22. September. (W. S.) Die Setzer verschiedener Druckereien sind in den Ausstand getreten, um eine Lohn-erhöhung von 20 Proz. zu erzwingen. Die Ausständigen verlangen außerdem eine hygienische Verbesserung der Egeräume, Einschränkung der Arbeitszeit und für die Zeitungsetzer Sonntagsruhe. Die Zeitungsdrukeren werden von Gendarmen und Polizisten umgeben, um die arbeitenden Setzer von den Ausständigen zu trennen. Bei einigen Zeitungen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Druckereibesitzer sind zu einer Beratung zusammengetreten.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Die „Schwäbische Tagwacht“ tadelt in Einzelheiten die Art der Auseinandersetzungen auf dem Parteitag, sie ist aber der Meinung, daß trotzdem die Auseinandersetzungen nötig und nützlich waren und daß der Parteitag auch praktische Arbeit geleistet habe.

In der Debatte über die Taktik handelte es sich um die Grundfrage unsres Wollens. Diese Auseinandersetzung war unvermeidlich geworden, weil eine Reihe von Verurteilungen hervorragender Parteigenossen darauf schließen ließen, daß die reviditionalistischen Ideen, mit denen sich die Parteitage der letzten Jahre zu beschäftigen hatten, nimmermehr in die Tat umgesetzt werden sollten.

Ob nun Ruhe eintreten wird? Wie wünschen es sehr, denn schwere Aufgaben stehen uns bevor. Der nächste Parteitag wird, wie Singer bereits ankündigte, hauptsächlich praktischen Fragen gewidmet werden müssen.

Nicht mit Befriedigung können wir des am Sonntag beendeten Parteitages gedenken; ein Siegesfest, würdig der Erfolge vom 16. und 25. Juni, war die diesjährige Heerschau der deutschen Socialdemokratie nicht.

Wir müssen dem Genossen Vebel, der so viel Verzeihenswertes auf dem Parteitag gesprochen hat, darin entschieden widersprechen, daß wir nie „uneingeehrt“ gewesen sind wie jetzt.

Die Besetzung großer Ruffan in der Neuen Zeit, so war sein Meßstab nur eine Aneinanderreihung von gewiß ehrlich gemeinten Gedanken und Angriffen, alles in glänzender rhetorischer Form, aber keine sachliche Erörterung.

Die Besetzung großer Ruffan in der Neuen Zeit, so war sein Meßstab nur eine Aneinanderreihung von gewiß ehrlich gemeinten Gedanken und Angriffen, alles in glänzender rhetorischer Form, aber keine sachliche Erörterung.

Man mag sagen, daß wir der neuen Taktik der Resolution nicht erreicht sei! Das wäre falsch. Mag auch auf dem Parteitage die von den Antragstellern gewünschte Wirkung nicht erfüllt worden sein, unter den Parteigenossen wird sie als Richtschnur des Handelns zu gelten haben, an ihr wird man Taten, Worte, Abstimmungen und

literarische Leistungen in der Partei messen. Wir erhoffen uns deshalb fruchtbarere Wirkung dieser wichtigsten Meinungsäußerung des Dresdener Parteitages.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

literarische Leistungen in der Partei messen. Wir erhoffen uns deshalb fruchtbarere Wirkung dieser wichtigsten Meinungsäußerung des Dresdener Parteitages.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Die „Schwäbische Arbeiter-Zeitung“ meint, die Genossen, die von dem Parteitage einen niederdrückenden Eindruck empfangen zu haben behaupten, irren, indem sie zu viel Gewicht auf Verurteilungen legen.

Erklärung.

Der Leitartikel des heutigen „Vorwärts“: „Der Parteitag“ fordert nach verschiedenen Richtungen hin zu scharfem Widerspruch heraus.

Der Artikel des „Vorwärts“ gipfelt in dem Vorwurf, daß der Parteitag durch die Parteileitung ungenügend vorbereitet gewesen sei.

Die längere oder kürzere Abwesenheit verschiedener Vorstandsmitglieder von Berlin ändert an diesem Gang der Dinge nichts, auch wenn ich einer der längsten Abwesenden bin.

Die längere oder kürzere Abwesenheit verschiedener Vorstandsmitglieder von Berlin ändert an diesem Gang der Dinge nichts, auch wenn ich einer der längsten Abwesenden bin.

Die längere oder kürzere Abwesenheit verschiedener Vorstandsmitglieder von Berlin ändert an diesem Gang der Dinge nichts, auch wenn ich einer der längsten Abwesenden bin.

Die längere oder kürzere Abwesenheit verschiedener Vorstandsmitglieder von Berlin ändert an diesem Gang der Dinge nichts, auch wenn ich einer der längsten Abwesenden bin.

Erklärung.

Herr Harden sandte dem Parteitag eine Erklärung ein, in der er unter anderem gegen mich den Vorwurf erhob, ich hätte den Josephson Artikel falsch citiert.

Jetzt habe ich aber erfahren, daß manche bürgerlichen Blätter die Erklärung des Herrn Harden ernsthaft genommen haben und in dem Besten einer Gegenerklärung das Eingeständnis der Richtigkeit der Hardenschen Darstellung gegeben haben.

Ich glaube, es liegt nicht bloß in meinem persönlichen Interesse, sondern ebenso sehr in dem der Partei, wenn auch nicht die leiseste Möglichkeit für die Annahme übrig bleibt, als hätten wir so schwere Vorwürfe, wie sie gegen Harden geschleudert wurden, leichtfertig oder gar mit mala fides erhoben.

Ich bitte daher die Redaktion unseres Centralorgans, mir das Wort zu folgender Feststellung zu geben.

Harden schreibt in seiner Erklärung über den Artikel des Professor Joest:

„Dieser Professor hat nicht, wie behauptet wird, die politischen Verbrecher Russlands in Vausch und Vogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Mörder, Ausschläger, Muttermörder, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer“ bezeichnet.“

Und danach erst:

„Wer sind denn Kennans „sympathische politische Freunde“? Ganz gemeine Mordmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“ („Zukunft“ vom 22. Juli 1893.)

Professor Joest unterschied scharf zwischen wirklichen politischen Verbrechern und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische“ ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Dieb“, „Zuhälter“ usw. gelten.

So Herr Harden und nun einige längere Citate aus dem Artikel „Sibirien“ („Zukunft“, 1893), aus denen der Leser selbst entnehmen mag, ob Herr Joest nur von gemeinen Verbrechern spricht, die sich politische nennen, oder nicht auch von politischen, die er gemeine nennt.

Joest wendete sich in dem Artikel gegen die Schilderungen, die Kennan damals über die Gräueltaten des sibirischen Gefängnislebens veröffentlichte und die in der ganzen civilisierten Welt, auch in nicht socialistischen Kreisen den tiefsten Eindruck machten, zum großen Verdruß des Jarentums. Joest versuchte in der „Zukunft“ die Glaubwürdigkeit dieser Schilderungen zu erschüttern und bemerkte unter anderem:

„Durch den steten verbotenen und dadurch reizenden und aufregenden Umgang mit Verbrechern der gefährlichsten Art wird Kennan im Laufe seiner Artikel ein dermaßen verbitterter und verbissener Rührlift, Socialist und Anarchist, daß man ihm den Strid oder zehn Jahre seiner selbstgeschilderten Gefängnisjahre wünschen möchte, wenn man nicht wüßte: er meint es gewiß nicht so böse. Die Folgen seiner Darstellungen kümmernten ihn nicht. Seine Leser mögen später Jarenmörder, Bombenschmeißer, Dynamitbuben oder Petroleumsen werden — das wird ihm ungemein gleichgültig sein.“

Dennoch aber finde ich es vor allem in hohem Maße beflagenswert, daß Kennan seinen Lesern die Scheidung zwischen politischen und gemeinen Versträflingen ungemein schwer macht. Er wirft sie ganz bunt durcheinander. Der Leser kann sich hierin ganz entschieden nicht zurechtfinden, er wird nie wissen, von wem die Rede ist, ob von einem politischen oder gemeinen Verbrecher.

Hierzu muß noch ein Wort bemerkt werden: Kennan sympathisiert mit den „Politischen“ der allgerneinsten Art, deren feige Verbrechen er beschönigt und entschuldigt, in solchem Maße, daß er allmählich auch im Leser die Anschauung aufkommen läßt, als ob schon allein in der bloßen Bekräftigung eines Politischen von seiten der russischen Regierung ein Unrecht begangen würde.“

Nun kommt der von Harden citierte Satz:

„Der sind denn seine „sympathischen politischen Freunde“? Ganz gemeine Mordmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“

Hier las leider Herr Harden nicht mehr weiter. Wir haben aber keine Ursache, hier abzubrechen:

„Aber Herr Kennan weiß jedem ein schönes Mäntelchen umzuhängen. Der Lump, der den Jaren gemordet hat, der Eisenbahnzüge zur Entgleisung bringt oder Stadtviertel (sic!) in die Luft sprengt, nur um den Kaiser oder einen seiner Stellvertreter zu vernichten — der ist ihm ein sympathischer „Politischer mit liberalen Anschauungen“; die sich mit jedem Gefinnungsgegenstand prostituierte Studentin, die Rassen erbriecht, Geld stiehlt, um davon ihren Zuhältern Schnaps und Cigaretten zu kaufen, sie wird unter Kennans Feder zu einem „sympathischen Opfer russischer Tyrannei“.“ (S. 158, 159.)

Kennan kann nicht genug Worte des Spottes für den Jaren und die russische Regierung finden, die sich vor diesen zarten Schulmädchen fürchten und diese „harmlosen Kinder“ aus der Umgebung, die sie verstehen, nach Sibirien verbannen. Er weiß wohl nicht oder vielmehr er will vielleicht nicht wissen, daß auch die Jäbin Jessy Helfmann, die durch ihr belanntes Winken mit dem Taschentuch zur direkten Mörderin des Jaren Alexander II. wurde, ebenfalls kaum 18 Jahre alt war und leider darum nicht aufgehängt wurde, weil sie schwanger war. Aber für Kennan ist sie eine Heldin, wie alle die anderen „zarten Mädchen von 18 bis 25 Jahren“, die er für Lehrerinnen in einer Sonntagsschule oder schwächere Jöglinge einer weiblichen Bildungsanstalt gehalten hätte, die nichts anderes verbrochen haben, als „in den letzten 15 Jahren thätigen Anteil an den schrecklichen Tragödien in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa zu nehmen“ — also Mörderinnen, Dynamitarden, Giftmischerinnen, Diebinnen, kurz Verbrecherinnen der allgerneinsten Sorte.“ (S. 163.)

Wie sagt Herr Harden in seinem Artikel über den ersten Tag des Parteitag? „Ich möchte ein Bischof vomieren.“ Damals, vor zehn Jahren, vomierte er nicht, als er diese „Schlammflut persönlicher Schimpereien“ über die erhabensten Helden und Dulder des 19. Jahrhunderts publizierte.

Nur noch ein weiteres Citat zur Kennzeichnung des Artikels:

„Ich kann hier vielleicht noch erwähnen, daß der größere Teil der politischen Verbrecher beiden Geschlechtes, mit denen Kennan sich anfreundete und die ihm „ihre Lebensgeschichte erzählten“, Juden waren, eine Thatsache, die Kennan wertwürdigerweise nie erwähnt. Die Rührlisten rekrutieren sich bekanntlich vorwiegend aus jüdischen Studenten- und Verbrecherkreisen.“ (S. 164.)

Diese Citate lassen wohl keinen Zweifel mehr daran, daß jedes Wort, das ich über den Artikel und seinen Herausgeber sagte, wohl berechtigt war und daß eine eiserne Stütze dazu gehört, dem Parteitage zu erzählen, der Joestsche Artikel schmähe nicht die russischen Freiheitkämpfer.

Herr Harden erweist sich aber als ebenso tapfer wie wahrheitsliebend, wenn er jetzt jede andre als die preßgesetzliche Verantwortung für diesen Artikel ablehnt. Als ob es für derartige Artikel nicht auch eine moralische Verantwortung gäbe, als ob es nicht für alle Menschen verbindliche sittliche Regeln gäbe, die es einfach jedem ehrlichen und anständigen Menschen verbieten, die Opfer politischer Verfolgungen, welcher Partei immer sie angehören, zu schmähen oder zu ihrer Beschimpfung beizutragen.

Aber in diesem Fall kann überdies erwiesen werden, daß die Herren Joest und Harden Gefinnungsgegenossen waren — wenn man das Wort „Gefinnung“ in diesem Zusammenhang brauchen darf. In einer Fußnote auf S. 157 bemerkt Joest heilwundernd: „Harden war der erste und bisher einzige deutsche Journalist, der den Mut hatte, dem Jüdischen Kennan die bis dahin üblichen Ehren zu verweigern.“

Trägt Herr Harden auch für diesen Satz nur die preßgesetzliche Verantwortung?

Ich denke, seine ganze Verächtlichkeit ist nur ein neuer Beleg dafür, daß ein Socialdemokrat mit Herrn Harden keinerlei Gemeinschaft haben kann.

Friedenau, 21. September.

R. Kautsky.

Außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands.

Die Montag-Sitzung und die Vormittags-Sitzung am Dienstag wurden fast lediglich mit der Generaldiskussion über die Beitragshöhe und das Unterstufungsloos ausgefüllt. Zu diesen Punkten liegen sehr zahlreiche Anträge vor. Bezüglich der Beiträge ist auch ein andres System beantragt, und zwar die Einführung des Staffeleitrages. Berlin und Breslau beantragten 80 und 50 Pf., der Centralvorstand, Braunschweig und Dresden 75 und 50 Pf. — Von den Vertretern des Staffeleitrages wurde dieses System namentlich damit begründet, daß den wirtschaftlich schlecht gestellten Kollegen, denen der Beitrag zu hoch ist, durch die niedrige Beitragsstufe die Zugehörigkeit zur Organisation erleichtert und dadurch eine größere Ausbreitung des Vereins erzielt wird. Die Unterstufungsloos sollten entsprechend der Beitragshöhe festgesetzt werden. — Von den Vertretern des Einheitsbeitrages wird das System des Staffeleitrages u. a. damit bekämpft, daß die verschiedenen Unterstufungsloos unter den Mitgliedern selbst Unzufriedenheit und Uneinigkeit hervorrufen würden. Ferner wurde auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten hingewiesen und angeführt, daß sich das bisherige System ganz gut bewährt hat.

Als Einheitsbeitrag sind 65, 70, 75 und 80 Pf. beantragt. Der bisherige statistische Beitrag betrug wöchentlich 65 Pf., doch wurde seit dem vorigen Jahre, veranlaßt durch die ungünstigen finanziellen Verhältnisse des Vereins, eine Folge der schweren wirtschaftlichen Krise, ein Wochenbeitrag von 80 Pf. erhoben.

Sowohl die Anhänger des Staffeleitrages als auch die des Einheitsbeitrages vertreten ausnahmslos den Standpunkt, daß eine derartige Kalamität, wie sie der Verein durchgemacht, für die Zukunft vermieden und eine bessere finanzielle Fundierung der Organisation stattfinden müßte. Einige der Delegierten, die sich für die Beibehaltung des Beitrages von 65 Pf. aussprachen, beauftragten, um die Organisation finanziell zu stärken, teils die Herabsetzung der Höhe einzelner Unterstufungsloos, teils die Verlängerung der Dauerzeit, teilweise auch die Verkürzung der Unterstufungsdauer. Hingegen wünschten diejenigen Delegierten, die für eine Erhöhung des Beitrages eintraten, eine Verbesserung einzelner Unterstufungsloos, damit den Mitgliedern größere Vorteile geboten werden und auch die Agitation für den Verein erleichtert wird.

Nach Schluß der Generaldiskussion wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche auf rechnerischer Grundlage eine Neuregelung verschiedener Unterstufungsloos vorbereiten und der Generalversammlung bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

In namentlicher Abstimmung wird die Einführung des Staffeleitrages mit großer Majorität abgelehnt; ebenso werden auch alle übrigen Abänderungsanträge abgelehnt, so daß es bei der bisherigen Beitragshöhe von 65 Pf. wöchentlich verbleibt. Es werden hierauf einige principielle Abstimmungen vorgenommen. Hierbei wird unter anderem die Einführung der Jungunterstützung und Festsetzung einer Karenzzeit für den Bezug der Streikunterstützung abgelehnt, dagegen die Umwandlung der Witwenunterstützung in eine Sterbunterstützung angenommen. — Hierauf wird über die Einlegung einer Preß- und Beschwerde- bezw. Kontrollkommission beraten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Metallindustrie.

In der gestrigen Versammlung der streikenden Metallarbeiter berichtete Wernsdorf, daß 80 Firmen, die 100 Metallarbeiter beschäftigen, bereitwillig sind, die ganze Lage des Streiks ist als sehr günstig zu bezeichnen. Die Organisation hat bisher das größte Gewicht darauf gelegt, den Streik der viel umfangreicheren Branche der Gärtler zu fördern, und dem der Metallarbeiter weniger Beachtung geschenkt. Streikbrecher sind fast gar nicht vorhanden, und es ist auch ausgeschlossen, daß sich solche in neuem Maße einfänden werden für diese Arbeit, die nicht nur sehr viel Uebung voraussetzt, sondern auch außerordentlich anstrengend ist. Einige Arbeitgeber befinden sich in dem Irthum, daß, wenn sie die Forderungen der Arbeiter unterzeichnen, sie sich damit auf zwei Jahre verpflichteten, keinen ihrer Arbeiter zu entlassen, und Rechtsanwälte haben diese Arbeitgeber sogar noch in diesem Wahne, zu dem die Vorlage der Arbeiter keinerlei Anlaß gibt, unterliegt. Einzelne Arbeitgeber versuchen es, jedem einzelnen ihrer Metallarbeiter die Forderungen privatim zu bewilligen und gewöhnlich mit allerlei Einschränkungen. Das kann selbstverständlich für die Organisation nicht als Bewilligung gelten und muß in jedem Fall zurückgewiesen werden. Des Weiteren wurde berichtet, daß in der Eisenstraße in Treptow die Streikposten mit den Worten: „Ihr Mistläser, macht, daß Ihr wegkommt!“ von Polizeibeamten angedröht wurden. Außerdem hörte man, wie ein Gendarm zu einem anderen sagte: „Nur aufgepaßt, scharf! Ich glaub', es giebt heut noch was.“ — Der Referent forderte die Anwesenden auf, sich beim Streikpostenstehen auch nicht durch derartige empörende Nebenarten zu überlegen Handlungen oder Worten provozieren zu lassen, sich aber dadurch ebensowenig von der Erfüllung ihrer Pflicht abschrecken zu lassen.

Die Ciseleure der Bronze- und Beleuchtungsindustrie hielten am Montag im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Versammlung ab, um über ihre Stellung zur Lohnbewegung der Gärtler zu beraten, durch die sie, die größtenteils in denselben Fabriken wie die Gärtler arbeiten, vielfach in Mitleidenschaft gezogen werden. Bereits jetzt sind ca. 50 Ciseleure am Gärtlerstreik beteiligt. Groger, der hierzu referierte, wies darauf hin, daß es auch für die Ciseleure, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen, sehr wünschenswert wäre, wenn eine Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern geschlossen würde. Hieran schloß sich eine längere Diskussion über die Maßnahmen, die event. zur Erreichung dieses Zieles zu treffen sind, sowie über die Frage, was bei dem gegenwärtigen Gärtlerstreik als Streikarbeit anzusehen ist und was nicht. — Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der erklärt wird, daß jede Streikarbeit zurückgewiesen werden soll. Ferner wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Lohnkommission, die die Aufgabe hat, Erhebungen über die Löhne und die Geschäftslage der Bronze zu veranlassen und eventuell einer baldigst einzuberufenden Versammlung Forderungen vorzuschlagen.

Die Lohnbewegung in der Kartonindustrie hat, wie E. Bräuner am Montag in der gut besuchten Versammlung der Kartonarbeiter und Arbeiterinnen berichtete, bereits guten Erfolg gehabt. Die Verhandlungen mit acht der bedeutendsten Firmen führten zum Abschluß eines Tarifvertrages, der bis zum 31. Dezember 1905 Geltung haben soll. Die Minimallohne der unter 18 Jahre alten Kartonisten wurden auf 18 Pf. pro Woche, die der über 18 Jahre alten auf 24 Pf. festgesetzt. Der Accordtarif wurde mit geringen Änderungen in der von den Arbeitern vorgeschlagenen Form anerkannt und ebenso die übrigen Forderungen. Zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten soll ein Tarif-Schiedsgericht gebildet werden, das aus drei Prinzipalen und drei Arbeitnehmern besteht. Die Prinzipale erklärten sich bereit, den paritätischen Arbeitsnachweis für das Buchbindergewerbe anzuerkennen und auf den Anschluß der Kartonbranche an den Arbeitsnachweis hinzuwirken. — Die acht Firmen, die diesen Tarifvertrag unterschrieben haben, beschäftigen ungefähr 60 Rieter. Es soll nun darauf hingewirkt werden, daß auch die übrigen Firmen, die zusammen 23 Rieter beschäftigen, zur Anerkennung des Tarifs veranlaßt werden. Die für die in Betracht kommende Branche durchaus nicht maßgebende Vereinigung der Kartonfabrikanten hat beschlossen, die Forderungen abzulehnen, weil, wie sie in ihrem Schreiben behauptet, die Rieter in fast allen Betrieben schon „außermittliche Löhne“ erhalten. Trotzdem

finden sich unter den betragsschließenden Firmen auch Mitglieder der Vereinigung. — Die Versammlung erklärte sich mit dem Tarifvertrag einverstanden und beschloß, daß am Dienstag bei allen Firmen, die noch nicht bewilligt haben, die Rieter nochmals vorstellig werden und im Abkündigungsfalle die Arbeit niederlegen sollen.

Inzwischen haben gestern noch zwei Firmen bewilligt. Bei den Firmen Bohle, Köpnickstr. 112, und Meyer, Unterwasserstraße, sind die Rieter gestern in den Streik getreten.

Buchbinder und Buchbinderinnen! Eigentümliche Ansichten über die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen scheint der Herr Papierfabrikant Hirsch, Geschäftsführer und Mitinhaber der Maschinen-Compagnie Paragon, jetzt Neu-Weichensee, Leichterstr. 10/21, zu haben. Die Differenzen mit den Buchbinderinnen sind noch nicht beigelegt, und schon sieht sich der Herr nach einem andern Kampfobjekt um. Unser Vertrauensmann dort wurde geständig, und da er die Dreistigkeit hatte, die Arbeiterinnen zu einer Werkstättenbesichtigung einzuladen, sofort entlassen. Gleichzeitig wurden die Arbeiterinnen nach dem Comptoir gerufen, um eine Erklärung abzugeben des Inhalts, sofort aus unserem Verband auszutreten, wobei der sanfte Druck, sonst entlassen zu werden, nicht fehlte. Trotzdem die Koalitionsfreiheit besteht, nimmt es sich dieser Unternehmer heraus, seine Arbeiterinnen von der Organisation abzuhalten. Der Herr scheint auch alle Ursache zu haben, die Organisation zu fürchten. Werden doch Löhne an die Arbeiterinnen von 8—10 Mark gezahlt. Derartigen Zuständen wollen wir ein Ende bereiten, und daher die Mut über die Organisierten. Die Weichenseer Einmünder werden es sich gewiß überlegen, ob sie ihre Töchter unter diesen Umständen dort arbeiten lassen wollen.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Die 13. Konferenz der durch Vertrauensmänner centralisirten Maurer Deutschlands

tagte vom 17. bis 19. September zu Berlin. Beschied war dieselbe mit 23 Delegierten aus 14 Orten, außerdem war die Geschäftsleitung der Maurer (Hilfs-Kommission), je ein Vertreter der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und der Zimmerer anwesend. In der Hand des gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Nachrichtenberichtes zeigte der 1. Vertrauensmann J. Gehl, daß das Hauptaugenmerk auf die Pflege, den Ausbau der Organisationen gerichtet war. 80 Versammlungen wurden in ihnen von der Geschäftsleitung abgehalten. In den 17 angeschlossenen Vereinen mit einer Mitgliederzahl von 3373 und einem Kasernenbestand von 65 276,43 M. fanden an 8 Orten Lohnbewegungen statt. In Kassel, Herzfelde und Rüdersdorf erreichte man ohne Streit eine Lohnaufbesserung von 47/100 Pf. auf 50 Pf., in Buch (Treuenbrietzen) wurde eine Lohnerhöhung von 60 auf 62/100 Pf. erreicht. Die Königsberger Kollegen erlangten nach 13 Wochen währendem Streik durch Vergleich eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35—43 Pf. sofort auf 48 Pf., vom 1. April 1904 auf 50 Pf. Der Organisation fielen dieser Streik 8622,50 M. verloren gingen der Ausstand in Rauen und der der Dachbeder in Straßmünd.

Die vom Kassierer E. Witte gegebene Abrechnung der Hilfs-Kommission ergibt: Einnahme 26 484,76 M., Ausgabe 20 987,91 M., Bestand 5496,85 M. In der Ausgabe befinden sich 7540 M. für Streikunterstützung. — Nach Schluß der Diskussion wurde die Geschäftsleitung einstimmig entlassen.

Den Bericht vom 6. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erstattete Reyle. Die Konferenz erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden, auch wurde beschlossen, die Restsumme zur Ergänzung des Garantiefonds von 528 M. an die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu bezahlen.

Zur Frage der Einigung der Gewerkschaften beschloß die Konferenz: 1. Analog den Beschlüssen des 6. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften im Prinzip für eine Einigung der deutschen Maurer zu sein. 2. Sie beauftragt ihre Vertreter (die Geschäftsleitung), das ihr zu überweisende Ergebnis der etwaigen Verhandlungen den gesamten Ortsvereinen zu überweisen. 3. Dieselben verpflichten sich alsdann, zu diesem Ergebnis Stellung zu nehmen und das Resultat sofort (mindestens innerhalb 6 Wochen nach Empfang) der Geschäftsleitung zu zustellen. 4. Sind zwei Drittel der angeschlossenen Vereine für eine einheitliche Organisationsform, so hat die Geschäftsleitung hierauf der Geschäfts-Kommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu erklären, daß die Centralisation der Maurer für eine einheitliche Organisation sei. 5. Sollte laut Beschluß des 6. Kongresses die Antwort der Mehrzahl der verschiedenen Vereine so ausfallen, daß die Einberufung eines neuen Kongresses nicht erfolgt, so haben die einzelnen Ortsvereine aus hierzu Stellung zu nehmen. 6. Je nach den eingelaufenen Beschlüssen hat die Geschäftsleitung das weitere zu veranlassen. 7. Auf jeden Fall verpflichten sich alle Vereine bezw. Delegierten, nicht selbständig in etwaige Einigungsvorhandlungen, die von anderer Seite an sie herangetragen, einzugehen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Agitation und Organisation, wurde beschlossen: Zur Leitung sowie zur Regelung der Geschäfte der Centralisation wird eine Kommission gewählt, bestehend aus fünf Personen, und zwar: einem Vertrauensmann sowie dessen Stellvertreter, einem Kassierer und zwei Revisoren. Die Konferenz bestimmt den Ort, die Organisation dieses Ortes wählt die Kommission.

Berlin wurde wieder als der Ort bestimmt, der die Kommission zu wählen hat.

Deutsches Reich.

Achtung, Eisarbeiter! In der Fabrik photographischer Apparate von Dr. A. Krügener, Frankfurt a. M., sind Differenzen ausgebrochen, und wird ersucht, Arbeitsangebote nach dort nicht anzunehmen.

Steinseher! Bei der Firma Hoffmann in Bernburg haben die Steinseher wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugut ist ferngehalten.

Ein Urteil gegen die Räuber des Koalitionsrechts. Wie bekannt, haben die maßgebendsten Großunternehmer in den Unterweserorten dadurch einen Schlag gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu führen versucht, daß sie diese zwangen, ihren Austritt aus der Organisation durch Unterschrift zu erklären. Neuerdings waren es die Baumtischlerei in Bremerhaven, die den bei ihnen beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollten, indem sie ihnen einen Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorlegten, wodurch die Arbeiter sich verpflichteten, seiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Zwei Küper, die diese Unterschrift geleistet hatten, aber doch dem Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter angehörten, wurden entlassen, und in dem Ereignis Kontraktbruch als Entlassungsgrund angegeben. Die Arbeiter klagten beim Gewerbegericht um Ausstellung eines neuen Zeugnisses, welches diesen Vermerk nicht enthielt. Das Gewerbegericht gab dem Antrage der Kläger statt, und sprach in seinem Urteil aus, daß das Verlangen der Unternehmer, die Arbeiter durch Vertrag ihres Koalitionsrechts zu berauben, ungesetzlich ist, und daß derartige Verträge überhaupt keine Gültigkeit haben. Der betreffende Passus des Urteils lautet:

Nach § 16 der Bremischen Verfassung vom 1. Januar 1894 stehen Vereine zu gemeinsamer Wirksamkeit nach Maßgabe der Gesetze allen Staatsangehörigen frei; zu diesen Vereinen gehören auch zufolge ausdrücklicher Bestimmung der Reichs-Gewerbe-Ordnung — § 152 — die Arbeiterverbände, die es sich zur Aufgabe machen, günstige Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen den Arbeitern zu erwirken, insbesondere auch der Bremerhavener Verband der Arbeiter des Transport- und Verkehrgewerbes. Dieses durch die Verfassung jedem Staatsangehörigen gewährte Recht, einem erlaubten Verein sich anzuschließen, ist ein staatsbürgerliches Recht, das nur den Grundrücken des öffentlichen Rechts unterliegt und dem Privatrechtsverlehrs, der privatrechtlichen Vereinbarungen schlechterdings entzogen ist. Ein Verzicht auf dieses Recht ist deshalb mit allen Verabredungen von Rechtsnachteil,

Die etwa den Verzichtenden für den Fall der Nichtbeachtung seines Verzichts treffen sollen, schließlich nichtig, genau so nichtig, wie beispielsweise ein Verzicht des Staatsbürgers auf sein Wahlrecht. Die Folge hiervon ist, daß trotz eines solchen Verzichts der Verzichtende gleichwohl berechtigt ist, Mitglied eines erlaubten Vereins, insbesondere eines erlaubten Zwecks verfolgenden Arbeiterverbandes zu werden bzw. zu bleiben. Die Bestimmung ist den zwischen den Parteien geschlossenen Verträgen, durch die sich die Kläger verpflichteten, einem Arbeiterverband nicht anzugehören, ist mithin nichtig.

Das Urteil geht noch über den Einzelfall hinaus und sagt, daß sämtlich von der beklagten Firma mit den Arbeitern geschlossenen Verträge, die den Verzicht auf das Koalitionsrecht enthalten, nichtig sind.

Die Organisationen der Gärtner. Bekanntlich beschloß kürzlich eine Ausschussung des „Allg. Deutschen Gärtner-Vereins“, daß eine Urabstimmung der Mitglieder stattfinden soll über die Frage des Anschlusses an die Generalkommission. Findet sich eine Mehrheit für den Anschluß, so dürfte damit auch die Frage der Verschmelzung des genannten Vereins mit der „Deutschen Gärtner-Vereinigung“ gelöst sein, da ja die auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehende „Vereinigung“ der Generalkommission angehört. Wenn also der „Verein“ sich für den Anschluß an die Generalkommission entscheidet, so stellt er sich damit auf den Boden, den die „Vereinigung“ seit ihrem Bestehen einnimmt, und einer Verschmelzung der beiden Organisationen steht dann nichts mehr im Wege, ja sie erscheint durchaus selbstverständlich, da es doch nicht angeht, daß der Generalkommission zwei Organisationen desselben Berufes angehören. In richtiger Erkenntnis dieses Umstandes, und um sein Entgegenkommen zu beweisen, hat der Vorstand der „Vereinigung“ noch vor dem Zusammentritt der Ausschussung des „Vereins“ diesen Vorschlag gemacht, wonach die Verschmelzung beider Organisationen unter der Bezeichnung: „Verband der Gärtner Deutschlands“ empfohlen wird. Die weiteren Vorschläge über Zweck, Ziel und Gestalt des Verbandes entsprechen den Grundgedanken, welche im allgemeinen für die modernen Centralverbände maßgebend sind. Zu einer weiteren Beratung über die näher zu treffenden Maßnahmen usw. müßte dann eine Konferenz der beiden Vorstände einberufen werden und auf Grund des durch die Konferenz geschaffenen Statutenentwurfs die endgültige Entscheidung den Mitgliedern der beiden Organisationen überlassen werden. Der Vorstand der Deutschen Gärtner-Vereinigung glaubt heute schon die Versicherung abgeben zu können, daß die Mitglieder seiner Organisation einmütig dem geschaffenen Verbande beitreten

werden, sobald er ihnen die Gewähr bietet, sich gewerkschaftlich im vollsten Maße beteiligen zu können bei gleichzeitiger Gewähr der ihnen in der Deutschen Gärtner-Vereinigung erworbenen Rechte, von denen in erster Linie die obligatorisch eingeführte Arbeitslosenunterstützung von 6 Mk. pro Woche in Betracht kommt, auf welche sie sowohl aus eignen materiellen wie aus rein gewerkschaftlichen Gründen unter keinen Umständen verzichten können.

Nach den Angaben der „Gärtner-Zeitung“, des Organs der „Vereinigung“ hatte der „Verein“, dessen Mitgliederbestand im Jahre 1901 auf 5-6000 angegeben wurde, am 30. Juni 1903 nur noch 2108 Mitglieder. Von diesen wären aber 662 „Einzelmisglieder“, die nichts weiter als Abonnenten des Vereinsorgans sind, so daß nur 1536 für die gewerkschaftliche Aktion in Betracht kommende Mitglieder übrig bleiben, die sich auf 101 Verwaltungstellen verteilen. Die „Vereinigung“ hat dagegen in 7 Ortsverwaltungen 780 zahlende Mitglieder.

Die Quertreiberei des Herrn Behrens, der eine möglichst große Zahl seiner Getreuen vom „Verein“ in das Lager der christlichen Gewerkschaften überführen möchte, werden hoffentlich dadurch vereitelt, daß die Mitglieder des „Vereins“, in der Erkenntnis, daß nur auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung ihre Interessen wirklich vertreten werden können, in überwiegender Mehrheit für den Anschluß an die Generalkommission und die Verschmelzung mit der „Vereinigung“ stimmen.

Briefkasten der Redaktion.

H. N. Leider konnten wir Ihren Artikel in letzter Woche, da der Beilegtagsbericht allen Raum beanspruchte, nicht zur Veröffentlichung bringen. Bitte! bald!

H. B. Böttcher und Kiserel sind ein Handwerk.
Z. M. in W. 1. Für die Zulassung zur Prüfung als Landmesser ist erforderlich die Reife für Prima einer Volksschule. 2. Bevorzugt junge Leute, die an der Universität Nationalökonomie und Handelsrecht studiert haben. — Wette. Schließen ist richtig. — Reinhold. Das Erforderliche erfahren Sie unter der Adresse: Eugen Smanowitsch, Berlin N., Hochstraße 46.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

G. R. 1. Sie hätten rechtzeitig die Stellung des Strafantrags durch den Vormund oder die Befestigung eines Pflanzens für diesen Zweck beantragen sollen: jetzt ist in der Angelegenheit nichts mehr zu machen. 2. Ihrem Kinde kann mit Ihrer und des Vormundes Einwilligung der Name Ihres Schwamms erteilt werden. Ein Beispiel für solche Namensänderung finden Sie S. 221 Nr. 12 das dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch

liegt in den öffentlichen Lesesälen aus. Die Unterschriften sind zu Protokoll des Standesbeamten zu erklären oder notariell oder gerichtlich zu beglaubigen. — H. B. 43. 1. Zuständig ist das Ministerium zu Sachsen-Altenburg, Abteilung des Innern. 2. Ja: die Kollisionshöhe ist nicht bekannt. 3. War der Vermietet mit Aufhebung des Vertrages einverstanden, so ist der Mieter von demselben befreit. Sonst heißt er in vollem Umfang. — Otto Schmidt. Die Leihenschein ist durch Polizeiverordnungen geregelt: Ihre Annahme, daß in jedem Fall eine Leihenschein stattfinden, ist irrig. Die Polizeibehörde hat darüber von Fall zu Fall zu bestimmen, in der Regel genügt ein ärztliches Attest. — Borussia 100 Kanon a. M. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Wenn das Eigentum vorbehalten ist, kann der Eigentümer gegen eine Pfändung Widerspruch erheben. — G. G. Charlottenburg. Ein eigenhändiges Testament bedarf keiner Zeugenunterschrift, muß aber vom Testator eigenhändig ge- und unterschrieben und datiert sein. — S. Z. Eine Klage würde abgewiesen werden: nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch sind Heiratsvermittlungs-Gebühren nicht einlagbar. — Z. R. Die Gültigkeit eines Vertrags hängt von seiner Stempelung nicht ab. Jeder Vertrag, der in der Absicht, einen Gläubiger durch Entziehung der Pfandobjekte zu schädigen, abgeschlossen ist (gleichviel ob es ein Kauf, ein Pfandvertrag oder ein anderer Vertrag ist) ist anfechtbar, auch kann der Vertragsabschluss eine mit Gefängnisstrafe bedachte Schließung darstellen. — Erbchaft. Ihnen ist aus dem von Ihnen geschickten Kurtrakt ein Nachlassanspruch nicht erwachsen. — H. B. 122. Nein. — H. Z. 11. Verjährung liegt nicht vor: die Elemente sind zu zählen. — V. C. Eine Klage auf Unterlassung der Benutzung des Raumes durch Dritte erscheint nicht völlig aussichtslos. Es ist aber auch nicht mit Sicherheit zu sagen, daß Sie gewonnen werden. — P. R. 9184. Eine Tochter ist in demselben Umfang wie ein Sohn zur Unterhaltung der Eltern verpflichtet. — A. K. Oberg. Können Sie beweisen, daß Sie nicht den „Wohlfahrer“, sondern den „Bauhilfer“ bestellt haben, so sind Sie im Recht. Sind beide Männer aber dieselben, so müßten Sie zur Zahlung verurteilt werden, wenn Sie nicht beweisen, daß das geleistete Werk Ihre Arbeit nicht entspricht. — F. V. Götting. Die Strafvollstreckung von Urteilen wegen Verleumdung verfährt in 5 Jahren, von der letzten gegen den Urteil gerichteten richterlichen Handlung ab gerechnet. — Dählendorf-West. Sie können dem Anwalt die Vollmacht kündigen und Ihre Akten einfordern. Ein Recht zu der von Ihnen gebachten Beschwerde steht Ihnen zu. Die Beschwerde hätte aber kaum Erfolg. Regreßpflicht kann vorliegen. — T. 55. Die Ständigkeitsfrist für Wertminderer beträgt, falls nichts vereinbart ist, 6 Wochen zum Quartalsberichten. Eine Ausnahme besteht für solche Wertminderer, deren Lohn rückständig ist oder die nur ausnahmsweise, vorübergehend beschäftigt sind. Ob der Lohn monatlich, monatlich oder vierteljährlich gezahlt wird, ist unerheblich. — S. 67. 1. Wenn Ihre Erwerbsfähigkeit wieder hergestellt ist, kann Ihnen die Unfallrente entzogen werden. Gegen die Entziehung steht Ihnen das Rechtsmittel der Berufung zu. 2. Sie können es grundsätzlich ab, bestimmte Privatgesellschaften irgend welcher Art (Genossenschaft, Lebensversicherung u. dgl.), Kasse, Anwaltschaft, Geschäfte zu empfehlen. — J. S. 10. Eine Darlehensklage hat Aussicht auf Erfolg; Ihre Mutter sollte eine solche anstrengen. — A. Jacob. Sie können lediglich das Manuskript zurückverlangen oder abwarten, bis die von Ihnen genannte Zeitung Ihre Einleitung abdruckt.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber seinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. September.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Obernhaus. Landhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Torquato Tasso.
Westen. Boccaccio.
Kessing. Auferstehung.
Berliner. Wilhelm Tell.
Residenz. Spinn. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Deutsches. Ronna Barma.
Central. Der Bettelstudent.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Fleck auf der Ehr.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt).
Der Bibliothekar.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Rotbrüde.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Welck. Amor in Wicks.
Luisen. 100 000 Thaler.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Passage-Theater. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Abends 7^{1/2} Uhr:
Der Bettelstudent.
Donnerstag: Die Fiebermaus.
Freitag: Die Grisha.
Sonnabend, zum erstenmal:
Bruder Straubinger.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Donnerstag: Die Liebesinsel.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
100 000 Thaler.
Donnerstag zum erstenmal: Die Jungfrau von Orleans.
Freitag: Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabend: 100 000 Thaler.
Sonnagnachmittag: 100 000 Thaler.
Abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: 100 000 Thaler.

Residenz-Theater

Direktion E. Lantensberg.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Das beste Mittel.
Schwanke in 3 Akten von H. Bisson.
Bearbeitet von H. Jacobson.
Vorher: Spinn.
Korpen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.
Sonnagnachmittag 3 Uhr: Lull.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenruber.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Talisman.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Caolano
Panoplicum
Südwinkel 165
Lebend!!
für gesammelte Gewässer
Schwester.
20 Jahre alt.
Apollo-Verkauf!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne,
1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 3^{1/2} u. 5 Uhr,
Sonn. 12 Uhr, 3^{1/2} u. 5 Uhr.
Eintritt: Sperrpreis 1 M.,
Steckplatz 50 Pf. Kinder
unter 10 Jahren die Hälfte.

Casino-Theater.

Lohringstraße 37.
Anfang 8, Sonntag 7^{1/2} Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glanz. Eröffnungsspiel.
Sonnagnachm. 4 Uhr: Ein odles Weib.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Oll.
Brunnenstrasse 16.
Maria Stuart.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag:
Extra-Elite-Vorstellung:
Des Lebens Wai.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwanke in 4 Akten von G. v. Moser.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7^{1/2} Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Bantes Ideal), Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Neuere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
Billets 4 Wochen im voraus.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir“.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Amor in Wicks.
Kassations-Operette in 4 Akten (7 Bildern) von Ernst Kiferfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonnagnachmittag: Das Geheimnis des roten Hauses.

Fröhels Allerlei-Theater

H. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Sonntag, den 27. September cr.:
Extra-Vorstellung der beliebten Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
der Vorstellung 5 Uhr, d. Tages 8 Uhr, 10 Uhr.
Entree 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball finden jeden Sonntag statt.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 27. September, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im Neuen Theater:
Erste Vorstellung der IV. Abteilung.
Zur Aufführung gelangt: „Nachtschl.“. Drama von Maxin Gorki.

Mitglieder zur IV. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.
Das Einschreibegeld beträgt 1 M., der monatliche Vorstellungsbeitrag 80 Pf. — Die weiteren Vorstellungen finden für die I. Abteilung jeden ersten, für die II. Abteilung jeden zweiten, für die III. Abteilung jeden dritten und für die IV. Abteilung jeden vierten Sonntag im Monat im Neuen Theater statt. — Für Oktober gelangt zur Aufführung:

„Die Kreuzelschreiber“.

Vollständ. von Ludwig Angenruber.
Montag, 28. September, abends 8 Uhr, „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57:
II. Künstler-Abend

unter Mitwirkung von Frau Elsa Laura v. Wolzogen und Herrn Ernst v. Wolzogen.
Eintrittskarten für Mitglieder a 40 Pf., für Gäste a 75 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.

Zahlstellen:

Norden:	S. Kest, Veteranenstr. 6.	Südost:	Röhn, Raunhoferstr. 83.
	Knapp, Grünhauserstr. 5.		Rauschold, Brangelstr. 52 III.
	Berich, Kreuzpauer Allee 215.		Strangfeld, Brühlerstr. 24a.
	R. Knappke, Trammstr. 122.		Stangenberg, Köpenickerstr. 20a.
	Karl Kleinau, Gerlichstr. 4.	Ost:	Tahert, Rortusstr. 14.
	S. Grolle, Rindfleischstr. 6.		Hirsch, Rortusstr. 3, St. III.
Nordost:	D. Gradhandl, Potsdamerstr. 26.		Gorn, Frankfurter Allee 119.
Westen:	Beder, Gohlhofsstr. 9.		Gruber, Rortusstr. 55.
Nordwest:	Pech, Wödemstr. 120.	Nord:	C. Heinrich, Rindfleischstr. 19.
	Landgraf, Neuenburgerstr. 15.		Schöneberg: Trendl, Oberländerstr. 2.
	Maritzen, Belleallianenstr. 7/8.		Friedenau: Danz, Köpenickerstr. 15, St. III.
Süden:	Bobbien, Kommandantenstr. 62.		Charlottenburg: Schöcker, Bismarckdammstr. 108.
Centrum:	G. Lauer, Wilmersdorferstr. 18.		Schäfer, Schillerstr. 102.
	Rahbaum, Rortusstr. 12.		Wilmersdorf: Böhm, Berlinstr. 130.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Bernhard Rose-Theater

Geländebrenner, Badstraße 58.
Mittwoch, den 29. September 1903:
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten (2 Abteilungen) von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag:
100 000 Thaler.

Steidl-Theater.

Oranienb. Th. Lindenstr. 92.
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Soirée der beliebten FRITZ
TANZKRÄNZCHEN im Feenpalast

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 23. September cr., abends 7^{1/2} Uhr:
Gala-Première.
Zum 1. Mal! Berliner Wintertreuden. Zum 1. Mal!
Humoristisches Range-Schauspiel des Cirkus Busch zu Lande und zu Wasser. — Intenent von Direktor Busch, arrangiert von Herrn Burkhardt-Footitt. Musik vom Kapellmeister Taubert. Länge vom Hofballmeister Olavi. Kostime von Hugo Paruch u. Co. Dekoration von Müller u. Schäfer.
Angehendem: Die Sensationsschlinger Berlins.

Claire Hellets Riesen-Löwen. Paul Mündners Todessprung.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Riesen Lacherfolg.
Abends 8^{1/2} Uhr:
Geniehet das Leben.
Lebensbild in 2 Akten mit Gesang.
Alfons Galt... Hr. Rich. Winkler.
Im Variété Teil:
Schlager auf Schlager.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 25. September 1903:
Elite-Extra-Vorstellung.
Madame Potiphar.
Chören und Vortragstücken gütlich.
A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönhauserstr. 5.
Arbeiter-Verkehrsal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Diensttag und Donnerstags:
Harburger Säng. Nach 8 Uhr: Tanzkränzen.
Sonntags: Tanzkränzen.
Vorher: Tanzkränzen.
Sonntags: Tanzkränzen.
Nach 8 Uhr: Tanzkränzen.
Nach 8 Uhr: Tanzkränzen.
Nach 8 Uhr: Tanzkränzen.

Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee Nr. 76/77.
Neu! sowie jeden Sonntag im herrlichen Garten oder gr. Saal:
Grosses Konzert und Specialitäten-Vorstellung.
Erstklassiges Programm. Anfang 8 Uhr.
Zum Saal bis 2 Uhr: Ball.

Cirkus Schumann

Deute Mittwoch, den 23. September
abends 7 1/2 Uhr:

Große Sports-Vorstellung.

Mit verschiedenen neuen sportlichen
Nummern d. Repertoires. Zu erwähnen:
Aufreitet die beste Löwen-
gruppe in Berlin.

Herr Julius Seeth, der welt-
berühmte Löwenbändiger, mit seinen
25 männlichen Löwen,
ausgewählte Exemplare.

Andalusia, in vier Rollen
dresiert, in spanischer Schule, geritten
von Fr. Dora Schumann.

Ein Meister-Pravoursstück in der
Horizontalmanege.

6 ungarische Jücker in einem
ganz neuen Genre, dresiert von Dr.
Albert Schumann.

Apollo-Theater.

Zum **140. Male: Die Liebes-Insel**
mit dem grandiosen Post-Ballett.

Clermonts Cirkus Barreau u.
Bailey.

Nur noch bis **30. September**
Miss Mildred de Grey

Original-Barfuss-Tänzerin.

Messers Biophon, leb. u. sprech.
Photographie.

Montrell, Pöttingers Damen-Quintett.
In Vorbereitung: Frühlingluft.

Reichshallen

Stettiner Sängerkreis
(Regel, Pietro, Britton,
Steid, Böhm, Bod-
mann, Blättner,
Schrader u. Eberino.)

Koncerte 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuscherthor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutsche Sängerkreis.

Nach jeder Soliste:
Tanzkränzchen.

Dienstag:
Theaterabend.

Die Lieder des Musikanten.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten.

Germania-Prachtsäle

Arnold Scholz
Chausseestrasse 103a.

Mittwoch, den 23. September:

Hamburger Sängerkreis
(Steid, Wolff).

Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pfg.
Bonds gelten.

Socialdemokratischer Wahlverein

für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 24. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Besälen,
Reise-Friedrichstr. 35:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über das Referat des Genossen Dr. Friedberg:
„Welche Machtmittel hat das Proletariat zur Niederschlagung der
Klassenherrschaft?“

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 838.

Die Konferenz der Vertrauensleute für den Westen
findet nicht am Mittwoch, den 23. September, sondern am
Mittwoch, den 30. September, statt.

Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr:
Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

im „Fürstenhof“, Köpenickerstr. 137.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Restaurant „Deutscher Hof“, Berlin S., Ludauerstraße 15.
Freitag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:

Gr. öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Justizminister als Angeklagte oder:
Klassenjustiz und Entmündigungs-Mißbrauch.

Referenten: Senna Hoy und Adolf Brand.
2. Diskussion.
Zur Deckung der Kosten werden 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben.
Um recht zahlreichen Besuch bitten.

Der Einberufer: Hermann Teistler-Friedrichshagen.
200/13

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallst in Berlin. Für den Inerententeil verantwortlich: Tg. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Schmidt's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Centralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Freitag, den 25. September 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Grosse Versammlung der Zahlstellen Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15.

Tagesordnung: 1. Die Mißstände auf den Baute. 2. Verbandsangelegenheiten.
Guten Besuch erwartet
Der Vorstand. 144/10

Genossinnen und Genossen! Volks-Versammlung

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstraße Nr. 20.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Dresdener Parteitag und die Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion.
3. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen.
Um zahlreiches Erscheinen der Frauen erlischt

Die Vertrauenspersonen. 1/7

WINTERGARTEN

Das Original Mologirl.
Mlle. Marguerite,
sensationale Löwen-Nummer.
Alexia, Bravour-Tänzerin.
Anna Dancrey,
Pariser Soubrette.
Ten Ichi, die kaiserl. japanische
Gauklergruppe.

Die Papsbilder des
Biographen
und das Monatsliche Sensations-
Programm.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Gr. Specialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Geschw. Alexandrows usw.
Im weißen Hüh'l.
Nach der Vorstellung: Mittwoch,
Sonntags, Sonntag: Tanz.

Dr. C. Jacoby,

Blumenstraße 69, wohnt jetzt 25/2
Alexanderstraße 31.
Saal mit Bühne
für Sonnabende im November,
Dezember, Januar, Februar und
März, sowie Bußtag und Toten-
sonntag noch frei. 26732

Dr. Simmel, Prinszen- Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Credit. Monatlich

10 Mark -
liefer Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Der Kasse allerbilligste Preise.
Wer selbst Stoff hat v. 20 R. an.
J. Tomporowski, Schneidernstr. 55.
Prinszenstr. 55.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engel-Ufer 15 (Saal VIII):

Branchen-Versammlung der Tadmenschler.

Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung der Näh- u. Damenschreibtmacher im Gewerkschaftshause (Saal V).

Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.

Mittwoch, den 23. Sept., ab. 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Abschaffung des Selbst-
hüllens von Material? 2. Die Zustände in den Werkstätten von Kohl,
Allegandrinstr. 109, und Schmalhag & Barta, Rigdori. 3. Werkstatt-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der Unternehmer Herr Reil ist brieflich eingeladen.
Kollegen! Erscheint alle, damit etwas erreicht werden kann.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Pfeiffer,
Rosenthalerstraße Nr. 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl von vier Kom-
missionsmitgliedern. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

87/15 Die Kommission.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Öffentliche Versammlung

aller in der
Phonographen-Branchen beschäftigt. Kollegen u. Kolleginnen.

Tages-Ordnung:
1. Was müssen wir thun, um die jetzt beginnende Saison für uns aus-
zunutzen? Referent Paul Liffen. 2. Diskussion. 3. Die Lage der in
unserer Branche Beschäftigten Kollegen. 4. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es gilt der Öffentlichkeit zu zeigen,
wie völlig ungenügend unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, und er-
warten wir deshalb den Besuch aller Beteiligten. 122/2

Der Einberufer.

Bildhauer aller Branchen.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr
(also kurz nach Schluß der Generalversammlung des Centralvereins)
im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Öffentliche Versammlung.

Referent: Herr Redakteur P. Ströbel.
2 Punkt: Mitteilungen von der Generalversammlung.
Zahlreiches Besuch erwartet 20/16

Der Einberufer.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Donnerstag, 24. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in Kellers großem Saal, Köpenstr. 29:
Öffentliche Versammlung
der Töpfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission von der stattgefundenen Arbeitgeber-Ber-
sammlung und unsere Stellungnahme hierzu. 156/14
Erscheinen aller unbedingt notwendig. Der Gesellen-Ausschuss.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin I.
Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II,
Zimmer 16. - Telefon: Amt VII, Nr. 3348.

Schaffner, Kutscher und Stallleute

von allen Depots der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft!

Mittwoch, den 23. September, abends 11 Uhr:
Grosse Nacht-Versammlung
bei Suggenhagen, am Moritzplatz (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand der Bewegung von
Kollegen Berner. 2. Diskussion und weitere Beschlußfassung.
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Ehrensache.
Die Ortsverwaltung.

NB. Beiträge können in dieser Versammlung entrichtet werden und
sind zu diesem Zweck auch die Mitgliedsbücher mitzubringen. Beiträge
gelten gleichzeitig als Legitimation.
Diejenigen Kollegen, welche noch nicht Mitglied unseres Verbandes sind,
können ihre Aufnahme beim Eintritt bewirken. 68/14

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Stepdecken

kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik, 72 Wall-
straße 72, wo auch alle
Stepdecken aufgearbeitet werden.
S. Strahmandel, Berlin 14.
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Socialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Allen Mitgliedern und Parteigenossen die traurige Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied

Hermann Meiling

plötzlich in Dresden verstorben ist.
Mit ihm ist einer unserer thätigsten Genossen dahingefahren.
Von seltener Energie und Ausdauer, hat er bis zum letzten Augen-
blick für die Interessen der Socialdemokratie auf das eifrigste ge-
mischt und gekämpft. Kein Name ist mit der Parteibewegung in
Schöneberg auf das engste verknüpft.
Die Arbeiterkassette Schönebergs wird ihm ein dauerndes An-
denken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 5 Uhr von
der Leichenhalle des Friedhofs der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-
Allee 15-17, aus statt.

Hermann Meiling.

Ganz unerwartet erreicht uns die betäubende Kunde
von dem plötzlichen Ableben unseres opferfreudigen Mit-
arbeiters, dem Mitbegründer und Geschäftsführer des
früheren Konsum-Vereins Schöneberg, Genossen

Hermann Meiling.

Seine überzeugungsvolle Hingabe für unsere Sache,
seine treue Pflichterfüllung als Leiter der Filiale Schöne-
berg, bewahren ihm allezeit ein ehrendes Andenken.
Berlin, 22. September 1903. 132/5

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 5 Uhr
von der Leichenhalle des Friedhofs der Freireligiösen
Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

Hermann Meiling.

Un erwartet verstarb in Dresden
der 2. Vorsitzende unserer Kasse

Hermann Meiling.

Wir beklagen in ihm einen
treuen Freund und Mitarbeiter.
Seine Gedächtnis, sein offenes und
eheliches Wesen in Verbindung
mit großer Arbeitsfreudigkeit, die
ihn stets befeuert hat, haben ihn
einem jeden von uns nahe ge-
führt. Sein Andenken werden
wir ihm bewahren dadurch, daß
sein ideales und selbstloses Wirken
uns stets ein Vorbild bleiben soll.
Der Vorstand d. Orts-Krankenkasse
der Stadt Schöneberg.

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.
Erweitert bis Prinzessinnenstr.

Höchste Leistungsfähigkeit

durch seine Riesen-Lager
und den Riesen-Umsatz!

Extra! Zurückgesetzte
billig Teppiche. Pracht-
Exemplare: M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc.
Gardinen, Portieren, Möbel-
stoffe, Steppdecken etc.

Sehr beachtenswert!
Meine ständige
Ausstellung
von Teppichen etc. etc.
in Linden-Galerie
(zwischen Unter den Linden
und Behrenstrasse).

Pracht-Katalog

mit 600 Abbildungen
in künstlerischer Ausstattung
auf Wunsch gratis u. franco.

Wurm's MAGENDOCTOR

ist das
Beste für den Magen

„Volkswille“

Beste deutsche 2 Pf.-Cigarette.

Heller türk. Tabak! Leichtes Aroma!
Leichte Mischung! Feinste Handarbeit!

Cigarettenfabrik „Alexandria“ Dresden.

Vertreter: Hugo Sprödowsky, Berlin N., Brunnenstr. 159.

Berufskleidung

kauft jedermann nur im Specialgeschäft
von 126382

Adolf Wecker,

3. Mühlendamm 9, vis-a-vis
1. Ritterstraße 1, Pulver- u. Her.

Kronleuchter-Fabrik

für Gas, Petro-
leum u. elektrisch
Licht 18/15

Siegel & Co.,
Berlin, Prinszenstr. 38.
Grösste
Auswahl
Verkauf-Fabrikpreis.
an Private. Musterbuch franko.

Möbel

Spiegel u. Polsterwaren
trell. zu soliden Preisen, empfiehlt

H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, Richardstraße 116,
am Deutmal.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Hals- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9,
12-1/2, 3, 1/6-1/5, Sonnt. 9-11.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 21. September 1903.

Erneuerung des Kohlenyndikats. — Das Ziel der Syndikatsbestrebungen. — Frachtherabsetzungen der amerikanischen Eisenbahnen für Getreidetransporte. — Rückgang der Rentabilität des Weizenanbaus in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Auslands- und Argentinienkonkurrenz.

Den Aktionären der großen rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau-Gesellschaften und den an den Ruhrzweigen interessierten Banken hat die vergangene Woche einen schweren Stein vom Herzen genommen: Die Erneuerung des Kohlenyndikats ist, wenn auch noch nicht alle Hindernisse überwunden sind, so gut wie gesichert. Die bisher sich sträubenden Bergwerks-Gesellschaften haben, nachdem sie sahen, daß sie doch kaum ihre Ansprüche auf Erhöhung ihrer Beteiligungsziffer durchsetzen würden, noch in letzter Stunde ihren Widerstand aufgegeben. Auf dem am 15. d. Mts. in Eisen abgehaltenen Zeichenbesitzer-Versammlung, die über die Syndikats-erneuerung zu entscheiden hatte, erklärten sich schließlich die Vertreter der Zeichen „Friedrich der Große“ und „Graf Bismarck“, vorbehaltlich der Genehmigung seitens ihrer Gewerkschaft-Versammlung, zur Unterzeichnung des Vertrages bereit, und ebenso schiederten die Bergwerks-Gesellschaft „Konordia“ und die Zeche „Rosenblumelle“ ihren Beitritt unter der Bedingung zu, daß gewisse von ihnen geltend gemachte Rechtsansprüche an das Syndikat durch ein Schiedsgericht geregelt würden: eine Forderung, die von der Zeichenbesitzer-Versammlung bereitwillig zugestanden wurde. So bleiben, da auch der in der Versammlung nicht vertretene Magdeburger Bergwerksverein inzwischen seinen Beitritt beschlossen hat, eigentlich nur noch die Zeche „Freie Vogel und Luverhoff“ sowie die Gewerkschaft „Ewald“ als Aushenkeblende übrig. Doch lehnte auch die ergrünante Zeche den Anschlag keineswegs strikte ab, sondern hat sich nur ihre Entscheidung bis zum 30. September vorbehalten. Auch sie wird nach Ablauf dieser Bedenkzeit sich sicherlich bereit finden lassen, an dem geplanten Deutezug teilzunehmen, denn so energisch ihr Vertreter auch in der Versammlung behauptete, daß ihre Beteiligungsziffer um mindestens 120 000 Tonnen erhöht werden müsse, wenn sie ertragsfähig bleiben solle, wird sich doch die Verwertung der Zeche „Freie Vogel und Luverhoff“ sagen, daß eine Nichterneuerung des Syndikats heute fast ausgeschlossen erscheint, und bei einer Absonderung zweifellos ihre Zeche die allerschärfste Konkurrenz seitens des Syndikats treffen würde. Noch weniger ist daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaft „Ewald“ sich dem Syndikat anschließen wird. Sie fordert nur, daß zugleich mit ihrem Beitritt die Zeche „Ewald Fortsetzung“ in das Kohlenyndikat aufgenommen wird, und diese Forderung ist bereits in der Hauptsache dadurch von der Zeichenbesitzer-Versammlung akzeptiert worden, daß sie dem Prüfungsausschuß für die Aufnahme neuer Zeichen beauftragt hat, Bedingungen für die Aufnahme der Zeche „Ewald Fortsetzung“ aufzustellen. Zum 1. Oktober ist eine neue Zeichenbesitzer-Versammlung einberufen, welche über die definitive Erneuerung des Kohlenyndikats beschließen soll. Bis dahin wird alles geordnet sein, und es kam sofort an die Heranziehung der Mittlereisen gehen, von denen ebenfalls bereits mehrere ihren Beitritt erklärt haben, sowie an die Verhandlungen mit Thyssen und Haniel, den Vertretern mehrerer großer bisher dem Syndikat nicht angehörender Zeichen.

Es wird also doch, wie wir in dem „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ der Nr. 172 (vom 8. Juli) annahmen, nach gegenseitigem langen Feilschen schließlich das Kohlenyndikat auf der Basis des neuen Vertragsentwurfs zu stande kommen. Mehrmals schien es allerdings nach den Versicherungen der widerspenstigen vier großen Gesellschaften, als werde das Syndikat unter der Last der sich erhebenden Sonderansprüche zusammenbrechen; aber die von der Syndikatsleitung unter Mitwirkung der großkapitalistischen Unternehmenseisen in den letzten Wochen fast täglich wiederholte Appellation an die Zeichenverwaltungen, doch nicht die Erneuerung des Syndikats in Frage zu stellen und wieder den Konkurrenzkampf der syndikatslosen schredlichen Zeit heraufzubeschwören, hat schließlich die Widerspenstigen gezähmt. Wie bei den Jollitaris-Verhandlungen im Reichstage hat auch hier, nachdem schon alle Krämpfe der Schwärzerei ausgepielt zu sein schienen, doch noch zuletzt die Drohung die Oberhand behalten.

Wald wird das Feld frei sein für die Aufgabe, welche das Syndikat sich gestellt hat: „den Kohlenbergbau zu einer glänzenden Höhe emporzuführen.“ Was unter dieser Redensart zu verstehen ist, haben wir aus Grund der Bestimmungen des neuen Syndikatsvertrages und des neuen Organisationsstatuts schon vor einigen Monaten (Wochenbericht der Nr. 172) dargelegt. Das Ziel ist eine völlige Monopolisierung der Kohlenproduktion, mögliche Zurückdrängung der Nicht-Syndikatszechen und Verhinderung der Entstehung neuer Betriebe zu dem Zweck, nach Belieben die Preise auf dem Inlandsmarkt festsetzen zu können.

Was Amerika wurde kürzlich gemeldet, daß im den inner fähiger werdenden Mangel an Getreidefrachten in New York abzuhelfen die Eisenbahnen sich veranlaßt gesehen haben, die ohnehin schon nach deutschen Begriffen außerordentlich niedrigen Frachtsätze für die Getreidetransporte aus dem Westen nach den östlichen Häfen der Union noch weiter herabzusetzen, um die Exportisten zu erleichtern und dadurch zur Verschiffung anzuregen. In New York fehlt es derart an Getreide-Verfrachtern, daß vielfach die von New York abgehenden Dampfer mit Halb- oder Viertelladung auslaufen müssen, wollen sie die festgesetzten Abfahrtszeiten imhalten. Einestells kommen hierbei besondere Verhältnisse in Betracht, z. B., daß die Länder, nach denen Amerika vorwiegend sein Getreide absetzt, sowohl im vorigen als in diesem Jahre meist recht gute Ernten hatten, ferner, daß der Ertrag der vorjährigen amerikanischen Weisernte unter dem Durchschnitt der Jahre 1897/1901 zurückgeblieben ist; andererseits aber läßt sich nicht verkennen, daß wenn auch noch immer die Union das wichtigste Weizen- und Reis-Exportland der Welt ist, ihr doch im letzten Jahrzehnt eine zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstanden ist, die schwer auf ihrem Export lastet, speziell was die Weizenexporte betrifft. Der Farmer in den östlichen Staaten hat schon seit langer Zeit ganz aufgehört, Weizen für den Export zu liefern; aber auch in fernen und unbekannteren Weiten beginnt trotz der billigen Eisenbahnfrachten sich die Rentabilität der Weizenproduktion von Weizen für die Ausfuhr zu verringern, da einerseits, nachdem der frühere Kaubau den Boden mehr oder weniger ausgemergelt hat, die Produktionskosten zunehmen, und andererseits infolge der stärkeren Konkurrenz anderer Staaten auf dem Weltmarkt die Exportpreise sinken.

Als die Hauptkonkurrenten müssen, wenigstens soweit der westeuropäischen Weizenmarkt in Betracht kommt, vornehmlich Argentinien und Rußland gelten, deren Weizenexporten auf den Märkten von Antwerpen, Amsterdam, London und selbst Liverpool im letzten Jahrzehnt stetig an Bedeutung für den Getreidehandel gewonnen haben. Vergleichen wir die Weizenmengen, die während des letzten Jahrzehnts aus den Vereinigten Staaten ausgeführt worden sind, so ergibt sich, daß der Export von Weizenform, wenn er auch in den einzelnen Jahren je nach dem amerikanischen Ernteausfall und dem wechselnden europäischen Bedarf erheblich schwankt, doch im ganzen abgenommen hat. Dafür ist allerdings die Ausfuhr von Weizenmehl beträchtlich gestiegen; denn je stärker ist die Konkurrenz des russischen, rumänischen und La Plata-Weizens auf den westeuropäischen Märkten geltend gemacht, desto mehr ist man in den Vereinigten Staaten von Amerika dazu übergegangen, nicht mehr Weizenform auszuführen, sondern dieses in den Hauptzentren des Weizenbaues an Ort und Stelle mahlen zu lassen und als Weizenmehl zu exportieren. So wurden z. B. im Fiskaljahr 1892 erst 6,1 Millionen Hektol Weizenmehl aus der Union verhandelt, 1893 schon 16,30 und im letzten Jahr 1,44 Millionen Hektol. Selbst wenn man

aber dieses ausgeführte Mehl in Korn umrechnet, ergibt sich, daß die Weizenausfuhr eher gefallen als gestiegen ist, denn sie hat in den letzten 12 Jahren sich folgendermaßen gestaltet:

Table with columns: Fiskaljahr bis, Weizen und Weizenmehl, Wert. Data for years 1892-1903.

*) Vuffel = 35,24 Liter. Die Tabelle, die Brodstrecks entnommen ist, zeigt zugleich treffend den Rückgang der Exportpreise; 1892 hatten 225 Millionen Vuffels noch einen Ausfuhrwert von 230 Millionen Dollar, 1902 234 Millionen Vuffel nur noch einen Wert von 178 1/2 Millionen Dollar.

Während aber die Weizenausfuhr der Union stehen blieb, hat sich der Bedarf der Weizen importierenden Länder beträchtlich vermehrt und dementsprechend haben dann auch Argentinien, Uruguay, Kanada, Rumänien, Bulgarien ihre Weizenausfuhr gesteigert; speziell hat Argentinien Weizenausfuhr seit 1890 um das Vier- und Fünffache zugenommen. Auch auf dem deutschen Getreidemarkt macht sich, wie folgende Zusammenstellung zeigt, dieser Umschwung zum Teil bemerkbar:

Table with columns: Deutschlands Gesamt-Weizenimport, Rußland, Vereinigte Staaten, Argentinien. Data for years 1893-1902.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß natürlich der jedesmalige Ernte-Ausfall in Deutschland und den drei obigen Getreide-Exportländern berücksichtigt werden, doch läßt sich als Gesamturteil konstatieren, daß im letzten Jahrzehnt der Anteil Rußlands an der Versorgung des deutschen Marktes abgenommen hat, der Anteil der nordamerikanischen Union mächtig steigt (das Jahr 1901 war ein völlig anomales); neben diesen beiden früheren Hauptlieferanten hat sich aber in steigendem Maße Argentinien als Konkurrent geltend zu machen beginnt.

Von den städtischen Kranken- und Irrenhäusern.

Man schreibt uns: Wiederholt hat sich die Öffentlichkeit in den letzten Jahren mit der Lage des in Kranken- und Irrenhäusern thätigen Personals beschäftigt. Die in Betracht kommenden Behörden und Anstaltsleitungen bestritten bekanntlich sowohl dem Reichstage gegenüber, wie auch im Berliner Stadtverordneten-Kollegium das Vorhandensein von größeren Missetatungen. Sie waren bemüht, die namentlich von sozialdemokratischer Seite ergangenen Anklagen als starke Uebertreibungen oder gar als Produkte von Nach-Akten entlassener Wärter darzustellen.

Es ist daher für die Öffentlichkeit nicht ohne Interesse, daß jetzt ein Teil des in Frage kommenden Personals, nämlich die Angehörigen der Berliner städtischen Kranken- und Irrenhäuser, durch eigene Kraft auf die Beseitigung der vorhandenen Missetatungen hinwirken. Demnach sollen den städtischen Behörden bestimmte Forderungen unterbreitet werden. Die Öffentlichkeit ist bei dieser Bewegung deshalb ganz besonders interessiert, weil unter den vorhandenen Missetatungen nicht nur das Personal der in Betracht kommenden Institute leidet, sondern auch ganz erheblich die Patienten der Kranken- und Irrenhäuser. Der größte Teil dieser Personen gehört aber der ärmeren Bevölkerung an.

Der bedeutendste Missetatungsbereich in den städtischen Kranken- und Irrenhäusern ist der geradezu ungeheure Wechsel des Wart- und Bedienungspersonals. Wie in einem Taubenschlag sieht es in dieser Beziehung aus; der größte Teil des Personals kommt und geht ständig, nur ein ganz geringer Prozentsatz bleibt längere Zeit in diesen Instituten beschäftigt.

Diese Erscheinung, welche in derselben Größe wohl in keinem anderen Berufe aufzuweisen ist, erklärt sich aus der überaus traurigen Lage des Personals. Zunächst wird dieses gezwungen, in den Anstalten Wohnung zu nehmen. Schon hierdurch wird die Bildung eines festen Stammes von Pflegern v. verhindert, da diesen Leuten hierdurch die Gründung einer eignen Familie so gut wie unmöglich gemacht wird. Dann kommt hinzu, daß die Wohnungsverhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, zum Teil sogar ständelöcher Natur sind. In städtischen Krankenhäusern am Friedrichshain giebt es z. B. Gelasse, die im Keller, 1 1/2 bis 2 Meter unter der Erde liegen. Diese Räume sind naturgemäß äußerst feucht und wimmeln voll Ungeziefer. Die Kleidungsstücke müssen am Morgen erst ordentlich durchgeschüttelt werden, um sie von Schwaben zu befreien. Durch die Logierräume gehen andererseits zum Teil offenliegende Kanalisationsröhren z. B., die nicht gerade Wohlgerüche verbreiten, ferner aber auch die Schlafenden durch ihr fortwährendes Geräusch in ihrer Ruhe stören. Im Kinderkrankenhaus schläft ein Teil des Personals unterm Dache, der Schnee liegt im Winter auf den Betten, Dafen giebt es nicht.

Daß solche der Gesundheit Hohn sprechenden Zustände in Instituten herrschen, die ausdrücklich hygienischen Zwecken dienen, sollte man nicht für möglich halten.

Dann darf das Personal auch während der dienstfreien Zeit ohne Urlaub die Anstalt nicht verlassen. Regelmäßigen Urlaub erhält das Pflegepersonal in den städtischen Irrenhäusern jeden dritten Sonntag. Dieser soll um 11 Uhr vormittags beginnen und um 12 Uhr nachts beendet sein. Außerdem soll dem Personal in jeder Woche ein halber freier Tag gewährt werden. Nur mit besonderen Urlaubsbefehlen ausgenommen, darf das Personal die Anstalt verlassen. Der Pförtner muß die Scheine kontrollieren und seine Vermerte machen. In den städtischen Krankenhäusern liegen die Urlaubsverhältnisse ähnlich; nur wird hier an jedem zweiten Sonntag schon ein halber freier Tag gewährt. — Wer den Urlaub überkreuzt, wird mit Verweis, Entziehung des Urlaubs und Entlassung bestraft. Außerordentlicher Urlaub muß besonders beantragt werden und wird sehr häufig verweigert. Erst kürzlich wurde einem Wärter, der seine dienstfreie Zeit benutzen wollte, um eine Fortbildungsschule zu besuchen, der Urlaub nicht bewilligt. Beauftragt jemand außergewöhnlichen Urlaub, so wird er erst einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen, zu welchem Zweck er den Urlaub haben will. Schon manchem Wärter ist hierbei die Gebuld gerissen, er gab dem Vorgesetzten eine unziemliche Antwort und verließ dann sofort die Anstalt. Woher überhaupt die Anstaltsleitungen das Recht nehmen, dem Personal,

erwachsenen, großjährigen Leuten, Vorschriften bezüglich ihrer dienstfreien Zeit zu machen, ist nicht ganz klar. Der Gefinde-Ordnung untersteht das Personal nicht, wenigstens ist dies im Stadtverordneten-Kollegium von der Stadtverordneten ausdrücklich erklärt worden.

Gerade aber dem Personal der fraglichen Institute ist täglich eine gewisse Erholung in anderer Umgebung notwendig, da der fortwährende Umgang mit Kranken oder Irren deprimierend wirkt.

Schon diese erwähnten Zustände würden genügen, um den großen Wechsel des Personals zu erklären; es kommen jedoch noch eine ganze Reihe weiterer Missetatungen hinzu.

Der Tagesdienst des Pflegepersonals der Irrenhäuser beginnt in den Sommermonaten um 6 Uhr morgens und währt bis 8 Uhr abends, beträgt also 15 Stunden täglich. In den Wintermonaten beginnt der Dienst erst um 6 Uhr morgens. Reguläre Ruhepausen giebt es während der Dienstzeit nicht. Oft hat das Personal nicht soviel freie Zeit, um die Natur zu genießen zu können. In der ordentlichen Dienstzeit kommen dann noch die sogenannten Schlafwachen. Das Pflegepersonal muß abwechselnd in den Lazarettälen schlafen, um den Wachthabenden bespringen zu können, falls unter den Irren Unruhe ausbrechen sollte. Von einem wirklichen Schlaf kann sehr oft bei der Schlafwache nicht die Rede sein, da die Irren fast immer unruhig sind. Vielfach muß auch der Schlaf unterbrochen werden, um die Wachthabenden statkräftig zu unterstützen. Trotz dieser Umstände hat der Pfleger, welcher auf Schlafwache ist, am anderen Tage seinen regulären Dienst auszuführen. In den städtischen Krankenhäusern herrschen bezüglich der Dienstzeit fast genau dieselben Verhältnisse.

Die Befestigung erhält der größte Teil des Personals, mit Ausnahme der Anstaltsbedienten, von der Anstaltsleitung, und zwar soll dieselbe Kost verabfolgt werden, welche die Patienten bekommen. Die gewährte Kost läßt aber viel zu wünschen übrig. Brot und Speck sowie das Mittagessen sind oft ungenießbar oder doch sehr minderwertig. Diese Thatsache ist zum Teil auf die ungenügenden Mittel zurückzuführen, zum Teil aber auch auf ungenügende Kontrolle bei Einkauf und Aufbewahrung der Ware sowie der Herstellung des Essens. In den Irrenhäusern erhält das Personal nur Margarine statt der Butter. Die Margarine ist auch noch oft von der minderwertigsten Qualität, ihre Verabfolgung geschieht auf ausdrückliche Bestimmung von oben. Das Mittagessen muß von dem Pflegepersonal, namentlich in den Irrenhäusern, sehr oft in kaltem Zustande eingenommen werden. Es wird den Patienten wie dem Personal zu gleicher Zeit verabfolgt, und da viele Irre „gefressen“ werden müssen und unruhig werden, falls dieses nicht sofort geschieht, kann das Pflegepersonal erst speisen, wenn das Essen bereits kalt geworden ist.

Die Gehaltsverhältnisse sind gleichfalls ungenügend. Pfleger und Hausdiener erhalten 23—45 M. den Monat, Pflegerinnen, Koch-Küchenmädchen 15—40 M. Bestimmte Normen scheint es für die Gehaltsverhältnisse nicht zu geben. In jedem Institut wird nach einer anderen Maxime verfahren; Günst und Unbill bestimmen vielfach die Höhe des Gehalts.

Auch die Behandlung des Personals ist keineswegs zufriedenstellend. Die Oberpfleger und Pflegerinnen, sowie die Kranken-schwwestern, die an der Spitze der einzelnen Abteilungen stehen, besitzen ziemlich große Machtbefugnisse. Sie schalten und walten daher oft in ihrem Reiche wie kleine absolute Fürsten. Bei dieser ganzen Sachlage ist es nur zu begreiflich, daß eine besondere Dienstfremdheit bei dem Personal nicht besteht, woraus auch die vielen Klagen über unfreundliche Behandlung der Kranken herrühren.

Die Lage der Anstaltsbedienten, Schloffer, Tischler, Maurer, Maler, Tapezierer, Heizer, Kupfer- und Schmiede und Rohrleger ist gleichfalls in vielen Fällen verwerflich. Besonders haben die Heizer unter einer langen Arbeitszeit zu leiden. In einigen Instituten werden den Handwerkern nicht einmal die Ueberstunden vergütet, obgleich sie in Stundenlohn stehen.

Arbeiter-Ausschüsse bestehen seit einigen Wochen erst in den Irrenhäusern; in den Krankenhäusern sind solche nicht vorhanden.

Die geschilberten traurigen Dienst- und Gehaltsverhältnisse verschulden denn auch jenen gewaltigen Wechsel des Personals, von dem wir schon vorher sprachen. Dem Pflegepersonal fehlt zunächst die notwendige berufliche Bildung. Eine Vorbildung wird von dem Personal nicht verlangt. Dieses rekrutiert sich daher aus allen möglichen Berufen und wird sofort zum Dienst verwendet, obgleich die Leute vielfach vorher noch nie ein Kranken- oder Irrenhaus betreten haben. Die meisten Personen, welche in den fraglichen Instituten Beschäftigung suchen, sind arbeitslose junge Leute, die, wenn die Not am größten ist, auf einige Wochen Unterkommen haben wollen, um der Anstalt sofort den Rücken zu kehren, sowie sich einige Ausflüchte bieten, wieder die fehlende Thätigkeit aufnehmen zu können. Abgesehen von der fehlenden beruflichen Bildung sind es daher auch vielfach gerade nicht die besten Elemente, welche für kurze Zeit den Beruf des Pflegers ergreifen. Hieraus erklären sich denn auch die Mißhandlungen von Irren z., welche in der letzten Zeit die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt haben. Thatsächlich kommen sehr häufig Mißhandlungen vor, von denen weder die Anstaltsleitungen, noch die Öffentlichkeit etwas erfährt. In einer Versammlung der Kranken- und Irrenwärter rief ein Pfleger aus: „Wir bluten jedesmal das Herz, wenn ich sehe, wie solche Kollegen ihre Personen bis zur Bewußtlosigkeit schlagen.“ Der Wärter streitet natürlich die Mißhandlung ab; der Irre ist eben ein Irre, dem niemand Glauben schenken kann. Gerade zur Verhandlung von Kranken und Irren möchte aber ein Personal vorhanden sein, das die besten Charaktereigenschaften besitzt, denn Kranke und Irre können infolge ihres anomalen Zustandes den geübten Personen viel zusetzen. Leider ist bezüglich des Pflegepersonals oft das Gegenteil der Fall.

Die leitenden Aerzte sehen denn auch die Fehler des heutigen Zustandes, aber die Wurzel des eigentlichen Übels liegt tiefer. Man betrachtet bedauerlicherweise die Kranken- und Irrenpflege noch vom Standpunkte des Almosengebers aus. Nur der Not, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, läßt man sie, und deshalb soll sie möglichst wenig Geld kosten. Daher der Mangel an Raum in den Kranken- und Irrenhäusern, an leitenden und aufsichtsführenden Ärzten, die schlechte Beschaffenheit der Kost und die traurige Lage des unteren Personals.

Sollten andre Verhältnisse geschaffen werden, so wären folgende Änderungen vorzunehmen: Die Gewährung von Logis und Kost ist für das Personal zu beseitigen und dafür muß ein auskömmliches Gehalt nebst menschenwürdiger Dienstzeit gewährt werden. Erst hierdurch würde die Basis geschaffen, auf welcher sich ein feiner, guter Stamm von Pflegern, Pflegerinnen z. heranzubilden könnte. So lange die Thätigkeit als Pfleger und Pflegerinnen nur ein Notbehelf ist, können Änderungen nicht eintreten. Die Beschäftigung in Kranken- und Irrenhäusern muß als bauernder, ständiger Beruf angesehen werden, was erst eintreten kann, wenn dem Personal eine annehmbare Existenz gesichert wird. Auf den Anstalten wären ferner Kaffeehäuser zu errichten, in welchen das Personal Beschäftigung z. erhalten kann.

Sollte man die Beschäftigung nicht gleich abschaffen wollen, so müßte dem Personal mindestens eine andre Kost gewährt werden, als den Patienten. Diese Kost wäre unter ständiger Aufsicht einer Reue-Kommission herzurichten, in welcher das untere Personal entsprechend vertreten sein müßte.

Die gegenwärtige Bewegung des Personals der städtischen Kranken- und Irrenhäuser dürfte das Gute zeitigen, daß die städtischen Behörden gezwungen werden, sich wirklich einmal ernsthaft mit der Frage der Krankenpflege zu beschäftigen. Änderungen sind dann unausbleiblich. Diese aber würden nicht ohne Einfluß auf die staatlichen und privaten Institute der Kranken- und Irrenpflege bleiben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Donnerstag findet in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, die Fortsetzung der Diskussion über das Referat des Genossen Dr. Friedberg statt: „Welche Maßnahmen hat das Proletariat zur Niederschlagung der Massenherausforderung“. Eine rege Beteiligung seitens der Wahlvereinsmitglieder wird bestimmt erwartet.

Genossinnen und Genossen! Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr Versammlung in den Arminshallen. Bericht vom Dresdener Parteitag und von der Konferenz sowie Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson. Die Vertrauensperson.

Charlottenburg. Umständehalber fällt die am Donnerstag geplante Versammlung des Wahlvereins aus. Der Vorstand.

Spandau. Morgen, Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr, tagt im Kunstischen Saale, Schönwalderstr. 80, eine öffentliche Parteiversammlung, in welcher die Berichte von der Kreis- und Provinzialkonferenz, sowie vom Parteitage erstattet werden sollen. Ferner wird die zur Herbeiführung einheitlicher Vorkämpferhältnisse im Kreis eingesetzte Kommission der Versammlung das Resultat der Verhandlung mit „Latente“ und „Brandenburger Zeitung“ mitteilen.

Pantow-Nieder-Schönhäusen. Am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Schönhäusen, Benzels Lindengarten, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Der Dresdener Parteitag. Referent: Genosse G. Freywaldt.

Adlershof. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die diesjährigen Parteitage-Protokolle für 10 Pf. abgegeben werden. Bestellungen auf diese sowie auf die Parteitage-Festschrift (a 30 Pf.) und die humoristische Parteitage-Schrift „Das große Mißverständnis“ (a 20 Pf.) sind bis Freitag, den 25. d. Mts. bei den Genossen Löwenthal, Galenbergstr. 3, und Stenwedel, Friedenstr. 1, aufzugeben. Der Vorstand.

Lokales.

Wohnungsleben.

Ueber die Wohnungsverhältnisse in der Zeit vom 1. bis 31. August giebt die Ortis-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker folgenden Bericht. Es wurden die Aufenthaltsräume von 515 männlichen und 482 weiblichen, zusammen 997 Personen festgestellt, worunter sich 82 männliche = 15,92 Proz., 90 weibliche = 20,50 Proz., zusammen 181 Patienten = 18,15 Proz. befanden, denen kein Bett zur alleinigen Verfügung stand.

Hiervon waren 10 männliche = 12,19 Proz., 11 weibliche = 11,12 Proz., zusammen 21 Personen = 11,06 Proz. lungenkrank. Bei 30 Patienten, welche ihr Bett mit anderen Personen teilten, wurden die sonstigen Verhältnisse aufgeführt.

In dunklen resp. feuchten Wohnungen wurden angetroffen:

Männl.	Weibl.	Personen	Erkrankungen
3	12	15	der Lungen
1	2	3	der übrigen Atmungs-Organen
1	3	4	des Magens und Darms
—	2	2	der Augen
1	—	1	der Blasen- u. Geschlechtsorgane
4	3	7	der Nerven
—	—	5	leideten an
1	9	10	Rheuma
1	2	3	Herzleiden
—	—	3	Unterleibsleiden
9	40	49	diversen Krankheiten
211	78	289	

*) Teilen das Bett mit anderen Personen.

Nachstehende Kontrollberichte über die Zustände von Behausungen haben wir den in Betracht kommenden Polizeiverwaltungen behufs Abstellung der Mängel überwiehen:

Am Hause Große Frankfurterstr. 90 dienen zwei Bodenlammern mit schrägen Decken den angestellten Handlungsgehilfen und Hausdienern der Kolonialwaren-Firma C. Semisch als Schlafraum. In dem Raum, den der lungenleidende Patient mit einem Kollegen teilen muß, haben außer zwei Betten nur noch ein Tisch, ein Schrank und die Reiseförbe der Bewohner Platz. Tageslicht gelangt durch eine Luke in der Größe von 60:70 Centimeter in den Raum. Die Decke ist von der Hitze der Lampe geschwärzt und besteht deshalb die Gefahr des Feuerausbruchs. Ungezieser ist reich vorhanden und fliegen die Insekten, selten nachts ihre Ruhe zu finden. Da Gelegenheit nicht vorhanden ist, sind die Kammern im Winter außerst kalt und naß; außerdem sind sie so niedrig, daß man nur in gebückter Haltung sich darin bewegen kann. Durch die freiliegenden Balkenlagen ist man Verletzungen ausgesetzt.

Ein an Mandelentzündung erkranktes Mitglied wohnt in der Wohnung des Hordweges vom Hause Manteuffelstr. 44. Der Raum hat eine Höhe von nur 1,75 Meter und enthält keine Heizgelegenheit. Der Nebenraum, der als Küche benützt wird, ist noch niedriger.

In einer sehr kleinen, dunklen und feuchten Wohnung in der Waldemarstr. 28 wohnt ein an Lungenentzündung Leidender mit noch vier Personen. In zwei nebeneinander stehenden Betten schläft der Kranke mit Frau und zwei Kindern.

Eine Patientin wohnt in einer sehr dunklen, feuchten und stoßigen Kellerwohnung des Hauses Jägerstr. 53 zu Kirdorf. Die Wände der Wohnung sind schwarz. Die Küchenthür, welche vom Hofe aus den Eingang zur Wohnung bildet, hatte in früheren Zeiten Glas-scheiben, dieselben sind durch Holz und Blech ersetzt worden. Dadurch herrscht in der Küche, in welcher auch die Kranke schläft, völlige Dunkelheit. Neben dem Eingang zur Wohnung befinden sich die Hoffestis.

Manteuffelstr. 35 befindet sich die dunkle und feuchte Wohnung eines Rheumakranken. Die Küche hat Cementboden. Der Kranke hat kein Bett zur Verfügung, sondern schläft auf dem Sofa.

Am Hause Kaiser Wilhelmstr. 22 befindet sich auf dem Hofe die Wohnung einer Patientin, welche an Hautentzündung leidet. Die Stubenwände weisen durch Ausfallen von Putz große Löcher auf, Decken- und Wände sind schmutzig; der Fußboden ist von breiten Ripen durchzogen. Ein kleiner enger Raum ohne Licht dient als Küche.

Die Beerdigung des Genossen Weiling findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr vom Hause des Genossen Döhr, Schöneberg, Reiningersstraße 8, aus statt. Andre Anordnungen sind dadurch hinfällig geworden.

Ärzte und Publikum. Gewissermaßen als Erwiderung auf den Artikel vom Sonntag sendet uns ein Arzt eine Zuschrift zur Veröffentlichung zu, in der unser Erachtens ohne Uebertreibung die Lage des Arztproletariats geschildert wird. Nachdem der Einsender zunächst an einigen drastischen Beispielen aus seiner Praxis gezeigt hat, aus welchen unbedeutenden Anlässen der Arzt zuweilen Rückschlüsse machen muß, läßt er sich wie folgt über die Frage des Vorgehens aus:

„Je weiter das Publikum durch die Krankenkassen an die nicht direkte Bezahlung der Ärzte gewöhnt worden ist und sich ärztliche Hilfe in beliebiger Menge und zu beliebiger Zeit leisten kann, um so mehr hat sich der Gebrauch eingebürgert, auch private ärztliche Hilfe sich ebenso zu verschaffen, und ist sie erst geleistet, dann bleibt für den Arzt auch die indirekte Bezahlung meist aus, da keine Behörde zahlt, wenn sie nicht dem Arzt den Auftrag selbst erteilt hat, und da das Publikum an alles andre eher herangeht, als an die Bezahlung einer ärztlichen Leistung. Für das letztere kann ich den Beweis dadurch liefern, daß ich aus den letzten drei Jahren ca. 800 Conto-dattagen habe, in denen eine Unsumme mißselligster Einzelleistungen und ca. 8—10 000 M. bei mäßigster Berechnung steckt, und daß ich mit diesen Contis nichts anfangen könnte,

ohne zunächst mal mindestens 2000 Mark an Gerichts- und Rechtsanwaltskosten zu zahlen, was aber meine Mittel nicht zulassen. Ich bin daher zu der „Humanität“ gezwungen, alle diese böswilligen Nichtzahler laufen zu lassen. Böswillig sind sie deshalb, weil die Conto wirklich armer Leute von mir gar nicht aufbewahrt werden, weil alle diese Leute, ohne zu reagieren, vier bis fünf Rechnungen und Mahnungen erhalten haben, einen zu ihnen geschickten Kassierer, welcher Zahlungen bis herab zu 50 Pfennig herunter entgegenzunehmen den Auftrag hatte, dutzendmal mit Redensarten abgepeist oder gar nur höhnische Worte hatten, wie: „Den Doktor bezahlen, na so dumm, warum pumpt er denn!“ Ich verstehe nicht, daß viele Leute nach der ersten Rechnung bereits zahlen oder wenigstens einen Teil berichtigten, trotzdem sie in wenig röhiger Lage sich befinden. Aber gerade diese beweisen, daß auch bei ärmlichen Verhältnissen allmählich auch der Arzt bezahlt werden kann, und letzterer ist dann meist auch freiwillig solchen Leuten gegenüber anständig und coulant, indem er einen Teil der Schuld erläßt. Sie beweisen aber ferner, daß jene Andersgearteten die moralische Verpflichtung, den Arzt, welcher ihnen in der Not geholfen und geborgt hat, sehr häufig absichtlich außer acht lassen, also wirklich böswillige Nichtzahler sind.

Ist die Behandlung erledigt, so beginnt für uns Ärzte in Arbeitervierteln der Kampf um das Honorar. Vorzugsweise man nicht, dann bleibt die Klientel weg; borgt man aber, so muß man einen großen Teil seiner spärlichen Ruhestunden auf die angenehme Arbeit der Rechnungen, Mahnungen, Adressenmittlungen (denn etwa 400 von den 800 Conto tragen schließlich den Bemerker, den der Briefträger auf den zurückgekommenen Brief setzt: „Unbekannt bezogen“) verwenden.

Wird nun so ein Nichtzahler gefragt, warum er nicht mehr zu Dr. X gehe, so heißt es natürlich nicht, daß man diesem etwas schuldig sei, sondern, daß der (vorher so gelobte) Dr. X nichts versteht oder nachlässig sei und da oder dort falsch behandelt habe, und so hat der Arzt nicht nur die Genugthuung, den faulen Vorger los zu sein, sondern auch den Schaden, durch solche Ausreden noch weitere Klientel einzubüßen.

Alles, was ich hier schilderte, sind Thatsachen, welche aus meiner umfangreichen Praxis stammen, und ich könnte hundert weitere hinzufügen. Es ist keine Uebertreibung zur Verwendung gekommen. Auch das Folgende ist keine Uebertreibung. Seit einem Jahrzehnt bin ich unangehegt, d. h. ohne je einen wirklich freien Tag gehabt zu haben (außer einer Reise von zwei Tagen), thätig, auch meine Familie hatte nie eine Erholung. Warum? Trotz großer Praxis sind die Mittel zu einer derartigen Regenerierung der Kräfte, die mir alle sehr nötig haben, noch nicht aufzutreiben gewesen, da die genannten 800 Conto bei niemandem in bare Münze umgekehrt werden können, und ich muß mich daher mit dem Gedanken zufrieden geben, jährlich für 3000 M. „Humanität“ geübt zu haben.

Im Befinden des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans ist seit Montagabend wiederum eine Verschlimmerung eingetreten, die sich auch im Lauf der Nacht nicht hob. Auch gestern mittag konnte, wenn auch keine weitere Verschlechterung, so doch auch keine Besserung konstatiert werden. Angesichts des hohen Alters des Patienten giebt der dauernd schlechte Zustand zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß.

Herr Oberbürgermeister Kirchner sieht sich für seine Geduld, mit der er auf die Vespätigung seiner Wahl gewartet hat, reich belohnt. Er vollzog in Danzig den ihm vom Kaiser erteilten Auftrag, den dort neu erbauten Kreuzer auf den Namen „Berlin“ zu taufen. Herr Kirchner sagte in seiner Taufrede, daß wirre Hoffnungen sich nur erfüllen können, wenn der Herr, dessen starke Hand Wind und Wellen wie die Geschosse des Feindes lenkt. Die Rede schloß: „Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König Hurra, Hurra, Hurra!“

Die Centralstelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels, die als besondere Abteilung der Berliner Kriminalpolizei unter dem Decernat des Kriminalkommissars v. Tressow auf Veranlassung des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels, Schillstr. 12, kürzlich eingerichtet worden ist, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits erfolgreich gewirkt. Es sind in der letzten Zeit in Deutschland und Oesterreich eine größere Anzahl von Slavenhändlern abgefaßt und zur Bestrafung gebracht. Der Besitzer eines öffentlichen Hauses in Kiel Namens Preiser wurde in Oesterreich festgenommen, als er „freie Ware“ zu erwerben suchte. In Aachen konnte eine in gleicher Weise wirkende Frau Poppenberg festgenommen werden. Ein gewisser Hermann Viermann wurde an der holländischen Grenze verhaftet, als er deutsche Mädchen an seinen Vater ausliefern wollte. Viermann senior, der bereits auf der schwarzen Liste des deutschen Nationalkomitees steht, unterhält in Holland ein öffentliches Haus. Gezoart wird vor einem Mädchenhändler Veeger, der sich auch von Orthenmann, Hoffmann und auch Kaiser nennt und deutsche Mädchen nach Belgien verschleppt. Dieser Veeger, der übrigens ebenfalls auf der schwarzen Liste des deutschen Nationalkomitees steht, soll sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten. Debauchierweise ist es kürzlich zwei Mädchenhändlern in Genua gelungen, einige Opfer einzuschiffen. Von besremdeter Seite war dem Bureau des deutschen Nationalkomitees in der Schillstraße 12 aus Argentinien die Mitteilung zugegangen, daß die Mädchenhändler Gebrüder Ruben und Abraham Springfeder nach Europa gefahren seien, um eine Ladung „Mädchen“ zu holen; sie würden vermutlich in Genua landen. Das hiesige Komitee verständigte sofort das Komitee in Genua, sowie andre in Betracht kommende Ortsstellen. Die Meldung aus Argentinien ist aber allem Anschein nach zu spät eingetroffen. Es wurde festgestellt, daß die Gebrüder Springfeder mit einer Anzahl österreichischer Mädchen vor kurzem von Genua nach Argentinien abgefahren sind. Die Ankunft ist dem argentinischen Komitee sofort telegraphisch signalisiert und obwohl die argentinische Regierung die Bekämpfung des Mädchenhandels nicht in wünschenswerter Weise unterstützt, dürfte es hoffentlich doch noch gelingen, den beiden Mädchenhändlern die Beute abzufragen.

Die Aufklärung des Gattenmordes in Dallgow ist dadurch erheblich gefördert, daß sich jener Mann, der den bekannten Brief an die ermordete Frau Walter überbrachte, bei der Kriminalpolizei gemeldet hat. Nach seiner Angabe ist er auf der Eisenbahnschiff von Dortmund nach Berlin in ein Gespräch mit einem ihm unbekanntem Jahrgange verwickelt worden. Kurz vor dem Eintreffen in Berlin habe ihn der Reisegefährte ersucht, gegen eine Belohnung von drei Mark einen bereits geschriebenen Brief an die Adresse einer Frau Walter zu überbringen und auf Antwort zu warten. Er habe sich des Auftrages entledigt, ohne irgend eine Kenntnis von Inhalten des Briefes zu haben. In der ihm vorgehaltenen Photographie des Walter erkannte er seinen Auftraggeber mit Bestimmtheit wieder. In den nächsten Tagen soll eine Gegenüberstellung beider Männer stattfinden.

Einen schrecklichen Tod durch Benzolvergiftung fand gestern nachmittags ein kaum ein Jahr altes Kind Elisabeth Conrad, das bei den Schlosser Reibchen's Erben in der Kleinen Hamburgerstr. 24/25 in Pflege war. Das Ehepaar ist beim Umzug. Frau Reib hatte, wie das bei einer solchen Gelegenheit zu geschehen pflegt, allerhand Gefährter mit diesen oder jenen Kleinigkeiten gefüllt, um sie bequemer wegzuschaffen zu können. So kam mit andren Sachen auch eine Flasche mit Benzin in eine offene Bajschkuffel. Diese ließ Frau Reib an der Erde stehen, so daß sie dem kleinen Mädchen zugänglich war. Das Kind kramte in der Schüssel umher, bekam die Benzinflasche zu fassen und trank daraus. Schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb es unter entsetzlichen Schmerzen. Die Leiche wurde beisetzungslos, da der Unfall wohl noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Die schadhafte Betonplatten, die gelegentlich der Erhöhung der Stadtbahnsteige andrängert werden mühen, sind nunmehr durch neue Platten ersetzt. Die Befürchtung, daß sich das Lager bei der starken Belastung der Bahnsteige als nicht genügend widerstandsfähig erweisen werde, hat erfreulicherweise keine Bestätigung erfahren. Es konnte selbst an den Ein- und Ausgängen noch nicht einmal eine

Abminderung der Plattenlager festgestellt werden. Bei den in den letzten Wochen erhöhten Bahnsteigen des Nord- und Südrings hat sich das zur Verwendung gelangte Material von vornherein bewährt; es sind hier Ausweichungen von rissigen Platten überhaupt nicht notwendig geworden. Die Hochlegearbeiten gehen bei der Ringbahn nur langsam voran. Es ist dies recht bedauerlich, um so mehr, als die Sicherheit des Betriebes durch die ungleichmäßige Höhenlage der Bahnsteige des Ringes entschieden leidet.

Nahrungsvorgen haben den 36 Jahre alten Barbier Adolf Flechtner aus der Gubenerstr. 12 in den Tod getrieben. Der Mann hatte seit dem 1. Juni ein Geschäft in der Gubenerstraße, nachdem er früher wegen Kränklichkeit ein andres hatte aufgeben müssen. Aber sein Befinden wurde nicht besser und das neue Geschäft wollte auch nicht gehen. Während Frau Flechtner am Montag Wäsche, die sie genäht hatte, wegbrachte, erhängte sich ihr Mann in der Verzweiflung an der Thürklinke. Er hinterließ einen Zettel mit den Worten: „Es sind Nahrungsvorgen, die mich in den Tod getrieben haben“.

Museum-Besuchszeiten. Das Alte und Neue Museum, die Nationalgalerie, das Museum für Völkertunde und das Kunstgewerbemuseum sind während der Monate Oktober bis März an den Wochentagen, mit Ausnahme der Montage — die Nationalgalerie mit Ausnahme der Diensttage — von 10—3 Uhr, Sonntags und an den zweiten Feiertagen der hohen Feste während der Monate Oktober und März von 12—5 Uhr, November und Februar von 12—4 Uhr, Dezember und Januar von 12—3 Uhr für das Publikum geöffnet.

Die Hübners Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde sind im Verlage von Heinrich Keller, Frankfurt a. M., in neuer Auflage erschienen. Das von Prof. Dr. Fr. v. Jurasch herausgegebene Werk ist zu belannt, als daß es noch besonderer Empfehlung bedürfte. In übersichtlicher Form bringt es alles, was in statistischer Hinsicht irgendwie interessieren kann. Der Preis der Buchausgabe beträgt 1 M. 50 Pf., die Wandtafel-Ausgabe kostet 60 Pf.

Aus den Nachbarorten.

Befinnungsschwäche in den „Müsterwerkstätten“. Man schreibt uns aus Spandau: Schon des öfteren ist belannt geworden, welche innige Gemeinschaft zwischen den hiesigen Staatswerkstätten und — der Polizei zur Inspektionierung der politischen „Murdigen“ unter den Staatsarbeitern besteht.

Es ist ja nichts Seltenes, daß ein Arbeiter urplötzlich von der Kündigungsüberlastung wird, daß er trotz zehn- oder zwanzigjähriger Thätigkeit entlassen wird, ohne daß man ihm auch nur den Centesim für seine Entlassung nennt. Der Arme hat dann in solchen Fällen die Gewißheit, daß er irgend einer niederträchtigen Denunciation zum Opfer gefallen ist. Der folgende Fall, den wir hier nach den Angaben des Betroffenen schildern wollen, ist für das in den hiesigen Staatsbetrieben herrschende Spionerwesen bezeichnend:

Der Schlosser R. R., der elf Jahre lang in den Staatsbetrieben beschäftigt war, wurde im Juli dieses Jahres ganz unvermittelt gekündigt und auch entlassen; wie gewöhnlich verweigerte man ihm die Angabe eines Grundes, doch kann die Veranlassung gar nicht zweifelhaft sein.

Der Mann wohnt in Berlin; eines Tages im Mai stellte sich bei seiner Hausverwalterin einer junger Gentleman vom Alexanderplatz ein, gab sich als Beauftragter der Firma Siemens u. Halske aus, bei welcher der Schlosser R. R. sich um Beschäftigung beworben haben sollte, und erwiderte sich sehr angenehm danach, ob R. R. den „Vorwärts“ lese und ob er Socialdemokrat sei! Ungefähr um dieselbe Zeit besuchte ein angeblicher „Abgeordneter der Spandauer Behörde“ die Frau des R. R. und ersuchte sie um Auskunft, ob ihr Mann „hier in Berlin auch Steuern zahlt“. (I) Einige Zeit darauf wurde R. R. von einem Betriebschreiber mit der auffälligen Frage überrascht, „wo er im Jahre 1908 (Wahljahr) gewohnt habe“; er brauche diese Angabe für die „Kontrollliste“! Alsdann wurde den Mitarbeitern des R. R. unterzagt, mit diesem zu sprechen!

Am Tage nach der Stichtwahl wurde R. R. morgens um 8 Uhr von dem Meister Schilke triumphierend gefragt: „Na, nun ist es wohl doch nichts mit den fünfzig Mark?“ Auf die erstaunte Frage des R. R.: „Mit welchen fünfzig Mark?“ entgegnete der brave Meister: „Na, ich denke, Sie sollten doch fünfzig Mark kriegen, wenn Sie nicht (!) gewählt wird!“ R. R. erwiderte hierauf sehr zurechtend, daß derjenige, der so etwas aufgebracht, wohl nicht ganz bei Verstand sein könne!

Es kam schließlich am 13. Juli die Kündigung! So sehr sich R. R. auch darum bemühte, den Grund konnte er nicht erfahren. Ein Hauptmann gab ihm auf seine Frage zur Antwort: der Auftrag zur Kündigung sei von der höheren Behörde in Berlin ergangen, und ob sie mit der „50 Mark-Geschichte“ zusammenhänge, wisse er nicht! R. R. wandte sich hierauf mit einem Gesuch an die Feldzugmeisterei. Diese mußte wohl neue „Ermittlungen“ veranlassen, denn am 13. August stellte sich bei dem Sohn des Hausverwalters wieder ein „Kaugeriger“ ein, der wissen wollte, ob der R. R. den „Vorwärts“ lese. Am nächsten Tage kam der Mann wieder, traf diesmal richtig die Mutter des Knaben an und fragte diese dasselbe und ferner, ob sie nicht wisse, ob R. R. „von der socialdemokratischen Partei Unterstützung beziehe, und andres mehr. Alsdann begab sich dieser „Ober-Prauer“ sogar zu dem Arzt, welcher die seit Jahren kranke Frau R. R. behandelt, um auch diesen „nicht unbefragt“ zu lassen!

Die Feldzugmeisterei antwortete dann glücklich am 20. August kurz ablieh und! Mit diesem Schreiben begab sich R. R. nochmals zu dem betreffenden Hauptmann, um diesen wiederholt zu bitten, ihm doch zu sagen, was gegen ihn (R. R.) vorliege! Die Antwort lautete ungefähr: „Ja, ich würde ja gerne meinem Herzen Luft machen, aber die bestehende Verordnung verbietet es mir!“

Nun, R. R. liegt heute auf dem Straßenpflaster als arbeitsloser und in seiner Gesundheit geschwächter Arbeiter trotz der „zufriedenstellenden Leistung und Führung“ in 11 Jahren!

Jeder Mensch mit normalen Sinnen wird es unglaublich finden, wie ein Kiesenapparat hier dazu angewendet wurde, um der politischen Bestimmung eines braven, thätigen Arbeiters und Familienvaters nachzuspüren! Aber wir leben in dem „Kaffischen“ Lande Preußen, und das erklärt alles!

Die Niddorfer Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung mit einem Antrag der Socialdemokraten beschäftigen, der darauf abzielt, den Magistrat zu bestimmen, die Wahlhandlung der Urwahlen zum Abgeordnetenhaus um 5 Uhr nachmittags beginnen zu lassen. Begründet wird der Antrag damit, daß die Bevölkerung Niddorfs sich zur überwiegenden Teile aus kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Arbeitern zusammensetze, die bei Anlegung einer früheren Stunde erhebliche materielle Verluste erleiden würden.

Einige Neubauten zu Breden des noch nicht lange stehenden Realgymnasiums am Orte sind geplant. Der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten den Anlauf einer Parzelle, welche an das Grundstück des Kaiser Friedrich-Realgymnasiums stößt, zum Preise von 40 000 M. Die Schule hat sich eines derartigen Anspruchs zu erfreuen, daß sämtliche zur Verfügung stehenden 21 Klassenräume am 1. April benützt sein werden. Die Schülerbibliothek und die Lehrerbibliothek haben bereits in das fünfte Stockwerk verlegt werden müssen. Oftern kommenden Jahres muß nicht nur das Realgymnasium planmäßig wiederum durch eine Klasse erweitert werden, es müssen auch, wenn nicht eine Abweisung neu angemeldeter Schüler erfolgen soll, mehrere Klassen in Parallel-Köten eingeteilt werden. Die zuständige Deputation ist auch in Beratung darüber eingetreten, ob sich nicht die Einrichtung von Wechsel-Köten in der Weise empfiehlt, daß die Kurse in den Klassen zweimal im Jahre, nämlich zu Ostern und Michaelis, beginnen, während dies bisher nur zu Ostern der Fall ist. Alle diese Umstände machen die schleunige Beschaffung neuer Klassenräume dringend erforderlich. Durch Erweiterungsbauten im Anschluß an

